

KOMMUNAL.

WIR GESTALTEN DEUTSCHLAND

LEITARTIKEL

Traue keiner
Statistik...

Seite 06

FORSA-AKTUELL

Das Ende der
Volksparteien?

Seite 40

DIE NEUE LUST AUFS LAND

Wie Kommunen von der Stadtflucht
profitieren können. Seite 10

EUR 9,90



ISSN 2510-120X



SIE SORGEN DAFÜR, DASS DAS

ÖFFENTLICHE LEBEN FUNKTIONIERT.

WIR BEGLEITEN SIE DABEI MIT SMARTEN

LÖSUNGEN IN DIE DIGITALE ZUKUNFT.

In der Verwaltung sind digitale Lösungen der Weg, um den öffentlichen Auftrag optimal zu erfüllen. DATEV bietet dafür leistungsstarke und rechtssichere Software für Finanz-, Personalwesen und Verwaltungsprozesse. Das macht DATEV und die steuerlichen Berater zu verlässlichen Partnern an Ihrer Seite.



Gemeinsam durch die
Corona-Krise: datev.de/corona

Mehr Informationen unter datev.de/public-sector
oder kostenfrei anrufen: **0800 0114348**



Zukunft gestalten.
Gemeinsam.

FOTO/Benjamin Westhoff, Adobe Stock (Cover)

EDITORIAL

WENIGER VERSPRECHEN – MEHR UMSETZEN

In Deutschland hat der Bundestagswahlkampf begonnen. Die Parteien werben mit ihrem Programm um die Zustimmung der Wähler. Da wird viel versprochen und angekündigt, was den Realitätstest kaum bestehen kann. Vor der Illusion, der Staat könne alles regeln und habe unbegrenzte Ressourcen, kann man nur warnen. Entscheidend kommt es darauf an, die Gesellschaft zusammenzuhalten, die Menschen mitzunehmen und zu überzeugen.

Die schönste Zukunftsperspektive überzeugt nicht, wenn das Leben vor Ort nicht besser, sondern schlechter wird. Deswegen wird es entscheidend darauf ankommen, die kommunale Daseinsvorsorge nachhaltig zu verbessern. Das geht von gut ausgestatteten Schulen, besserer Kinderbetreuung, einem funktionsfähigen öffentlichen Personennahverkehr auch in abgelegenen Regionen, dem Ausbau der alternativen Energien mit Beteiligung der Kommunen an der Wertschöpfung bis hin zur Erneuerung der oftmals schlechten Infrastruktur.

Das wird nur gelingen, wenn wir weniger versprechen und mehr umsetzen sowie die überbordende Bürokratie, die vieles zu kompliziert, zu langsam, zu teuer und zu umständlich macht, ernsthaft abbauen. 



Dr. Gerd Landsberg
Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Städte- und Gemeindebundes



Liebe Leserin,
lieber Leser,



Die Lust auf das Landleben ist eigentlich kein neues Phänomen. Doch spätestens seit Corona ist der Trend so deutlich sichtbar geworden, dass selbst die eher aus Großstäd-

ten berichtenden Medien an dem Thema nicht mehr vorbeikommen. Doch ganz so einfach ist es nicht: Selbst wegen eines solchen Virus entscheiden sich Menschen nicht von heute auf morgen, der Stadt den Rücken zu kehren und aufs Dorf zu ziehen. Solche Entscheidungen finden deutlich langfristiger statt. Und von „Wachstumsschmerzen“ berichten auch viele ländliche Regionen bereits seit Jahren, wir bei KOMMUNAL haben das immer wieder thematisiert. Und doch ist der Trend zum Landleben noch einmal gestiegen. Darauf brauchen Kommunen Antworten. In anderen Orten geht es derweil darum, dem demografischen Wandel zu begegnen. Denn nicht überall gibt es Zuzug. Die Situation ist also etwas komplexer, weshalb wir dem Thema einmal mehr einen großen Schwerpunkt in dieser Ausgabe widmen.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

MICHAEL ZIMPER
Geschäftsführer Zimper Media GmbH



/10
Landleben
Wie Kommunen es fördern können



/26
Investitionen
Interview mit Finanzminister Scholz



/22
Ranking
Deutschlands erfolgreichste Mittelstädte



/60
Fördergelder
Ein Kämmerer packt aus

POLITIK & RECHT

Leitartikel 06
Gefahr der Manipulation

Landleben 10
Fördermöglichkeiten vor Ort

Dorfläden 16
So gelingt Nahversorgung

Selbsthilfegruppen 28
Kampf gegen Corona-Folgen

Tierparks 36
Zoos nach Corona

ARBEITEN & GESTALTEN

Dorfleben 2.0 50
Neue Wohnformen auf dem Land

Wohnkonzepte 56
Junge Menschen fürs Land gewinnen

Fördergelder 60
Ein Kämmerer packt aus

LAND & LEUTE

Portrait 64
Bürgermeister des Monats

Bürgerbudget 68
Konzepte für Mitwirkung

Schweinepest 72
Hunde sollen bei Bekämpfung helfen

IMPRESSUM

Medieninhaber: Zimper Media GmbH
Reinhardtstraße 31, 10117 Berlin
Mitherausgeber: Gerd Landsberg mit Unterstützung der DStGB-Dienstleistungs-GmbH, Franz-Reinhard Habel
Geschäftsleitung: Mag. Michael Zimper

Chefredaktion (v.i.S.d.P.):
Christian Erhardt-Maciejewski

Redaktion: Gudrun Mallwitz, Benjamin Lassiwe, Patrick Pehl, Rebecca Piron

Autoren dieser Ausgabe:
Dorothea Walchshäusl, Gerd Landsberg, Michaela Allgeier, Manfred Güllner, Daniel Dettling, Franz-R. Habel, Annette Lübbers, Jürgen M. Boedecker, Helge Holm, Peter Patze,

Gestaltung: Melina Werner
Lektorat: Klaus Schuster

Redaktionsadresse:
KOMMUNAL, Reinhardtstraße 31,
10117 Berlin, Telefon: 030/8145 012600

Anzeigen:
Gunnar Lindner (Leitung)
gunnar.lindner@kommunal.de
Manuela Czapka, manuela.czapka@kommunal.de
Marco Danker, marco.danker@kommunal.de
Stephan Zick, stephan.zick@kommunal.de

Auflage: 0 101.200 Exemplare
Heftpreis: Einzelheft € 9,90,
Jahres-Abonnement € 49,90 (inkl. Versand)
Druck: Möller Druck und Verlag GmbH, Zeppe-
linstraße 6, 16356 Ahrensfelde

Gender-Hinweis: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die Verwendung geschlechterspezifischer Sprachformen verzichtet. Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung sämtliche Geschlechteridentitäten.

Gastbeiträge und Kommentare fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken. Die Redaktion hält sich vor, Einsendungen redaktionell zu bearbeiten und zu kürzen.

Sonderveröffentlichungen sind Beiträge, die auf Unternehmensinformationen basieren und vom Unternehmen bezahlt werden. Sie sind gekennzeichnet und erscheinen außerhalb der redaktionellen Verantwortung von KOMMUNAL.

Für unverlangt eingesandte Magazine, Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Gerichtsstand und Erfüllungsort Berlin, Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg Handelsregister-Nummer: HRB 158797 B Bankverbindung: Berliner Sparkasse, IBAN: DE80 100500 00 1903 10286 BIC: BELA2033

DER BESTE WEG ZU KOMMUNAL ...

... für Leser, die Fragen zur Verteilung oder zum Abonnement haben:
leserservice@kommunal.de
www.kommunal.de/leserservice

... für Leser, die Artikel kommentieren oder Informationen einsenden wollen:
redaktion@kommunal.de

... für alle, die sich für unsere Media-Daten interessieren:
office@kommunal.de
www.kommunal.de/unternehmen

LEITARTIKEL

TRAUE KEINER STATISTIK, DIE DU NICHT SELBST GEFÄLSCHT HAST...

Meinungsumfragen haben einen immer größeren Einfluss auch auf die Kommunalpolitik. Doch Statistiken sind nicht selten die kleine Schwester der Fake-News, meint Christian Erhardt und warnt Kommunen vor „Quatschumfragen“ als Grundlage für politische Entscheidungen.



„So denken die Bürger Ihrer Gemeinde“! Wirklich? In Online-Foren gibt es seit einiger Zeit eine regelrechte Inflation von Umfragen. Was die Macher oft selbst als „Spaß-Tool“ bezeichnen, hat immer größeren Einfluss auf die Entscheidungen in Gemeindeparlamenten. Dank Internet-Livestream wohnte ich vor kurzem einer Stadtratssitzung in einer ländlichen Kommune bei. Es ging um das Thema Tempo 30. Ein Befürworter zitierte eine Online-Umfrage der örtlichen Zeitung, wonach zwei Drittel der Teilnehmer sich für flächendeckendes Tempo 30 im Ort ausgesprochen haben. Was ich in einer Stadt wie Köln vielleicht geglaubt hätte – Tempo 30 wäre dort für viele Autofahrer in der Innenstadt ein echter Geschwindigkeits-Zugewinn – kam mir in einem ländlich strukturierten Ort mit zahlreichen Ortsteilen doch komisch vor. Meine Recherche ergab: Das Umfragetool war offen für jedermann zugänglich, auch ich konnte problemlos zehn Mal abstimmen, die Umfrage war in einen Artikel eingebettet, der die Vorteile von Tempo 30 erklärte. Das ist das System: „Angel auswerfen und mal gucken, welcher Nutzer anbeißt“. Doch das angebliche repräsentative Ergebnis beeinflusste die Diskussion natürlich enorm.

8 Tipps für Meinungsumfragen

- 1 Umfragen nur **schriftlich an alle Bürger** oder per **Sozialforschung** mit Instituten
- 2 **Online-Anteil** sollte nicht über **10 Prozent** liegen
- 3 Befragung **außerhalb von Ferienzeiten**
- 4 Denken Sie an die unterschiedlichen **Stadtteile**
- 5 **Kürzer ist besser** – nicht zu viele Fragen stellen
- 6 Fragen sollten von **Sozialforschern** formuliert werden
- 7 Nach 2 Wochen ein **Erinnerungsschreiben** senden
- 8 **Vergleiche** mit anderen Kommunen ziehen

Denn schon lange haben Meinungsumfragen einen riesigen Einfluss auf die Politik. So hat die Bundesregierung innerhalb einer Legislaturperiode über 6.000 Umfragen in Auftrag gegeben. Eine Studie des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung ergab im vergangenen Jahr, welchen enormen Einfluss diese Umfragen auf das Handeln der Bundesregierung hatten – Positionen wurden kurzfristig geändert, weil die Bürger vermeintlich eine andere Auffassung vertreten.

Das ist zunächst überhaupt nicht zu kritisieren, denn natürlich soll Politik „dem Volk aufs Maul schauen“. Schwierig wird es, wenn diese Umfragen mit seriöser Sozialforschung nichts mehr zu tun haben. Ein Beispiel: Der von vielen Lokalzeitungen genutzte Anbieter „Civey“ führt auch Umfragen unter „Entscheidern in der Kommunalpolitik“ durch. Laut eigener Aussage waren das im Mai vergangenen Jahres rund 240.000 Personen. Im September vergangenen Jahres sprach der gleiche Anbieter von 120.000 Entscheidern in Deutschland. Anders gesagt: KOMMUNAL sterben offenbar gerade reihenweise die Leser weg, erstaunlich, dass unsere Abonnenten- und Zugriffszahlen so ganz andere Ergebnisse liefern. Aber Frötzelei beiseite! Obwohl das Unternehmen gerade mehrere Niederlagen vor Gericht kassiert hat und seither übrigens solche Zahlen gar nicht mehr veröffentlicht, nutzt selbst der sonst so seriöse „Verband der kommunalen Unternehmen“ VKU deren Tools und bietet Umfragen zum Thema „Lokale Energiewende“ an. Da wird etwa für jeden deutschen Landkreis dargestellt, wie groß die Bereitschaft der Menschen vor Ort ist, sich ein E-Fahrzeug anzuschaffen. Der Haken dabei: Angeblich wurden deutschlandweit 10.000 Menschen online befragt. Heruntergerechnet etwa auf den Landkreis Prignitz in Brandenburg wären das neun Befragte, für eine Stadt wie Tübingen sind es statistisch gesehen acht Antworten. Auf solch einer Basis sollte kein Stadtwerk ernsthaft Entscheidungen treffen!

Zu oft wird leider nicht hinterfragt, wer die Umfragen mit welchem Ziel auf welcher Basis macht. Die Bitkom etwa ist der Interessenverband der Digitalbranche in Deutschland, dahinter stecken Banken, Kreditkartenanbieter und Software-Entwickler. Super und absolut wichtig, dass sie eine Stimme haben. Nur mag ich Umfragen solcher Verbände zum „Erfolg des kontaktlosen Bezahlers in Kommunen“ eher als selektive Wahrheit wahrnehmen denn als wirklich statis-



tisch abgesicherten Fakt. Konsequenzen für die politische Dynamik einer Kommune dürfen solche Online-Abfragen nicht haben.

Ganz klar: Bürgerumfragen in Kommunen sind wichtig und richtig. Gerade die großen Felder der Stadtentwicklung, die Verkehrspolitik der Zukunft, das neue Rathaus, die Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen im Ort – das alles will vermessen werden. Und auch die Vertreter im Gemeinderat sind hier meist gefangen in ihrer Filterblase. Deshalb tun sie gut daran, nicht nach dem Motto: „Ist man selbst die Wahrheit, muss alles andere Lüge sein“ zu verfahren und ihre Bürger systematisch einzubinden und zu befragen. Dafür sollte jede Gemeinde aber klare Regeln und Standards entwickeln. In unserer Grafik haben wir Ihnen einige Ideen für solche Standards zusammengestellt. Umfragen können die politische Willensbildung ergänzen, aber nie ersetzen. Statistiken sollte man nie blind vertrauen. Denn mit der richtigen Manipulation lässt sich für fast jede Aussage ein Beleg konstruieren. ❗



Fachmedium des Jahres 2021

KOMMUNAL freut sich über den Titel „Beste Fachzeitschrift 2021“. Die Deutsche Fachpresse hat uns als Shortlist-Platzierung für die „Beste Fachzeitschrift über bis zu 2,5 Millionen Euro Umsatz“ ausgezeichnet. Mit unserer Ausgabe im Juni vergangenen Jahres haben wir die Jury von unserer Art des konstruktiven Journalismus überzeugt. Statt negativer Meldungen zeigt KOMMUNAL mit konkreten Lösungsansätzen und guten Beispielen auf, was vor Ort möglich ist und sorgt so für die deutschlandweite Vernetzung von Kommunalpolitikern, Verwaltung und Bürgermeistern. Wir danken unseren Lesern für das große Vertrauen in unsere Zeitschrift!



f **Treffpunkt für Fans**
facebook.com/kommunal.magazin

t **Twittern, was uns bewegt**
twitter.com/KOMMUNALaktuell

@ **E-Mail an die Redaktion**
redaktion@kommunal.de

i **Newsletter bestellen**
kommunal.de/newsletter/kommunal

📄 **Abo und mehr**
kommunal.de/leserservice

🌐 **News zu jeder Zeit**
www.kommunal.de

Faxgeräte in Behörden verboten

Die Datenschutzbeauftragte in Bremen hat allen dortigen Behörden verboten, weiter Faxgeräte einzusetzen. Sie seien „zu digital“ geworden. Hintergrund: Faxgeräte übermitteln Daten heute nicht mehr wie früher über das klassische Telefonnetzwerk, sondern meist über die Internetlei-

tung. Zudem werde das Fax am anderen Ende der Leitung immer häufiger in eine E-Mail umgewandelt und sei somit oft „unverschlüsselt“. Andere Bundesländer haben noch keine Verbote verhängt, die Diskussion darüber läuft aber unter den Landesdatenschutzbeauftragten bereits.

Kommunen erwarten Zuzug

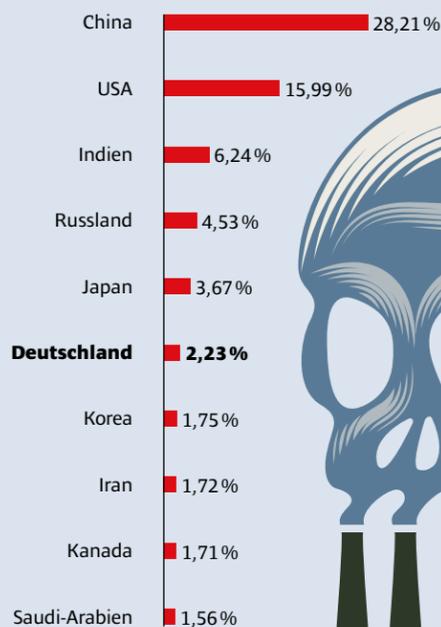
Laut einer Studie der TU München wird das Home-Office positive Auswirkungen auf das Landleben haben. Am Beispiel des Großraums München haben die Forscher das Zuzugs-Potential untersucht. Das Ergebnis: Kommunen können überall da auf Zuzug hoffen, wo noch Platz ist, die Preise noch

nicht ganz so hoch sind und die Infrastruktur stimmt. Eine Ausweitung der Studie auf andere Regionen ist geplant.

Die kompletten Daten der Forscher finden Sie bei uns online hier:



CO₂-AUSSTOSS WELTWEIT



Öffnungen und Infektionszahlen

Eine wissenschaftliche Studie der Uni Mainz hat die Auswirkungen des Modellprojekts im sächsischen Augustusburg untersucht. Die touristisch geprägte Stadt mit 5.000 Einwohnern durfte im März mit dem Lockdown sämtliche Hotels, Fitness-Studios, Restaurants und Kultureinrichtungen öffnen. Voraussetzung waren Schnelltests. Der Vergleich der Wissenschaftler

mit „synthetischen Zwillingen“, also ähnlich geprägten Kommunen, ergab, dass die Öffnung keinerlei Einfluss auf das Infektionsgeschehen hatte. „Wie wir sehen, sehen wir nichts“, so der Forschungsleiter Professor Klaus Wälde von der Uni Mainz.

Die komplette Studie finden Sie bei uns online unter: www.kommunal.de/modellprojekt-augustusburg-pandemie

FOTO/Adobe Stock

Schon gewusst?

SAT-TV

lässt sich ganz

einfach über das

NE3-Stadtnetz

verteilen!



**Neues
Profi-SAT-
System macht
es möglich**

GEWUSST WIE.
MIT ASTRA.



wowi.astra.de

INTERVIEW

Finanzminister Scholz
und die Altschulden
Seite 24

FORSA-AKTUELL

Das Ende der
Volksparteien?
Seite 40

REGIONALENTWICKLUNG

DIE NEUE LUST AUFS LANDLEBEN

Angestaubt, spießig? Nein! Immer mehr Deutsche können sich vorstellen, die Stadt hinter sich zu lassen. Das hat nicht nur mit den dort rasant steigenden Mieten und Kaufpreisen zu tun. Was Kommunen im Umland der größeren Städte tun können, um dem Wachstumsdruck nachzukommen – und wie mehr Leben in entlegene Landstriche gebracht werden kann – darüber geben zwei Studien mit wertvollen Tipps Aufschluss.



Von GUDRUN MALLWITZ

Sie haben in Städten und anderen Ländern gelebt – und sind doch gerne aufs Land zurückgekehrt. Die Schwestern Lisa Grindmayer und Stephanie Haßelbeck wohnen wieder auf dem Bauernhof, auf dem sie großgeworden sind. Der nächste Nachbar ist mehr als einen halben Kilometer entfernt. Zusammen betreiben sie einen erfolgreichen Internet-Blog. Als Influencerinnen für das Landleben sozusagen zeigen sie, wie man einen Kräutergarten anlegt und wie ein Sauerteigbrot am besten gelingt. Nachzulesen ist das auch in ihrem Kochbuch „Farmmade – Rezepte & Geschichten vom Leben auf dem Land“. Die Schwestern treffen einen Nerv: Immer mehr Deutsche, so zeigen Studien, träumen vom Leben auf dem Land. In der Corona-Pandemie hat diese Sehnsucht deutlich zugenommen. Der Trend zum Wohnen im Grünen stellt die Kommunen im Umland der Städte vor Herausforderungen – und kann eine Chance für entlegene Regionen sein, die um jeden Einwohner kämpfen.

Die Corona-Pandemie wird die Bedürfnisse auf dem Wohnungsmarkt verändern.“

Carsten Kühl, Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu).

Der Hof, auf den Lisa Grindmayer und Steffi Haßelbeck zurückgekehrt sind, liegt im Landkreis Erding, etwa 20 Kilometer von München und doch in einer anderen Welt. Die beiden Schwestern können gut verstehen, dass sich viele für ein Leben jenseits der Stadt entscheiden. Vor allem in Corona-Zeiten. Denn die vielgepriesenen Vorteile der Städte heben die Nachteile wie viel Verkehr, laute Straßenkneipen und überfüllte Busse und Bahnen plötzlich nicht mehr auf. Dazu kommt: Die Immobilienpreise steigen und steigen. Wer in der Stadt nicht immer mehr Miete zahlen will, überlegt zu kaufen. Inzwischen können sich trotz niedriger Zinsen jedoch immer weniger Menschen eine Eigentumswohnung leisten. Der Traum vom eigenen Haus verlagert sich ins Umland der Städte – oder gar so richtig aufs Land.

FOTOS: Adobe Stock, Carina Pilz, Cover Carina Pilz/Hölker Verlag, Difu



Lisa Grindmayer (links) und Stephanie Haßelbeck haben ein Kochbuch veröffentlicht mit Rezepten und Geschichten vom Leben auf dem Land (Hölker-Verlag).



Was aber brauchen die neuen Bewohner und Bewohnerinnen, um anzukommen? Was können Kommunen tun, damit Zugezogene und Einheimische sich wohlfühlen? Dazu geben zwei Studien Aufschluss. Sie beleuchten die Chancen und Risiken für das Umland, enthalten aber auch Handlungsempfehlungen für Kommunen in entlegenen Regionen.

„Die Corona-Pandemie wird die Bedürfnisse auf dem Wohnungsmarkt verändern“, prognostiziert Carsten Kühl, Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu). „Die Möglichkeit zu Home-Office in den eigenen vier Wänden oder der Wunsch nach mehr Naherholungsflächen sind Beispiele dafür.“ Der zu erwartenden steigenden Nachfrage stünden laut Kühl aber ungelöste Probleme gegenüber: Die Verfügbarkeit und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, die nicht ausreichenden Kapazitäten im Baugewerbe und die beschränkte Flächenverfügbarkeit in den Kommunen.

Diese Probleme bestehen insbesondere im Umland großer Städte. Dort geht es vor allem darum, das Wachstum zu steuern und die „Wachstumsschmerzen“ möglichst gering zu halten. Die Kommunen müssen es schaffen, Bauland zur Verfügung zu stellen und die Infrastruktur anzupassen – Schulen, Kitas zu bauen und die Gesundheitsversorgung zu sichern. Auch das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs spielt eine große Rolle.

„Seit Jahren steigt der Druck auf die städtischen Wohnungsmärkte durch Zuzug. Neben Neubau und Verdichtung in den Städten kann der Wohnungsbau im Umland zur Entspannung der Situation beitragen“, stellt Difu-Wissenschaftlerin Ricarda Pätzold fest. Sie ist eine der Autoren der Studie im Auftrag des Verbändebündnisses Wohnungsbau.

„Voraussetzung für eine nachhaltige Stadt-Umland-Entwicklung in Balance ist ein Paradig-

Das sind die Experten-Tipps für Kommunen im Umland

TIPP 1

Damit durch den Wohnungsbau kein Donut-Effekt entsteht und die Innenstädte gefüllt bleiben, sollen die Neubauten in Beziehung zum lokalen Stadtzentrum stehen. Statt weniger Ein- und Zweifamilienhäuser lebendige Quartiere schaffen und damit auch Vorteile für die bereits ansässige Bevölkerung. Die Abkehr von Schlafstädten also, in denen die Menschen wohnen, in den Arbeitsorten aber arbeiten und einkaufen.

TIPP 2

Regional oder landesweit tätige Institutionen wie die Bauland-Offensive Hessen GmbH – eine Gesellschaft des Landes und der Nassauischen Heimstätte – können die Kommunen unterstützen, Potenzialflächen zu identifizieren. Das gleiche gilt bei Machbarkeitsstudien und bei der Baulandentwicklung, etwa über ein Bauamt auf Zeit.

TIPP 3

Den Wohnungsmarkt als Einstieg in regionale Wohnungsmarktkonzepte regional beobachten. Die Potenziale der Innenentwicklung ermitteln, Flächenausweisungen und Wohnungsangebote auf neue Bedarfe und Zielgruppen überprüfen. Alternative Wohnangeboten für ältere Menschen in zentralen Lagen schaffen, mit kurzen Wegen zu Versorgungs- und Gesundheitsangeboten und barrierefreien Wohnangeboten.

TIPP 4

Beim Neubau im Umland bei der Planung auch die Infrastrukturen der Daseinsvorsorge

berücksichtigen, also Schulen, soziale Einrichtungen, Kulturangebote. Für zusätzliche flexible, modulare und auch temporäre Bauweisen einsetzen, Einrichtungen wie Krippe, Kita und Grundschule mit gemeinsamen Gebäuden und variablem Personal konzipieren. Durch Mehrfachnutzungen dieser Art lassen sich nicht nur Synergieeffekte erzielen. Damit kann auch flexibler auf wechselnde Bedarfe reagiert werden.

TIPP 5

Planungen langfristig abstimmen, wenn die Finanzierung auf verschiedene Ebenen verteilt ist – wie bei den Grundschulen. Der Bund sollte interkommunale Planungsansätze stärker fördern und die kommunalen Finanzausgleichssysteme der Länder durch eine Demografie-Komponente ergänzen. Damit kann dem schnellen Wachstum von kleineren Kommunen in Metropolregionen Rechnung getragen werden. Alternativ: Zweckzuweisungen erhöhen oder Neuzuweisungen für spezifische Infrastrukturen beim kommunalen Finanzausgleich. Denn: Die Entlastung des Wohnungsmarktes Kernstädte rechtfertigt Ausgleichszahlungen an Gemeinden im Umland.

TIPP 6

Neue Wohnungsbauvorhaben sollten nur dort geplant werden, wo ein schienengebundener ÖPNV vorhanden ist. Bund, Ländern und Kommunen müssen noch mehr investieren, um das Wohnen im Umland verkehrs- und umweltpolitisch angemessen umzusetzen – und den Radverkehr mehr fördern.



Co-Working steht für die Verbindung von Community (Gemeinschaft), Work (Arbeit) und Vacation (Urlaub)

menwechsel hin zu einer ganzheitlichen Betrachtung regionaler Entwicklungschancen“, betont Ricarda Pätzold. Die Pandemie habe verdeutlicht, wie wichtig ein Wohnumfeld mit Aufenthaltsqualität ist. „Es sollte immer ein langfristig wirkender Mehrwert für die bereits ansässige Bevölkerung geschaffen werden.“

Immobilienmakler haben längst Städte ins Visier genommen, die nicht direkt an die Ballungsräume angrenzen. Wie können aber auch noch weiter entfernte ländliche Regionen von der sich abzeichnenden Landlust profitieren? Dörfer und Gemeinden, die um jeden Einwohner kämpfen, in denen Häuser leer stehen? Dieser Frage widmet sich die zweite Studie, die KOMMUNAL vorstellen möchte. Das Berlin-Institut für Bevölkerungsentwicklung hat Initiativen zusammengetragen, die zeigen, dass sich auf dem Land viel tut! Während die Städte immer voller und teurer werden und dabei kreative Freiräume verschwinden, entstehen auf dem Land Coworking Spaces, neuartige Unternehmensnetzwerke und Start Ups, digitale Kreativorte sowie gemeinschaftliche Wohnprojekte. „Die Digitalisierung ermöglicht es diesen Initiativen, die man bislang eher aus den Großstädten kannte, auch in fernen ländlichen Gebieten“, stellen die Verfasser der Studie „Digital aufs Land“ fest. Beispiele gibt es viele: So locken die Gemeinschaftsbüros des Vereins CoworkationALPS selbst in entlegene touristisch kaum erschlossene Alpendörfer. Der Verein bringt seit Mai 2019 Akteure zusammen, um das Expertenwissen zum Thema Coworkation, New Work (neue Arbeitswelt) und Regionalentwick-

»
Da passiert gerade
wahnsinnig viel.“

Veronika Engel,
Vorsitzende des Vereins
CoworkationALPS



lung zu bündeln und unterstützt Kommunen bei der Entwicklung neuer Ansätze. Die Wortschöpfung Co (gemeinsam), Work (Arbeit) und Vacation (Urlaub) steht für ein Konzept mit Potenzial. Corona dürfte den Trend noch weiter befördern. „Da passiert gerade wahnsinnig viel“, schwärmt die Vereinsvorsitzende Veronika Engel. Aktuell hat der Verein „CoworkationALPS“ 17 Locations aufgelistet. „Wir haben viele neue Ideen“, sagt die Regionalentwicklerin. „So könnten mehrere Plätze in einer Kommune einbezogen werden.“

Im strukturschwachen Nordhessen haben sich innovative Unternehmer und Gründer zum Netzwerk HOMEberger zusammengeschlossen. Sie werben mit neuen digitalen Chancen für ihre Regionen. Im "Projekt Bay" auf der Insel Rügen können Städter temporär Wohnen und Arbeiten mit Meerblick verbinden und das Landleben erproben. „Insbesondere für entlegene Regionen sind diese Projekte eine Chance, Menschen zurückzugewinnen, die in den letzten Jahrzehnten in die Ballungsräume gezogen sind oder sogar, um bislang überzeugte Städter anzuziehen“, sagt Catherina Hinz, Direktorin des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung.

Die Studie „Digital aufs Land“ hat 56 solcher Projekte, Initiativen und Netzwerke sowie deren Wirkung untersucht und zusammengefasst. Während in der Stadt Coworking-Spaces vor allem von digitalen Freiberuflerinnen und Gründern genutzt werden, reiche die Bandbreite des ländlichen Coworkers vom Digitalarbeiter, der Angestellten eines Versicherungsunternehmens über den Vereinsvorstand und Handwerker bis zur Wirtschaftsförderin. Angebote wie

FOTOS: Adobe Stock, privat, CoworkationALPS, Berlin-Institut

Tipps der Studienmacher für Kommunen auf dem Land abseits der großen Städte

TIPP 1

Neugierig und offen sein!
Mehrere Bürgermeister haben nach eigenen Angaben nicht wirklich verstanden, was da genau entsteht. Im Nachhinein beschreiben sie mit Stolz, welche positive und auch unerwartete Wirkung auf ihre Kommune ein Coworking Space oder der neue Veranstaltungssaal mit Repair- und Erzählcafé entwickelt hat. Oft lassen sich Initiatoren solcher Projekte auch für andere kommunale Vorhaben gewinnen, als Diskussionspartner, Impulsgeber und Mitsreiter.

TIPP 2

Temporäre Angebote nutzen und Neues ausprobieren.
Kommunen können sich als Ort für Experimente zur Verfügung stellen. So bietet die CoworkLand Genossenschaft Gemeinden die Möglichkeit, temporär einen Coworking Space zu installieren. Einwohner des Dorfes können erproben, wie es sich auf diese Weise arbeiten lässt. Auch der Summer of Pioneers ist ein Angebot auf Zeit. Die Bewohner auf Zeit bringen frischen Wind in die ländliche Gemeinschaft und die Gemeinden erfahren, was Menschen in der Provinz suchen. Beispiel dafür ist das brandenburgische Wittenberge. Dort konnte die Kom-

mune kulturelles Leben und neue Bewohner auf längere Sicht gewinnen.

TIPP 3

Sich von anderen Kommunen inspirieren lassen und sich untereinander austauschen.
Nicht jede Idee muss an jedem Ort erfunden werden.

TIPP 4

Projekte aktiv unterstützen:
Häufig genügt es schon, wenn die Gemeinden ideell unterstützen. Indem sie Kontakte zu anderen Akteuren herstellen, etwa zu politischen Entscheidungsträgern, Unternehmen oder Immobilienbesitzern oder indem sie selbst Räume günstig vermieten oder den Initiatoren kostenlos zur Verfügung stellen.

TIPP 5

Innovationen und digitale Möglichkeiten selbst nutzen:
Kommunale Akteure können selbst zu Vorreitern neuer digitaler Arbeitsmöglichkeiten werden. So arbeitet der Wirtschaftsförderer des Kreises Rostock selbst in Coworking Spaces, wenn er unterwegs ist. Andere Kommunen nutzen die neuen Arbeitsorte für Seminare, Veranstaltungen und Gemeinderatssitzungen.

TIPP 6

Leerstand aktiv für neue Nutzungen vermarkten. In vielen Kommunen gibt es Häuser, die für neue Ideen genutzt werden können und angeboten werden könnten.

Workation, Co-Living oder auch das Landleben auf Zeit beim Summer of Pioneers ermöglichten es Menschen, temporär auf dem Land zu leben und zu arbeiten.

Klar aber ist: Keine neue Landlust ohne Digitalisierung. Wenn Menschen ihre Arbeit zeitweilig an einen anderen Ort mitnehmen können, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie ihre Idee vom ländlichen Leben realisieren. Beim superschnellen Internet geht es vor allem in den Städten voran. Es gibt aber auch ländliche Regionen, so die Studie, in denen Ortschaften schon an das leistungsstarke Netz angeschlossen sind. In vielen Gemeinden des südlichen Schleswig-Holsteins gehört laut den Verfassern der Studie Glasfaser inzwischen zur Selbstverständlichkeit. 2010 gründeten die kommunalen Landesverbände, Städteverband, Gemeindetag und Landkreistag das Breitband-Kompetenzzentrum Schleswig-Holstein, gefördert vom Land. Es hat sich gelohnt: In 724 der 1.100 Gemeinden ist ein Glasfaseranschluss verfügbar, in 338 läuft der Ausbau (Stand März 2021). Diese ländlichen Gemeinden erfüllen die Voraussetzungen für das Landleben 4.0. „Wie gut eine Gemeinde ans schnelle Netz angeschlossen ist, entscheidet darüber, ob es gelingen kann, Besucher und neue Bewohner anzulocken“, lautet das Fazit von Catherina Hinz vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. 

» Für entlegene
Regionen besteht die
Chance, **Menschen
zurückzugewinnen.**“

Catherina Hinz, Direktorin des Berlin-
Instituts für Bevölkerung und Entwicklung



DORFLÄDEN

SO GELINGT DIE NAHVERSORGUNG IM LÄNDLICHEN RAUM



Wie ein attraktives Angebot der Zukunft aussehen kann, zeigt sich auf dem Land schon heute beispielhaft. Ob in Hessen, Baden-Württemberg, Brandenburg oder Bayern: KOMMUNAL hat sich in Deutschland umgeschaut und bewährte Projekte ebenso aufgetan wie neue Modellvorhaben.

Von DOROTHEA WALCHSHÄUSL

Wir beginnen unsere Reise im ostthessischen Rasdorf. Früher gab es hier vier Tante-Emma-Läden. „In den vergangenen zwanzig Jahren ist dann einer nach dem anderen weggebrochen“, erzählt Bürgermeister Jürgen Hahn, und alle Anstrengungen der Gemeinde, einen größeren Supermarkt in den Ort zu holen, sind gescheitert. Seit kurzem aber gibt es vor Ort wieder einen Nahversorger, der rund um die Uhr und an 365 Tagen im Jahr geöffnet hat. Verkehrsgünstig direkt am Treffpunkt VIA REGIA an einer alten Handelsstraße gelegen, wurde im März der Kleinstladen tegut...teo eröffnet, in dem auf nur 50 Quadratmetern rund 950 Artikel angeboten werden. Der Clou: Es ist kein Personal vor Ort und der Einlass und die Bezahlung am Ende des Einkaufs erfolgen via Kreditkarte, Kundenkarte oder App. Vor allem Menschen, die nicht mobil sind, hatten in dem 1.800-Einwohner-Dorf Bedarf. „Wir haben zusammen mit dem Betreiber verschiedene Grundstücke angeschaut und dann wurde das Ganze innerhalb von 6 Wochen auf die Beine gestellt“, so der Bürgermeister stolz.

Ein ähnliches Konzept wie in Rasdorf findet sich mittlerweile auch in etlichen baden-württembergischen Kommunen. „Der heutige Kunde möchte dann einkaufen, wenn er es braucht und Lust darauf hat und nicht dann, wenn der Laden offen



» Der Kunde möchte dann einkaufen, wenn er Lust darauf hat und nicht dann, wenn der Laden offen hat. «

Christian Maresch, Entwickler des Nahversorgerkonzepts „Tante-m“

FOTO: Tante m, Adobe Stock

KOMMUNEN ALS MÖGLICHMACHER

Das neue Eintrittsmanagement Access der S-Public Services – kontaktlos, sorglos und komfortabel

Das öffentliche Leben in den Kommunen hat sich mit der Pandemie spürbar verändert. Sensibilitäten für Menschenansammlungen und Digitalisierung spielen inzwischen eine deutlich größere Rolle. Gleichzeitig sehnen sich Menschen nach Freizeit und Freiheiten.

Der Aufwand, den kommunale Einrichtungen für die Öffnung von Bädern, Sporteinrichtungen, Volksfesten usw. betreiben müssen, wird steigen und wirft Fragen auf. Wie kann der Zugang zu kommunalen Einrichtungen transparent und DSGVO-konform gesteuert werden, ohne Bürger*innen auszuschließen? Und wie gestaltet man dies so, dass Bürger*innen die Veränderungen als Fortschritt empfinden?

Eine sichere und corona-konforme Komplettlösung für digitales Ticketing

Ein modernes Ticketing muss es Bürger*innen immer und überall ermöglichen, Termine für zum Beispiel Theater oder Schwimmbäder zu buchen. Dazu gehört das medienbruchfreie Bezahlen genauso wie der valide Versand von Tickets. Denn nur so werden Bürger*innen den Service ganzheitlich positiv erfahren.

Jede Veranstaltung und jeder Betrieb hat jedoch spezielle



Anforderungen. Betreibern muss eine Ticketplattform daher umfangreiche digitale Handlungsoptionen an die Hand geben, mit denen sich Veranstaltungen leicht erstellen, steuern und überwachen sowie verwalten lassen.

Kurz: Ein exzellentes Eintrittsmanagement ist für alle ein Gewinn, für die Betreibenden und die Bürger*innen, so wie das leistungsstarke und kostenlose Access by S-Public Services.

Mehrwerte durch unsere Kernkompetenzen: Access by S-Public Services.

Wir – die S-Public Services – sind das Kompetenzzentrum

für E-Government der Sparkassen-Finanzgruppe. Mit mehr als 10 Jahren Erfahrung als Payment Service Provider und über 2.500 kommunalen Kunden sind wir gemeinsam mit den Sparkassen Ihr stärkster Partner.

Mit Access stellen wir Ihnen eine Ticketplattform zur Verfügung, mit der Sie Ihren Gästen den Komfort und die Sicherheit bieten können, den sie erwarten. Wir wickeln zudem sämtliche Zahlungsprozesse einfach im Hintergrund ab. Die Plattform ermöglicht den kontaktlosen Zutritt via QR-Codes, mobil von unterwegs oder einfach von zu Hause aus. Besucher*innen können die Tickets entweder als PDF-Datei

herunterladen oder sie ihrer Wallet hinzufügen. Welche Tickets und Rabatte Sie anbieten oder welche Pakete Sie schnüren, bleibt Ihnen überlassen: Setzen Sie auf die Sparkassen-geprüfte Lösung Access von S-Public Services. Sprechen Sie uns an und werden Sie zum Möglichmacher.

Mehr Informationen finden Sie hier:

www.s-publicservices.de/access

Fragen zur Lösung richten Sie bitte an:

access@s-publicservices.de

Ihr Team von S-Public Services



Maresch. Hätten die Bürger das neue Angebot einmal entdeckt, seien die Rückmeldungen durchweg positiv. „Die Leute sind sehr glücklich, dass es so etwas gibt und wir erreichen durch das offene Konzept wirklich jede Art von Kundengruppe, auch die arbeitende Bevölkerung“, so Maresch.

Innovative Ladenkonzepte vor Ort sind nur ein Weg der Nahversorgung der Zukunft. Ein anderer ist die Nahversorgung auf Rädern, wie sie bereits seit etlichen Jahren in den 17 Kommunen der Steinwald-Allianz erprobt wird. Dort gibt es den „Mobilen Dorfladen“, ein ausgebauter und begehrter LKW, der auf verschiedenen Touren durch die Region fährt und jede Woche für 30 Minuten in ausgewählten Ortschaften hält. „Vom Grillanzünder über das Hundefutter bis zum Streusalz gibt es hier alles, was man im Alltag braucht“, sagt Martin Schmid vom Zweckverband Steinwald-Allianz. Dabei werden auf der Tour gezielt auch Direktver-



markter angefahren, damit auch ein regionales Angebot gewährleistet ist. Wer mag, kann online auch schon im Vorfeld Bestellungen aufgeben, die dann nach Plan geliefert werden. Zudem könne man Bargeld abheben und seit kurzem auch Lotto spielen. „Zwei Drittel der Kunden sind ältere Bürger, außerdem kommen viele Mütter mit ihren Kindern zum Einkaufen und es machen auch viele ihre Wocheneinkäufe“, sagt Schmid. Wenn man als Kommune ein ähnliches Projekt wie den Dorfladen verfolgen muss, man sich aus der Erfahrung von Schmid unbedingt genügend Zeit nehmen und das Vorhaben professionell angehen. „Es braucht erstmal eine Struktur, in der ein Bewusstsein reift für das Problem – das war bei uns die Allianz“, sagt Schmid. In Folge müsse man das geplante Projekt gut durchrechnen, sich juristisch informieren und die richtigen Partner wählen. Beim mobilen Dorfladen hat das geklappt und der LKW ist erfolgreich auf Tour.

hat“, meint Christian Maresch, der Initiator des Nahversorgerkonzepts „Tante-m“. Läden auf dem Land hingegen hätten traditionell nur kurze Öffnungszeiten und seien im Kundenstrom dadurch sehr eingeschränkt. „Das führt zu einem reduzierten Angebot und frustriertem Personal, das ist ein Teufelskreis“, so Maresch, und auch die alternativen Läden mit ausschließlich regionalem und Bio-Sortiment würden nur eine bestimmte Gruppe von Leuten erreichen und schnell ums Überleben kämpfen. Als Alternative hat Maresch mit seiner Marke „Tante-m“ einen personalfreien Laden mit Selbstbedienungskonzept entwickelt, der einen Mix aus regionalen und Standard-Produkten anbietet. Der Einlass ist ohne Code und Karte jederzeit möglich, nach dem Einkauf werden die Produkte an der Kasse mit dem Scanner erfasst und per Karte bezahlt. „Wir werden von Anfragen überhäuft und eröffnen gerade alle 3 Wochen einen neuen Laden“, so Maresch. Die Anfragen kämen dabei zu zwei Dritteln direkt aus Kommunen. Die Kommune ist beim Thema Nahversorgung vor Ort laut Maresch auch der wichtigste Partner. „Wir möchten, dass die Kommune zu 100 Prozent hinter dem Projekt steht. Sie spielt eine wichtige Rolle, wenn es um das Finden einer Räumlichkeit geht, die am besten mitten im Ortszentrum ist. Und sie ist außerdem ein zentrales Sprachrohr für die Bevölkerung“, sagt



» Eine gute Nahversorgung ist extrem wichtig für die Attraktivität eines Ortes.“

Jürgen Hahn,
Bürgermeister von Rasdorf

FOTOS/ Rasdorf, Adobe Stock

Jetzt nachrüsten für dauerhaft unbeschwertes Lernen und Spielen

Professionelle Lüftungsgeräte sichern gesunde Raumluft für unsere Kinder.

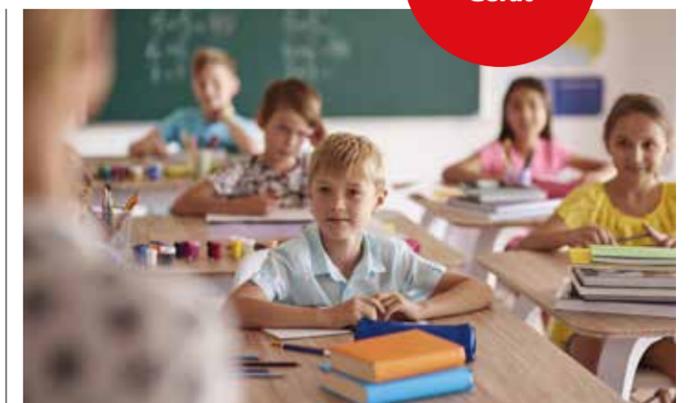
Endlich sind Schulen und Kitas wieder offen. Damit das so bleibt und Kinder langfristig in einer gesunden Umgebung spielen und lernen können, muss jetzt nachgerüstet werden – und zwar mit professionellen, förderungsfähigen Lüftungsanlagen wie dem AL-KO AIRCABINET des Lufttechnikexperten AL-KO.

Dauerhaft gesunde Luft mit AL-KO

Die oft praktizierte Kombination aus Luftreinigern und Fensterlüften reduziert

Infektionsrisiken, ist aber nur eine Übergangslösung. Denn sie kostet Unterrichts- und Spielzeit sowie Geld fürs Heizen. Daher braucht es eine professionelle Belüftungstechnik als dauerhafte Alternative.

Das neue Kompaktlüftungsgerät AL-KO AIRCABINET gewährleistet rundum gesunde Raumluftbedingungen, indem es regelmäßig die verbrauchte Raumluft mit 100% Frischluft austauscht. Damit sinkt auch der CO₂-Gehalt in den Räumen, was Konzentrationsfähigkeit und Wohlbefinden signifikant erhöht. Das platzsparende AL-KO AIRCABINET garantiert



einen sehr leisen Betrieb, ist einfach im Raum zu installieren, leicht zu bedienen und dank Corona-Fördermaßnahmen mit 80 % förderfähig.

Förderfähiges Gerät

KONTAKT
AL-KO THERM GMBH –
aircabinet@al-ko.com
www.al-ko.com/aircabinet



In der Uckermark ist dies mit der Einführung des Kombibusses erfolgreich gelungen.

Anja Sylvester von der LaLoG LandLogistik GmbH hat das Projekt von der ersten Stunde an begleitet. „Mobilität alleine rentiert sich selten“, so Sylvester, während die Nahversorgung am Land gleichzeitig eine enorme Logistik erfordere. Diese beiden Seiten sollten beim Kombibus wieder zusammenfinden. Der Kern der Idee: Ein Linienbus fährt innerhalb der gesamten Uckermark verschiedene Routen und transportiert dabei nicht nur Fahrgäste, sondern auch verschiedene Güter zwischen Gewerbetpartnern, etwa Lebensmittel, Ersatzteile oder Druckerzeugnisse, die dann in Folge an den Kunden gehen. „Der Linienbus kann die gesamte Uckermark mit Lebensmitteln versorgen, das ist eine große Chance für regionale Anbieter. Ein solches Angebot bietet hier kein normaler Logistikdienstleister“, so Sylvester. Diese Chance musste den Menschen vor Ort allerdings erst vermittelt werden und entsprechend viel Ausdauer erforderte der Planungsprozess von allen Beteiligten. „Man muss extrem viel kommunizieren zu Beginn und intensiv reingehen in die Region, damit überhaupt erst der Mehrwert erkannt wird“, so Sylvester. Dabei sei das Engagement des Landkreises und der regionalen Wirtschaftsförderung unverzichtbar gewesen. Allen Kommunen, die ein ähnliches Projekt wie den Kombibus planen, empfiehlt Anja Sylvester mindestens ein bis zwei Jahre Vorlauf, eine ausgereifte Strategie und ein ausgeklügeltes Lagersystem. Sind diese Voraussetzungen gegeben und sind die regionalen Wirtschaftsbetriebe mit an Bord, ist der Mehrwert eines vergleichbaren Gefährts rasch ersichtlich. Unterversorgte Dörfer und ineffiziente Leerfahrten sollen auch im



Vom Grillanzünder über das Hundefutter bis zum Streusalz gibt es im ‚Mobilen Dorfladen‘ alles, was man im Alltag braucht.“

Martin Schmid vom Zweckverband Steinwald-Allianz



Landkreis Hof der Vergangenheit angehören. Im Bereich des Nahverkehrs wurde hierzu bereits vor eineinhalb Jahren der „Hofer Landbus“ ins Leben gerufen, der über ein bedarfsgesteuertes System eine Fläche von 120 Quadratkilometern abdeckt und individuell gebucht werden kann. Vom Landkreis zusammen mit einem regionalen Taxiunternehmen organisiert, steht der Bus in einer Zeit von 6 bis 23 Uhr Montag bis Sonntag zur Verfügung und kann für 3 Euro pro Fahrt angefragt werden. „Für mich ist das der Durchbruch für den ÖPNV im öffentlichen Raum. Das hier funktioniert wirklich“, so Michael Abraham, Bürgermeister der Stadt Rehau. Nun will der Hofer Landkreis auf Basis des Hofer Landbusses auch im Bereich der Nahversorgung weiter vorankommen, denn auch in Hof zeigt sich das vertraute Bild. „In der Stadt gibt es alles, aber sobald man die Stadt verlässt, wird es dünn“, so der Bürgermeister, und auf den Dörfern hätten die Tante-Emma-Läden schon lange zugesperrt. Um hier Abhilfe zu schaffen, soll aus dem Landbus ein Landlieferbus werden, der nicht nur Fahrgäste transportiert, sondern auf der Route auch Bestellungen abliefern, die Kunden vorher per App oder Telefon aufgegeben haben. Noch befindet sich das Projekt ganz am Beginn, die 10-monatige Konzeptphase samt Machbarkeitsstudie läuft erst an.

Für Abraham aber ist der geplante Lieferbus schon jetzt eine echte Alternative zum Dorfladen und die damit verbundenen Hoffnungen sind groß. „Ich kann entweder zum Einkaufen fahren oder mir meine Einkäufe sogar liefern lassen. Das schafft Unabhängigkeit vom Auto und erreicht auch die Leute in den entlegenen Weilern.“

FOTOS/ Steinwald Allianz, Adobe Stock



„Wir lernen jetzt für die digitale Zukunft. Und das soll Schule machen.“

Fördern, was NRW bewegt.

Manfred vom Sondern, Chief Digital Officer von Gelsenkirchen, macht seine Heimatstadt zur digitalen Vorzeigekommune. Dazu gehören modern ausgestattete Schulen und Klassenzimmer mit interaktiven Whiteboards. Ermöglicht durch: die NRW.BANK – Förderbank für Nordrhein-Westfalen.

Die ganze Geschichte unter: nrwbank.de/gelsenkirchen

Beantragen Sie schnell und einfach Ihre NRW.BANK.Förderung. Alle Infos und FAQ: www.nrwbank.de/corona



NRW.BANK
Wir fördern Ideen

RANKING

DAS SIND DIE ERFOLGREICHSTEN MITTELSTÄDTE DEUTSCHLANDS

Die 21.000-Einwohner-Stadt Eschborn im Taunus ist die „erfolgreichste Mittelstadt Deutschlands.“ Diesen Titel darf die Kommune dank der Erstplatzierung im KOMMUNAL-Ranking, ermittelt gemeinsam mit der Contor-Regio, nun führen. Auch auf weiteren Plätzen finden sich „Altbekannte“, etwa Ingelheim am Rhein und Neckarsulm.

Von CHRISTIAN ERHARDT

Seit zwei Jahren führen wir gemeinsam mit der Contor-Regio Rankings zu den erfolgreichsten Städten Deutschlands durch. Von der familienfreundlichsten Kommune Deutschlands über die seniorenfreundlichste bis zur finanzstärksten. In dieser Ausgabe schauen wir auf die „erfolgreichsten Städte Deutschlands“. Demografie, Lebensqualität und Wirtschaftskraft sind hier die Stichpunkte. Insgesamt 67 Indikatoren haben wir herangezogen, etwa die Bevölkerungsentwicklung, den Anteil junger Menschen in der Stadt, den Arbeitslosenanteil, die Zahl der Insolvenzen, das verfügbare Einkommen, das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner und die Entwicklung der Einfamilienhäuser. Um den Erfolg der Städte zu messen, haben wir die Indikatoren in Gruppen eingeteilt und gewichtet. Dabei spielte der Überpunkt „Demografie“ einen Anteil von 25 Prozent, „Sozioökonomie und Daten zur Lebensqualität“ wurden zu 47 Prozent gewichtet und der Bereich „Ökonomie und Wirtschaftskraft“ zählte zu 28 Prozent in die Wertung ein. Die Aufteilung lässt sich also mit den Schlagworten „Stärke“, „Entwicklung“ und „Erfolg“ zusammenfassen. Alle Zahlen und Daten stammen von den statistischen Landesämtern beziehungsweise von Bundesämtern. Von den 11.000 deutschen Kommunen haben wir dabei die sogenannten „Mittelstädte“ ausgewählt. Als solche bezeichnet man Kommunen mit einer Einwohnerzahl zwischen 20.000 und maximal 75.000 Einwohnern. Darunter fallen rund 600 Städte in Deutschland.

600

Städte in Deutschland haben eine Einwohnerzahl von 20.000 bis 75.000 und gehören damit zu den sogenannten „Mittelstädten“.

Sieger der Auwertung ist die Stadt Eschborn im Taunus mit ihren rund 21.000 Einwohnern. Durch die Nähe zur Stadt Frankfurt hat Eschborn bei zahlreichen Indikatoren Spitzenwerte abgeliefert. Etwa beim Anteil der Jugendlichen unter 20 Jahren. Ihr Anteil liegt in der Stadt bei mehr als 21 Prozent und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Der Arbeitslosenanteil ist mit unter 2 Prozent sehr niedrig, entsprechend ist das verfügbare Einkommen je Einwohner mit fast 29.000 Euro überdurchschnittlich hoch.

Und auch auf dem zweiten Platz gewinnt eine Kommune, die sich als „jung, „finanzstark“ und vor allem als „investitionsfreudig“ beschreiben lässt. Ingelheim am Rhein, eine 24.000 Einwohner-Stadt in Rheinland-Pfalz hat sich das Silber-Podest erobert. Auch hier liegt die Arbeitslosenquote unter zwei Prozent, die Einnahmen aus Steuern sprudeln, die Zahl der Einfamilienhäuser ist hoch und das verfügbare Einkommen je Einwohner liegt mit 26.500 Euro weit über dem Durchschnitt.

Platz drei sicherte sich wieder eine Stadt in Baden-Württemberg, nämlich Neckarsulm. Auch hier fällt der hohe Anteil Jugendlicher in der Stadt mit insgesamt knapp 27.000 Einwohnern auf, auch hier sind die Wirtschaftsdaten hervorragend, das verfügbare Einkommen je Einwohner liegt um 25.000 Euro. Auch die Investitionen im verarbeitenden Gewerbe sind weit überdurchschnittlich. Wenig verwunderlich durch das Audi-Werk vor Ort sowie die Zent-



rale eines der größten europäischen Handelskonzerne, der Schwarz-Gruppe.

Schaut man auf die weiteren Platzierungen, so wird schnell klar: Der Süden und der Südwesten haben hier die Nase deutlich vorn. Schweinfurt, Ottobrunn, Haar, Bad Homburg, Sindelfingen, um nur die weiteren Bestplatzierten zu nennen. Ganz unten auf der Liste hingegen rangieren mit Eisleben und Sangerhausen gleich zwei Städte aus Sachsen-Anhalt, auch viele weitere Städte aus Ostdeutschland liegen auf den Positionen zwischen 500 und 600. Unterbrochen in seltenen Fällen mal von Städten aus dem Ruhrgebiet, wie etwa Oer-Erkenschwick, Kamen, Castrop-Rauxel oder Bergkamen.

Die komplette Liste mit allen Städten, allen 67 gewerteten Indikatoren und allen genauen Auswertungen der Städte finden Sie bei uns online unter www.kommunal.de/ranking-erfolgreiche-staedte

FOTOS / picture alliance / ZB/euroluftbild.de | euroluftbild.de/Robert Grahn, Adobe Stock



INTERVIEW

KOMMUNEN MÜSSEN INVESTIEREN KÖNNEN

Die Einnahmen brechen ein, die Ausgaben steigen. Deutschlands Kommunen fürchten ein Milliardendefizit und einen noch größeren Investitionsstau. Entsprechend fordern die Kommunen neue Hilfen vom Bund. Und genau auf diesem Geld sitzt ein Stück weit der Bundesfinanzminister. Im KOMMUNAL-Interview mit Chefredakteur Christian Erhardt und Gudrun Mallwitz skizziert Olaf Scholz, wie er die Herausforderungen lösen will.

KOMMUNAL • Herr Scholz, wenn Sie es sich aus-suchen könnten: Sind Sie in der Corona-Pandemie lieber Bundesfinanzminister oder wären Sie lieber noch Erster Bürgermeister von Hamburg?

Olaf Scholz: Natürlich bewegt es mich immer noch, wie sich die Stadt Hamburg entwickelt, denn ich bin sieben Jahre lang dort gerne Erster Bürgermeister gewesen. Doch jetzt bin ich mit großem Engagement Bundesminister der Finanzen, und gerade in dieser Krise war das auch ganz gut, glaube ich. Denn als Finanzminister habe ich dafür sorgen können, dass die Bundesregierung sehr früh und entschlossen gegengehalten hat mit Milliardenhilfen und Unterstützung für ganz viele – auf kommunaler Ebene, landes- und bundesweit, aber auch für Europa.

In der Corona-Krise sind den Kommunen drastisch Einnahmen weggebrochen. Warum wehren Sie sich gegen einen zweiten Rettungsschirm für die Kommunen für dieses und für nächstes Jahr?

Die finanzielle Unterstützung gerade für die Kommunen in dieser Krise ist enorm. Im vergangenen Jahr haben wir das Grundgesetz geändert, um den Städten und Gemeinden dauerhaft helfen zu können. Die Kosten für die Unterkunft für Empfängerinnen und Empfänger der Grundsicherung zahlt jetzt der Bund, fast 3,5 Milliarden Euro jedes Jahr. Zugleich haben Bund und Länder gemeinsam die Kommunen die Ausfälle bei der Gewerbesteuer im vergangenen Jahr mit zwölf Milliarden Euro kompensiert. Da hat sich also eine ganze Menge getan. Klar ist aber auch: Die Gesetze der Mathematik lassen sich nicht aushebeln. Der Bund wird am Ende

»
Ich werbe schon länger für eine Stunde Null der Kommunen mit Blick auf die Altschulden.«

der Krise wohl 400 Milliarden Euro zusätzlich Schulden gemacht haben.

Was bleibt sind Probleme, die wir auch schon vor der Krise hatten. Stichwort: Investitionsstau. Wäre es da nicht sinnvoll, noch mehr an die Kommunen zu geben?

Ganz genau, deshalb werbe ich schon länger für eine Stunde Null der Kommunen mit Blick auf die Altschulden. Wegen des Strukturwandels hat sich da bei vielen Städten und Gemeinden einiges angestaut, das ihnen kaum mehr Luft zum Atmen lässt. Leider haben CDU/CSU sich aber meinem Vorschlag verweigert, der die Kommunen auf einen Schlag komplett entschuldet hätte. Ich habe mir aber vorgenommen, als Bundeskanzler dies gleich zu Beginn der nächsten Legislaturperiode wieder anzupacken. Denn klar ist, die Gemeinden und Städte haben die Aufgabe, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Wenn einige Kommunen aber ständig nur Schuldendienst leisten müssen, fehlen ihnen die Mittel dafür. Mein Ziel ist, dass die Kommunen mit Schwung in die Zeit nach Corona starten. Wir brauchen massive Investitionen in die Infrastruktur: in den öffentlichen Nahverkehr mit Bussen und Bahnen und in die Digitalisierung, also schnelles Internet.

Vom Thema Altschulden sind nur ein relativ kleiner Teil der Kommunen getroffen. Was sagen Sie den anderen?

Dass es um jene geht, die am meisten Hilfe benötigen. Eine Stunde Null ist eine Stunde Null. Das kann man nur einmal machen. Grundsätzlich ist es



FOTOS/ Bundesministerium der Finanzen

die Aufgabe der Länder, ihre Kommunen finanziell ordentlich auszustatten, zugleich gibt es innerhalb der Länder den Finanzausgleich zwischen den Kommunen. Mit der Altschulden-Regelung wäre die Auflage verbunden, solche Schulden-Situationen künftig zu vermeiden.

Jetzt sind Investitionen das eine, bürokratische Hürden das andere. Wir hören immer wieder aus Kommunen: Weg mit diesen Fördertöpfen.

Bestimmte Ziele kann der Bund nur über gezielte Förderungen erreichen. Als früherer Bürgermeister kenne ich aber auch die Frage: „Will ich diese Förderung überhaupt oder lass ich's lieber bleiben?“ Diese Förder-Töpfchenpolitik ist oft auch Ausdruck davon, dass es keine klaren Vorstellungen im Bund gegeben hat, was man eigentlich erreichen will. Und dann wunderte man sich, dass Geld nicht ordentlich abgerufen wurde. Damit muss Schluss sein. Als Kanzler habe ich klare Ideen für die Zukunft, daran wird sich die Förderpolitik orientieren.

Was sind Ihre Vorschläge?

Weniger bürokratische Förderungsanträge wären ein Gewinn! Mehr Kooperation bei den Anträgen und mehr Unterstützung von Strukturen sicherlich auch! Gleichzeitig braucht es den Einsatz auf allen Ebenen. Ich möchte, dass jede Bürgermeisterin, jeder Stadtkämmerer morgens aufwacht mit der Frage: Habe ich in meiner Gemeinde genügend Ladestationen für Elektrofahrzeuge, statt zu sagen: Da ist ja keiner, der sie mir baut. Ich möchte, dass es jede Rathauschefin und jeder Rathauschef es als Problem empfindet, wenn die Schule nicht am Breitbandnetz angeschlossen ist und sich kümmert – sonst helfen all die Förderprogramme nichts. Also: Wir sind alle bei diesen Themen gefragt.

Wie können wir die Innenstädte nach den Lockdowns wiederbeleben?

Nach dieser Pandemie möchte ich die Innenstädte ganz stark unterstützen. Ich habe da schon eine Idee, wie wir ein Programm von 250 Millionen Euro zusätzlich mobilisieren können. Doch es ist nicht allein eine Frage des Geldes, sondern auch eine Frage der Kreativität. Drei neue Blumenkübel und ein Fahrradständer sind noch kein Innenstadtkonzept. Man muss sich vielmehr fragen: Wie kann man Immobilien, die früher für Geschäfte genutzt wurden, auch anders nutzen, um Kunden anzuziehen.



Wie erreiche ich, dass sich neue Läden ansiedeln? Um die Innenstädte attraktiver zu machen, können auch technische Lösungen beitragen. Ich persönlich bin begeistert, wenn ich vor dem Stadtbummel herausfinden kann, ob ein bestimmtes Produkt in einem Geschäft vorrätig ist und ich es vorab reservieren kann. Ich möchte es gar nicht nach Hause geschickt bekommen, sondern im Geschäft anprobieren. Aber ich will sichergehen, dass es auch vorrätig ist.

Kaufen Sie selbst auch online ein?
Eher selten.

Wir sprechen immer von gleichwertigen Lebensverhältnissen. Der ländliche Raum hat bei der Infrastruktur aber ziemlich viel Nachholbedarf. Wie kann es in Dessau-Roßlau ähnliche Lebensverhältnisse geben wie in Rosenheim?

Nicht umsonst habe ich die Investitionen im Bundeshaushalt in meiner Amtszeit auf Rekordniveau geführt – denn natürlich müssen wir die Infrastruktur ausbauen, insbesondere den öffentlichen Nahverkehr, aber auch den Schienen- und Straßenverkehr, damit auch ländliche Räume an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben können. Der Klimawandel stellt uns hier vor neue Herausforderungen. Im Januar haben wir den CO₂-Preis eingeführt, um die Nutzung von Kohle, Gas und Erdöl zu verteuern und Bürger zu ermuntern, auf

» Als früherer Bürgermeister kenne ich auch die Frage: **Will ich diese Förderung überhaupt oder lass ich's lieber bleiben?**“

umweltfreundlichere Energie umzusteigen. Das passiert aber nicht über Nacht – eine neue Heizung, ein neues Auto ist eine riesige Investition. Deshalb sehe ich den CO₂-Preis anders als Grüne und Union auch nicht als Allheilmittel. Sie glauben, je schneller und höher der Preis ist, desto besser fürs Klima. Sie vergessen dabei, dass viele nicht einfach auf umweltfreundlichere Wege ausweichen. Weil sie eben nicht im Szeneviertel einer Großstadt leben und mit dem Fahrrad zum Co-Working-Space radeln können, sondern in strukturschwacher Region ohne guten Nahverkehr aufs Auto angewiesen sind. Ich bin für einen moderat steigenden CO₂-Preis, damit die Bürger die Chance haben, auch reagieren zu können.

Könnten Sie sich eine Rückkehr in die Kommunalpolitik vorstellen – wenn das nicht klappt mit dem Kanzlersein oder einem erneuten Ministerposten nach der Bundestagswahl im September?

Ich setze gerade alles daran, Kanzler zu werden. Meine Zeit als Erster Bürgermeister ist aber eine ganz wichtige Erfahrung gewesen, weil ich über die Probleme weiß, die es gibt, Pläne in die Tat umzusetzen. Mein Fazit: Man muss nicht nur Reden halten, sondern sich schon auch konkret kümmern, damit etwas hinhaut.

Dann hoffen wir, dass Sie, egal in welcher Position, künftig niemals vergessen, wie das ist vor Ort. ☒

FOTOS/IMAGO/PHOTOTEK

KATHERINA REICHE, VORSTANDSVORSITZENDE DER WESTENERGIE AG

DIGITALER SPRUNG NACH VORN

Endlich: Die Innenstädte sind wieder belebt. Die Menschen sind zurück in den Straßen. Wir können wieder von Angesicht zu Angesicht sprechen. Echte Treffen statt Online-Meetings. Die Erleichterung ist spürbar.

Doch bei aller Begeisterung für das „analoge“ Begegnen: Für die Kommunen hat die Digitalisierung gerade erst richtig angefangen. Eine Umfrage im Auftrag des DStGB zeigt: In etwa jeder fünften Kommune wird die Pandemie als Triebfeder für zunehmend digitale und damit kontaktlose Vorgänge verstanden.

Das ist naheliegend. Die Menschen haben ihre Erwartungen an den digitalen Staat hochgeschraubt. Weil sich plötzlich so vieles als digital machbar erwies: vom Einkaufen über das Arbeitstreffen bis zur Ausstellung eines Passes. Laut Digitalisierungs-Index der Fraunhofer-Gesellschaft ist die Online-Anmeldung eines Fahrzeugs in fast der Hälfte aller Kommunen möglich. Früher hätte es Beifall dafür gegeben. Heute kommt die Gegenfrage: Warum geht das nicht überall?

Das Bundeswirtschaftsministerium hat in einer Umfrage herausgefunden, dass neun von zehn Kommunen eine Digitalisierungsstrategie für sinnvoll halten. Sechs von zehn Kommunen arbeiten



bereits daran oder planen, dies zu tun.

Die Digitalisierung hilft, Städte und Gemeinden bürgerfreundlicher und lebenswerter zu machen. Der Anschluss an ein schnelles Netz ist als



Standortfaktor bald wichtiger als die Autobahnanbindung. Das Breitbandinternet ist Basis für zukunftsfähige Arbeitsplätze. Nachhaltige, vernetzte Wohnquartiere steigern die Lebensqualität. E-Ladesäulen sind inzwischen fast Standard im Stadtbild. Der WLAN-Hotspot sollte zur Innenstadt gehören wie einst der Brunnen.

Diese Entwicklung spürt auch Westenergie. Mehr als 1.350 Ladepunkte für E-Fahrzeuge haben wir in unseren Partnerkommunen inzwischen installiert, mehr als 580 E-Bike-Ladesäulen und mehr als 250 Hotspots. Wir konnten in den vergangenen Jahren unser Angebot für Gemeinden weiterentwickeln. Wir stellen in vielen Regionen ein schnelles und stabiles

Glasfasernetz bereit, bieten Lösungen für Elektromobilität, vernetzte Quartiere und Unterstützung beim digitalen Wandel.

Am Digitalisierungsschub in den Kommunen geht kein Weg vorbei. Nicht nur, weil die Menschen das erwarten. Sondern, weil wir es nur mit einer digitalen Verwaltung schaffen werden, den anstehenden Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft umzusetzen.

IHR KONTAKT BEI FRAGEN ODER FÜR WEITERE INFORMATIONEN:

Westenergie - Kommunales Partnermanagement

www.westenergie.de/ueber-westenergie/kontakt

www.westenergie.de/fuer-kommunen

CORONA-LANGZEITFOLGEN

SELBSTHILFEGRUPPEN SIND GEFRAGT

Zahlreiche Menschen, die eine Corona-Erkrankung überstanden haben, leiden weiter unter gesundheitlichen Problemen. Erste Kommunen haben darauf reagiert und unterstützen die Selbsthilfe im Ort. Wir zeigen zwei Vorzeigebispiele aus den Landkreisen Tuttlingen und Unna.

Von MICHAELA ALLGEIER

Es ist nicht selten, dass ehemalige Corona-Erkrankte auch dann noch unter den Folgen leiden, wenn sie längst „offiziell genesen“ sind. Immer wieder berichten Menschen von Müdigkeitserscheinungen, Luftnot oder Gedächtnis- und Konzentrationsstörungen, die selbst nach milden Krankheitsverläufen zu beobachten sind. Betroffene können sich an „Post COVID-Ambulanzen“ sowie an spezialisierte Rehakliniken wenden. Zugleich sind erste Initiativen zur Selbsthilfe entstanden. Die Selbsthilfekontaktstellen mit ihrem umfangreichen Beratungsangebot erweisen sich auch als wichtige Ratgeber. Zu deren Auftrag gehört, Interessierte vor Ort über die gemeinschaftliche Selbsthilfe zu informieren, Unterstützung während der Gruppengründung zu leisten und bestehende Gruppen zu begleiten.

Der Landkreis Tuttlingen verfügt über eine solche Selbsthilfekontaktstelle. Getragen wird sie vom Landratsamt. „Wir haben uns fachübergreifend mit der Situation von COVID-Langzeiterkrankten beschäftigt“, sagt Petra Hilgers vom Projekt „Junge Selbsthilfe“. Viele hätten mit unterschiedlichen Symptomen zu kämpfen, was für Außenstehende nicht immer nachvollziehbar sei. „Deshalb überlegten wir, ob Betroffene vom Engagement in einer Selbsthilfegruppe profitieren können.“ Mit einer gezielten Befragung von Menschen im Landkreis wollte sie herausfinden, ob und wie viele Menschen diese Hilfe wirklich benötigen und annehmen würden. So ging sie auf die örtliche Presse zu. „Eigentlich ging es im angedachten Interview für die Lokalzeitung um die Auswirkungen der Kon-



SHK Tuttlingen - Melanie Werner und Petra Hilgers



taktbeschränkungen auf die Arbeit der Selbsthilfe“ schildert Petra Hilgers. „Bei der Gelegenheit erklärten wir, dass wir die Gründung einer Selbsthilfegruppe zu den Langzeitfolgen von Corona bei Interesse gerne unterstützen möchten.“ Zusätzlich veröffentlichte die Pressestelle des Landratsamts eine entsprechende Ankündigung auf der Website des Landkreises sowie auf Facebook. „Oft geht die Initiative von Betroffenen aus“, so Hilgers. „Aber wenn wir wissen, dass zur Symptomatik auch Müdigkeit und Erschöpfungszustände gehören, ist es auch mal anders.“

Im Laufe der nächsten Wochen melden sich immerhin sieben Menschen bei dem Projekt. Ein erstes virtuelles Treffen hat bereits stattgefunden, das von Petra Hilgers moderiert wurde. „Aufgrund der Corona-Auflagen ist es zurzeit für Gruppen im Landkreis Tuttlingen schwierig, geeignete Räumlichkeiten zu finden.“ Gleichzeitig ist sie überzeugt, dass digitale Angebote gerade im ländlichen Raum auch Vorteile bieten: „Einige müssen weite Wege zurücklegen, um an den Treffen teilnehmen zu können, was Zeit und Energie kostet.“

Doch manchmal sind es technische Hürden, die einem Online-Austausch im Wege stehen. Dann gehört es zu den Aufgaben einer Selbsthilfekon-

SONDERVERÖFFENTLICHUNG



EIN FAHRZEUG – UNZÄHLIGE MÖGLICHKEITEN

Hakenliftsysteme von UNSINN garantieren maximale Flexibilität



Ob Grünanlagen bewässern, Laub saugen oder Schnee räumen: Ein Abrollkipper von UNSINN ist ein unverzichtbares Allround-Fahrzeug. Höchsten Bedienkomfort garantiert der neue Hakenlift

inklusive Sanftanlaufsteuerung. Damit lassen sich sämtliche Container präzise, sanft und ohne ruckartige Bewegungen abladen. Gesteuert wird bequem per Funkfernbedienung außerhalb der Fahrerkabine.

CITY-PRITSCH MIT SPINLOCK

Bei der neuen City-Pritsche setzt UNSINN auf das patentierte Ladungssicherungs-System Spinlock. 22 Zurrpins auf sowie unter der Ladefläche bieten zuverlässigen

Halt. Die abklapp- und abnehmbaren Alubordwände gestatten ein Be- und Entladen von zwei Seiten. Für maximale Flexibilität sorgen der modulare Aufbau und praktisches Zubehör. www.unsinn.de

KONTAKT

UNSINN
Fahrzeugtechnik GmbH

Rainer Straße 23-25
86684 Holzheim

+49 8276 58900

info@unsinn.de



Engagiert: Der Sprecherrat der Selbsthilfegruppen im Kreis Unna.

taktstelle, nach praktikablen Lösungen zu suchen. Auch grundsätzliche Bedenken kommen vor. „Ein solches Format behagt nicht jedem Gruppenmitglied“, bestätigt Petra Hilgers und verweist auf Alternativen. Es sei ebenso möglich, sich Briefe zu schreiben, miteinander zu telefonieren oder bei einem Spaziergang zu zweit ins Gespräch zu kommen. „Mein wichtigstes Ziel sehe ich darin, flexibel auf Bedürfnisse einzugehen und eine Isolation von Hilfesuchenden zu verhindern.“ Hinzu kommt, dass die Vernetzungsarbeit im Rahmen der Selbsthilfe dazu beiträgt, spezifische Versorgungsbedarfe sichtbar zu machen.

Darüber hinaus können Aktivitäten im Rahmen der Selbsthilfe die Präventionsarbeit vor Ort prägen. Als Beispiel für den Landkreis Tuttingen ist eine interaktive Veranstaltung zur Darmkrebsvorsorge zu nennen, die zusammen mit der Selbsthilfegruppe „Darmkrebs“ initiiert wurde. Die Selbsthilfekontaktstelle hat außerdem eine Zusammenarbeit mit den Schulen angeregt, um für das Thema „Essstörungen“ zu sensibilisieren. Auf Grundlage dieser Netzwerkarbeit wurde beim Landratsamt inzwischen ein eigener Arbeitskreis ins Leben gerufen.

Ganz anders verlief die Initialzündung für eine solche Gruppe im Kreis Unna. Hier ging sie von einer Pflegeeinrichtung aus. Dafür eingesetzt hat sich Silke Habekost, die als Pflegedienstleiterin im „Schmallenbach-Haus“ mit Sitz in Fröndenberg tätig ist. „Einige meiner von Corona betroffenen Kollegen sind nach wie vor durch körperliche und seelische Symptome beeinträchtigt.“ Da sie über positive Erfahrungen mit der gemeinschaftlichen Selbsthilfe verfügt und weitere Betroffene einbeziehen wollte, wandte sich Silke Habekost an die „Kontakt- und Informationsstelle für Selbst-

»
Vielen fällt es durch die gegenseitige Hilfe leichter, mit der Situation umzugehen und neue Perspektiven zu entwickeln.“

Margret Voß,
Landkreis Unna



hilfegruppen“. Unterstützung erhielt sie dort von Margret Voß vom Landkreis Unna. Zugeordnet ist die Selbsthilfegruppe dem Fachbereich „Gesundheit und Verbraucherschutz“ der Kreisverwaltung. „Vielen fällt es durch die gegenseitige Hilfe erheblich leichter, mit der Situation umzugehen und neue Perspektiven zu entwickeln“, so Voß. Vorgehen ist, dass auch Angehörige mitwirken können, denn oft sind sie ebenfalls stark belastet.

Das Angebot wurde schnell bekannt und es meldeten sich innerhalb weniger Wochen zehn Interessierte. „Aufgrund der Infektionslage haben wir zunächst darüber nachgedacht, digitale Programme zu nutzen“, erzählt Silke Habekost. Die Gruppenmitglieder entschieden sich jedoch dagegen. „Es hat sich gezeigt, dass das Geschehen eine intensive Auseinandersetzung erfordert, die eher bei Präsenztreffen erreichbar ist.“

Doch auch Online-Angebote funktionieren in dem Bereich, so die Erfahrung des Landkreises. Das gelte vor allem für den Bereich „Sucht“ und die „Junge Selbsthilfe“. „Allerdings ist es nicht leicht, echte Nähe zu entwickeln, wenn man sich lediglich virtuell begegnet“, so Habekost. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen in Zeiten der Pandemie sei das Bedürfnis der Menschen nach wie vor groß, sich in einer Selbsthilfegruppe auszutauschen oder zu dieser Kontakt aufzunehmen.

Eine wichtige Rolle nimmt auch der Sprecherrat der Selbsthilfegruppen im Kreis Unna ein, der als Bindeglied zwischen Verwaltung und Politik die Interessen der Selbsthilfegruppen in den verschiedenen Gremien und Ausschüssen vertritt. In regelmäßigen Infobriefen werden die Selbsthilfegruppen über dessen vielfältige Aktivitäten auf dem Laufenden gehalten. ☺

FOTOS: Lisa Nieß/Galler/Kreis Unna, Ursula Dören

SAMSUNG

Die einfachste Formel für guten Datenschutz: Man klammert die Unbekannten aus.

Mit uns sind sensible Daten im digitalen Unterricht geschützt.

Der Schutz der Daten von Schülerinnen und Schülern steht bei uns an hoher Stelle. Deshalb sind die Lösungen von Samsung Neues Lernen auf die hohen Sicherheitsansprüche digitaler Bildung ausgerichtet:

- Geprüft gemäß DSGVO-Richtlinien
- Geschützt durch die mobile Sicherheitsplattform Samsung Knox
- Intuitiv bedienbar als Gesamtlösung aus Hard- und Software
- Ausgestattet mit sicherem Zugang zu potenziell 110.000 Bildungsinhalten über Edupool



Erfahren Sie mehr auf samsung.de/geschuetztedaten

Neues Lernen

BILDUNG

SCHULE IM ZELT

Seit mehr als einem Jahr findet kein geregelter Präsenzunterricht mehr in deutschen Schulen statt. Doch das Recht auf Bildung gilt weiterhin und so mussten sich Kommunen neue Konzepte überlegen. Exemplarisch stellt KOMMUNAL die Idee aus Deggendorf vor, mit der die letzten Züge der Corona-Schulkrise angegangen wurden.

Von PATRICK PEHL



Idee

Oberbürgermeister Christian Moser schlug Anfang Mai erstmals ein interessantes Präsenzunterrichtskonzept vor. Mit weit über 200 lag der Inzidenzwert hoch, doch die Eltern machten Druck und der Gemeindevorsteher war pragmatisch: Unterricht in Festzelten. Nach der Genehmigung durch das Kultusministerium ging es schnell los. Drei der fünf Grundschulen im Ort können mit dem Konzept in Präsenz alle Kinder der ersten vier Klassenstufen beschulen.

Vorteile

Auf schulischen Sportplätzen und Vereinsfußballplätzen aufgestellte Zelte haben genügend Platz, denn so Oberbürgermeister Moser: "Die Zelte sind 300 Quadratmeter groß, ein normales Klassenzimmer nur 70 Quadratmeter." Bei gutem Wetter können die Seitenwände der Zelte geöffnet bleiben und bei schlechtem Wetter sind die Schüler unter einem Dach geschützt. Die Stadtverantwortlichen benötigten etwa eine Woche Vorlauf, um die Klassenzimmer aus Festzelten herzurichten.

Technik

Da die großen Zelte ungewohnt große Entfernungen zwischen Lehrern und Schülern erzeugen sowie Umgebungsgeräusche die Verständlichkeit der Lehrer beeinträchtigen, müssen sich die Klassen an Mikrofone und Lautsprecher gewöhnen. Ein praktisches Problem tritt dabei auf: Die Zelte müssen mit einem gewissen Abstand zueinander stehen. Circa 100 Schüler lernen in den Deggendorfer Grundschulen. Somit werden auch die Eltern entlastet, ist sich der Bürgermeister sicher.

Herausforderungen

Pannenfrei geht es wohl nicht, denn gleich am ersten Tag des Testbetriebes gab es einen großen Sturm mit Hagel. Der Nachwuchs der 33.000-Einwohner-Stadt freute sich über die interessanten Eisbrocken vom Himmel, auch wenn die Lehrerin nicht erfreut war. Weitere himmlische Pannen gab es bisher zum Glück noch nicht, auch wenn es bei Regenprasseln auf dem Dach der Zelte etwas laut sein kann. Gespannt ist man jedoch auf die heißen Tage im Sommer mit sengender Sonne. Zwar lassen sich die Seitenwände der Zelte öffnen und ermöglichen somit eine Belüftung, doch der ein oder andere Sonnenbrand ist wohl zu erwarten.

Kosten

Die Bierzeltklassenzimmer kosten die Gemeinde in Bayern 15.000 Euro für einen Zeitraum von sechs Wochen. Dazu kommt ein beitragsfrei zur Verfügung gestelltes Zelt eines Vereins. Die Kommune hofft auf Zuschüsse des Landes. "Das Ministerium antwortet uns nicht. Es gibt schlicht keinen Kontakt" erklärt der Sprecher der Gemeinde. Das Staatsministerium verweist auf Antragsverfahren im Rahmen der Infektionsschutzmaßnahmenverordnung. Doch auch für die Zeltverleiher ist das ein unverhofftes Geschäft, während Feste allenthalben abgesagt werden.

Sanitäranlagen

Die Toilettennutzung ist natürlich möglich. Je nach Standort können die Toiletten der Schulgebäude, Sportplätze oder Vereine benutzt werden. "Die Kinder müssen immer betreut werden und können nicht einfach allein gelassen werden. Darum haben wir unser pädagogisches Fachpersonal und unsere Mittagsbetreuer dafür eingesetzt", erklärt Sprecher Sandro Pfeiffer. Auch das Schulessen findet statt und zwar in den normalen Speisesälen, denn der Abstand kann gewahrt werden.

Fazit

"Wir sind zufrieden und haben keine Beschwerden vernommen. Alle sind zufrieden. Wir konnten die Eltern entlasten, die Lehrer können ihren Beruf ausüben und die Kinder kommen zusammen", berichtet Oberbürgermeister Christian Moser stolz. Nach den Sommerferien, die in Bayern erst am 14. September enden, soll wieder ein Regelbetrieb in den Schulgebäuden stattfinden.

FOTOS/ Adobe Stock, Stadt Deggendorf



CORONA-AUSWIRKUNGEN

SO KÖNNEN DIE KOMMUNEN DIE GRUNDSCHULEN VORANBRINGEN

Die Grundschulkinder werden die Corona-Krise bewältigen, glaubt die stellvertretende Vorsitzende des Grundschulverbandes Ursula Carle. Ihre Wünsche: Die Schulträger sollten mehr auf Unterricht im Freien setzen und die Schulgebäude umgestalten.

KOMMUNAL • Frau Dr. Carle, Studien zufolge belastet die Corona-Pandemie Kinder und Jugendliche stark. Wie dramatisch ist die Situation?

Ursula Carle: Wie die gesamte Gesellschaft, waren und sind auch die Kinder in der Corona-Pandemie sehr stark isoliert. Doch es gibt Unterschiede: Bei uns auf dem Land, wo ich wohne, haben die Kinder draußen viel miteinander gespielt. Sie haben die Umgebung untersucht, neue Spielideen entwickelt – und Erwachsenen viele Fragen gestellt. In meinem Wohnumfeld haben die 5- bis 7-jährigen Mädchen alle Inlineskaten gelernt. Einige haben sich dazu Anleitungen auf Youtube angeschaut. Die Kinder haben so gelernt, wie man im Internet etwas findet, das einem hilft.

Es gibt aber doch durchaus auch gravierende Probleme.

Manchen Kindern und Jugendlichen konnten die Eltern in der Pandemie nicht den notwendigen Halt geben – weil sie in einer sozial schwierigen Situation leben, von Arbeitslosigkeit bedroht sind oder gar beide Eltern ihre Arbeit verloren haben. Die Pandemie hat bestehende Probleme noch verstärkt.

Wie unterschiedlich gingen die Länder mit der Pandemie um?

Es gab Bundesländer, die gut vorbereitet waren, dazu gehörte Bremen. Die Schulen wurden hier schnell mit Notebooks ausgestattet. Niedersachsen hat in meiner Wahrnehmung die Schulen nicht in eine ständige Auf- und Zu-Situation geschickt. Sie

„Die Sporthallen stehen oder standen leer, auch im Gemeindesaal könnte in Pandemiezeiten unterrichtet werden.“

Ursula Carle, stellvertretende Vorsitzende des Grundschulverbandes



waren kaum geschlossen. In Baden-Württemberg sah es anders aus. Die Situation war geprägt durch wenig Unterricht und ein ständiges Hin und Her mit kurzfristigen Ankündigungen.

Manche Schulanfänger in Deutschland hatten in diesem Schuljahr nur zweieinhalb Monate Unterricht. Wie können Kinder das aufholen?

Zweieinhalb Monate – das ist ein Extremfall. Die meisten Kinder hatten in der Pandemie mehr Unterricht. Kinder lernen nicht im Wochen- oder Monatstakt. Aus ganz offenem Unterricht wissen wir, dass Kinder, wenn sie ihren Interessen nachgehen können, oftmals lange Zeit ein Fach vernachlässigen und später das Liegende gebliebene ganz schnell lernen, weil sie dann motiviert dazu sind. Es ist anzunehmen, dass alle Kinder – sofern die Schulschließungen nicht weitergehen – die Standards der Grundschule erreichen werden, insbesondere die jetzigen Erstklässler.

Was hätte anders laufen müssen?

Mich hat die ganze Zeit gewundert, warum gerade in der Pandemie Draußenunterricht kein Modell ist. Schließlich wird er schon lange erfolgreich praktiziert und mit der Uni Mainz und der Technischen Universität München auch weiterentwickelt. Dass die Kinder auch im Freien unterrichtet werden, ist in den nordischen Ländern wie Dänemark, Schweden, Norwegen längst Alltag. Man hätte hier zur personellen Unterstützung sicherlich die Sportvereine einbinden können. Für Impfzentren wurden

FOTOS/ Ute Grabowsky, Adobe Stock



die Trainer und Trainerinnen angeworben, für die Unterstützung von Draußenunterricht aber nicht.

Was kann der Schulträger tun?

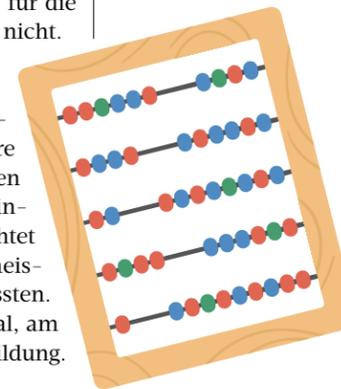
In der Pandemiezeit könnte viel mehr Unterricht stattfinden, wenn auch noch andere Gebäude genutzt werden. Die Sporthallen stehen oder standen leer, auch im Gemeindesaal könnte in solchen Zeiten unterrichtet werden. Das bedeutet aber, dass die Hausmeister zusätzliche Aufgaben übernehmen müssten. Deshalb brauchen wir zusätzliches Personal, am besten mit einer pädagogischen Zusatzausbildung.

Wie kann Schule noch besser organisiert werden?

Alle im Ort sollten sich stärker zusammenschließen: Schule und Kita sowie Kommune, Vereine, soziale Organisationen und Behörden. Ein solches Netzwerk kann in Pandemiezeiten eine wichtige Stütze sein. Der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin könnte alle an einen Tisch bringen und den Austausch unterstützen, der durch Notzeiten trägt. Auf diesem Weg könnte auch Unterstützungspersonal in die Schule geholt werden. Beispiele gibt es quartiersbezogen in Großstädten wie Bremen aber auch in kleineren Gemeinden wie Mengerskirchen in Hessen.

Was ist mit der Digitalisierung?

Der Schulträger sollte dafür sorgen, dass die digitale Ausstattung rasch umgesetzt wird. Das Problem ist, dass die über den Digitalpakt angeschafften Endgeräte auch gewartet werden müssen. Dafür müssen das Personal und das nötige Geld vorhanden sein. An dieser Stelle sollten die Kommunen das Land in die Pflicht nehmen.



Was können die Kommunen noch beitragen, um die Schule zu verbessern?

Schule muss heute anders geplant werden, deutlich oberhalb der Schulbaurichtlinien. Kinder sollen nicht stundenlang sitzen. Der Schulbau muss sich ändern, die Einrichtungsgegenstände sollten für einen offenen, inklusiven Unterricht taugen. Es sollte mehr Wert auf eine großzügige Gestaltung des Außengeländes gelegt werden. Wichtig sind auch Sporthallen und Schwimmbäder, damit Kita- und Schulkinder schwimmen lernen und an Sport Interesse gewinnen.

Das Bundeskabinett hat beschlossen, dass ab August 2026 alle Kinder der 1. Klasse einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung erhalten. Ab August 2029 soll jedes Grundschulkind einen Anspruch haben. Für die Kommunen eine Herausforderung.

Die Verzögerung um ein Jahr ist schade. Problematisch ist, dass der Fokus auf Betreuung liegt. Besser wäre es, die Ganztagschule unter Berücksichtigung einer Rhythmisierung über den ganzen Tag einzuführen. Nur so kann der Unterricht entzerrt werden. Deutschland ist eines der wenigen Länder, die keine Ganztagspflicht haben. Im Ganztagsfinanzierungsgesetz ist geregelt, wie die Mittel an die Länder vergeben werden. Die Kommunen müssen dafür sorgen, dass der Verwendung nichts im Wege steht. Zu wünschen wäre, dass sie bei den Baurichtlinien flexibel sind, wenn ein zusätzliches Raumangebot nötig ist.

Das Interview führte Gudrun Mallwitz.

CORONA-FOLGEN

TIERPARKS IN DER **KRISE**

Deutschlands Zoos und Tierparks waren von der Corona-Krise ebenfalls stark betroffen. Viele Einrichtungen blieben über Monate geschlossen – die Kosten für Unterhalt und Tierfutter gingen aber weiter. Dank kommunaler Zuschüsse haben die meisten Parks aber überlebt. Der KOMMUNAL-Deutschlandreport.

Von BENJAMIN LASSIWE

Der Tierpark im niedersächsischen Nordhorn hat es mit Humor genommen. Als in der Anlage in der Grafschaft Bentheim im April ein Kalb der in freier Wildbahn bereits ausgestorbenen vietnamesischen Sikahirsche zur Welt kam, erhielt es den Namen „Lockdown“. Denn alle Namen der 2021 in dem Zoo geborenen Tiere sollen mit dem Buchstaben „L“ anfangen, so wie die Namen aller 2020 geborenen Jungtiere mit einem „K“ beginnen. Weswegen die ältere Schwester des kleinen Sikakalbs schon seit gut einem Jahr den Namen „Korona“ trägt.

„Es ist schon ein bisschen Galgenhumor dabei“, sagt die Sprecherin des Nordhorer Tierparks, Ina Deiting. Denn natürlich hatte auch der Zoo in Nordhorn unter der Corona-Pandemie zu leiden. In den Lockdowns war die Öffnung von Zoos und Tierparks über längere Zeit nicht möglich. Und nach Inkrafttreten der Bundesnotbremse durften die Außenbereiche von Zoos und Tierparks nur mit einem negativen Corona-Test betreten werden. Die Testpflicht führte zu erheblichen Besucherrückgängen. „Unser Tierpark benötigt im Schnitt 1000 Besucher am Tag, damit sich jeder Tag von Einnah-

RANKING DER ZOOS

nach Umsatz im Jahr 2019

Zoologischer Garten Berlin

34,5 Mio Euro

Zoo Hannover

25,6 Mio Euro

Zoo Köln

19,1 Mio Euro

Zoo Leipzig

18,1 Mio Euro

Tierpark München

15,9 Mio Euro

men und Ausgaben die Waage hält“, so der Vorsitzende des Fördervereins des Nordhorer Zoos, Dietmar Brookmann. Weswegen man im Zoo an der holländischen Grenze unter dem Motto „Wir sind Zoo 3.0“ eine eigene Spendenkampagne startete, um die Defizite auszugleichen.

„Im Großen und Ganzen hatten alle Zoos in Deutschland unter der Corona-Pandemie zu leiden“, erklärt auch der Geschäftsführer der Deutschen Tierpark-Gesellschaft, Jan Bauer. Allerdings könne man dabei zwischen den Einrichtungen durchaus unterscheiden: „Kommunale Zoos und Tierparks waren insgesamt weniger betroffen, weil sie einen gesicherten Haushalt haben“, so Bauer. „Private Betreiber hatten arg zu knabbern.“ Diesen Befund teilt auch Eckard Wiesenthal, Vorsitzender des Deutschen Wildgehege-Verbands, in dem rund 150 vor allem kleinere Einrichtungen zusammengeschlossen sind. „Die privaten Parks hatten die größte Angst“, sagt Wiesenthal. Wo die Stadt Mitglied eines Betreibervereins ist, oder Mitgesellschafter einer Betreiber-Gesellschaft, gingen dagegen die Einnahmen aus den Eintrittsgeldern oft in die kommunale Kasse – und im Gegenzug hat die Kommune dann einen Haushaltstitel, der die Par-



FOTOS/ Adobe Stock

kaugaben deckt, und in der Krise dafür sorgte, dass die Futterkosten schon einmal gesichert sind.“ Schwierig war es für alle Einrichtungen, neue Investitionen durchzuführen und den Personalbestand zu halten, meint Wildgehege-Verbandschef Wiesenthal. Auch die Kurzarbeit half nur bedingt. „Ich kann mir einen Elch nun einmal nicht mit ins Home-Office nehmen.“ Die Tiere müssten auch während einer pandemiebedingten Schließung einer Anlage für Besucher versorgt werden. Doch auch Wiesenthal zollt den Kommunen für ihr Verhalten in der Krise Respekt. „Die Ämter haben allen Handlungsspielraum, den sie hatten, ausgenutzt, um den Zoos und Tierparks zu helfen.“

Und dennoch sei es in der Corona-Pandemie wichtig gewesen, das positive Verhältnis der Besucher zu ihren Zoos zu stärken, sagt der Geschäftsführer der Deutschen Tierparkgesellschaft, Jan Bauer. So hätten manche Parks während des Oster-Lockdowns im vergangenen Jahr begonnen, kleine Videoschnipsel im Park zu drehen und auf diese Weise über Jungtiere und aktuelle Entwicklungen informiert. „Das kam unter dem Strich gut an. Gerade die kleinen Einrichtungen haben in der Zeit des Lockdowns viele Spenden erhalten.“ Und eine ganze Reihe von Zoos und Tierparks hätten auch sehr gute Besucherzahlen verzeichnet, als die Einrichtungen wieder öffnen durften. „Der eine oder andere hatte im Corona-Jahr 2020 sogar mehr Besucher als im Jahr 2019.“ Selbst ist Bauer Direktor des Zoos im sachsen-anhaltinischen Dessau. „Der Draht zur Presse und zur Politik ist besser geworden“, beobachtet der Zoodirektor. „Hier in Sachsen-Anhalt hat man sich für die Zoos sehr stark gemacht.“ Im zweiten Lockdown musste der Zoo gar nicht mehr schließen. „Als Open-Air-Einrichtung haben wir das große Glück, dass Infektionen bei uns sehr unwahrscheinlich sind“, meint er. „Diese Stärke muss man herausarbeiten.“ Mittlerweile gibt es Shows des Anhaltischen Theaters im Dessauer Tierpark. „Wir sind zur Bühne für die Hochkultur geworden, weil die Häuser noch geschlossen sind“, sagt Bauer. Der Tierpark werde auf diese Weise auch zu einer kulturellen Einrichtung. Grenzen in der Wahrnehmung, die einst vielleicht bestanden, würden überschritten.

Wirtschaftliche Probleme sieht der Verbandsmanager eher auf die großen, wissenschaftlich geführten Zoos zukommen. „Dort gibt es ganz andere Verwaltungsstrukturen und viel mehr Personal“, erklärt Bauer. In Dessau, wo der kommu-



nal unterstützte Zoo-Eintritt normalerweise nur 3,50 Euro kostet, wurde ein Solidaritätseintritt eingeführt: Zahlreiche Besucher hätten nach dem Lockdown freiwillig 5 Euro bezahlt, um den Zoo zu unterstützen. Und auch mit einer temporären Verlängerung der Öffnungszeiten hat der Zoo gute Erfahrungen gesammelt. „Aber es gibt eben auch Zoos, in die man vor allem wegen der Tierhäuser geht“, so Bauer. „Und wenn die Tierhäuser zu sind, sieht man nicht alles.“ Dazu kommt die Frage der Gastronomie: Manche Zoos, die die Gaststätten in ihren Parks selbst bewirtschaften, kalkulieren die Gewinne daraus fest mit ein. In der Pandemie mussten aber auch die Zoo-Restaurants schließen. Und auch Obergrenzen für Besucherzahlen machten den großen Einrichtungen zu schaffen.

Wie es nach der Krise weitergeht? „Die Gäste lechzen nach den Parks“, beobachtet Wildgehege-Verbandschef Wiesenthal. In den privaten Parks werde derzeit dennoch noch recht vorsichtig gewirtschaftet. In den kommunalen Anlagen wurde dagegen der Haushalt beschlossen, so dass Investitionen möglich sind: So wird im Zoo Rostock derzeit für rund sieben Millionen Euro eine neue Robbenanlage gebaut, finanziert mit Landeszuschüssen. Und auch im Zoo Leipzig soll mit „Feuerland“ eine ganz neue Zoolandschaft entste-

hen, „eine spektakuläre Wasserwelt für Pinguine und Seelöwen“, wie es in einer Mitteilung heißt. Eine Wellenanlage soll dort für Meeresstimmung sorgen. „Über einen begehbaren Unterwassertunnel steigen die Besucher von den Pinguinen zu den Robben hinab und erleben die Tiere wie bei einem Tauchgang auch unter Wasser und können die Schwimmbewegungen beobachten.“

„Das Erwachen kommt, wenn die Pandemie vorbei ist“, warnt Wiesenthal. Denn dann werden die Kommunen vor zahlreichen Baustellen stehen, die sie zu bewältigen haben. Wieviel Geld dann noch für Zoos und Tierparks zur Verfügung steht, werde man sehen. „Klar ist aber, dass eine Kommune, die ihren Zoo unterstützt, nichts falsch macht“, findet Wiesenthal. Denn 80 bis 90 Prozent der von Zoos durchgeführten Investitionen bleiben nach seiner Berechnung in der Region. „Und in Zoos und Tierparks werden Menschen gebraucht. Sie können mit dem Smartphone und der Digitalisierung nicht Natur vermitteln – das geht nur von Mensch zu Mensch. Die Zoomitarbeiter leben in der Region und geben ihr Geld dort aus: Am Ende ist jede Investition in einen Zoo deswegen auch ein gutes Stück regionale Wirtschaftsförderung“, so Wiesenthal. ☒



Sie können einen Elch nicht **mit ins Home-Office nehmen**“

Eckard Wiesenthal,
Vorsitzender des Deutschen
Wildgehege-Verbands

FOTOS/ Deutscher Wildgehegeverband, Adobe Stock

FOTO/ Bundesstiftung Baukultur

BAUKULTUR

STUDIO BAUKULTUR – VON DER BODENFRAGE BIS ZUR UMBAUKULTUR

Das Thema des vorliegenden Hefts ist „Die lebenswerte Stadt“. Die Bundesstiftung Baukultur arbeitet in Potsdam an Strategien für gebaute Lebensräume der Zukunft – bundesweit. Rahmenbedingungen und Erfolgsfaktoren hierfür wurden jetzt beim „Studio Baukultur“, dem interaktiven Sendeformat der Stiftung, diskutiert und sind jetzt als Impulse für die lebenswerte Stadt online verfügbar.

Am 18. und 19. Mai herrschte TV-Studio-Atmosphäre in der Potsdamer Schinkelhalle. Da der eigentlich geplante Konvent der Baukultur coronabedingt erneut um ein Jahr auf den 3. und 4. Mai 2022 verschoben werden musste, wurden die bereits vorbereiteten Foren und Debatten in den digitalen Raum verlegt. Die Bundesstiftung lud über zwei Tage hinweg zu einem insgesamt 15-stündigen Live-Stream ein. Neben der Übertragung der lebhaften Vor-Ort-Debatten konnten auch die Zuschauenden per Chat-Funktion mitdiskutieren oder sich per Online-Umfrage an aktuellen baukulturellen Debatten beteiligen. Diese wurden in kulturellen Beiträgen gespiegelt, wie zum Beispiel durch die musikalischen Improvisationen des Stegreif Orchesters Berlin oder die Klanginstallationen von Veronika Spierenburg zu öffentlichen Räumen in Coronazeiten.

Im Forum „Bodengold“ wurde der Nutzen der Baukultur in der Bodenpolitik diskutiert. Die Vorträge der Referentinnen und Referenten wurden durch



die rege Diskussion der Zuschauerkommentare im Chat noch ergänzt. Auch der „Kodex für Baukultur“, den die Bundesstiftung gemeinsam mit dem Institut für Corporate Governance in der deutschen Immobilienwirtschaft ICG erarbeitet hat, wurde erstmals der Öffentlichkeit präsentiert und im Anschluss diskutiert. Immobilienwirtschaft und Bauherren können sich durch den neuen Baukulturkodex künftig zur gesellschaftlichen Verantwortung beim Planen und Bauen selbst verpflichten und ihre Unternehmenskompetenz stärken.

Aufgrund der aktuellen Herausforderungen lag der Fokus außerdem auf den Themenschwerpunkten „Mit Freude sanieren“, „Baukulturelle Bildung“ und natürlich „Lebendigen Innenstädten“. Das Publikumsecho ist durchweg positiv.

Alle Impulsvorträge und Gesprächsrunden und die Abschlussdiskussion „Auf dem Weg zu einer neuen Umbaukultur“ sind auf dem Vimeo-Kanal der Bundesstiftung Baukultur dauerhaft abrufbar: <https://vimeo.com/baukultur>

Für diejenigen, die auf der Suche nach der lebenswerten Stadt sind, ein Ort vielfältiger Inspiration und Erkenntnis.

www.bundesstiftung-baukultur.de

Die Stiftung tritt als unabhängige Einrichtung für qualitatives Planen und Bauen ein. Sie verfolgt das Ziel, die Öffentlichkeit für die gebaute Umwelt als wesentlichen Faktor für Lebensqualität zu sensibilisieren und das Thema Baukultur in den Kommunen und Ländern zu stärken.

FORSA AKTUELL

DIE VERÄNDERTE REPUBLIK

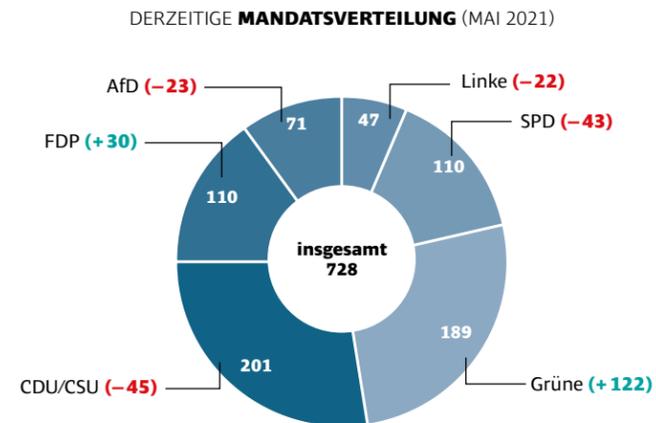
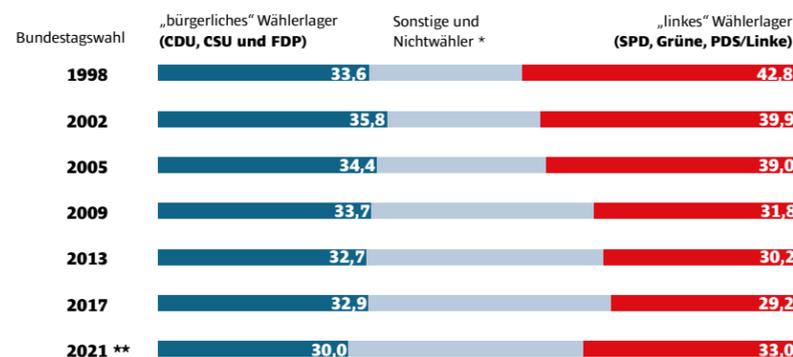
Das Ende der Volksparteien wird immer deutlicher sichtbar. „Auf kommunaler Ebene zeigt sich, wohin der Trend geht“, meint Forsa-Chef Manfred Güllner mit Blick auf die anstehenden Bundestagswahlen.



Die Bundestagswahl im September dieses Jahres dürfte eine tiefe Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik markieren. Vor allem für viele Jugendliche und junge Erwachsene, die bislang nur Merkel als Kanzlerin kannten, ist es eine neue Erfahrung, dass das Kanzleramt kein Erbhof ist, sondern an sich immer wieder durch andere politische Akteure besetzt wird. Zudem wird das Land nach dem 26. September von einem Parteienbündnis regiert werden, das es so bislang noch nicht gab: entweder von einer schwarz-grünen Koalition, einer „Ampel“ aus Grünen, SPD und FDP, einer Koalition aus CDU, CSU, SPD und FDP oder einer Jamaika-Koalition aus CDU, CSU, Grünen und FDP. Doch noch dramatischer und nachhaltiger dürften die Auswirkungen des Wahlergebnisses für das gesamte politische System – und somit auch für die kommunale Politikebene – dadurch sein, dass mit dem 26. September das oft beschworene Ende der einstmals zu Recht als Volksparteien bezeichneten Parteien – Union und SPD – nun endgültig Realität werden könnte.

Rechnet man die in den Umfragen Anfang Juni ermittelten Werte für die Union und die SPD auf die Gesamtheit der Wahlberechtigten hoch, dann würden sich knapp vier Monate vor dem Wahltermin nur noch rund 30 Prozent aller Wahlberechtigten für eine dieser beiden Parteien entscheiden. Damit erreicht die seit Mitte der 80er Jahre

DIE ENTWICKLUNG DER POLITISCHEN LAGER: 1998 BIS 2017
(in % der Wahlberechtigten)

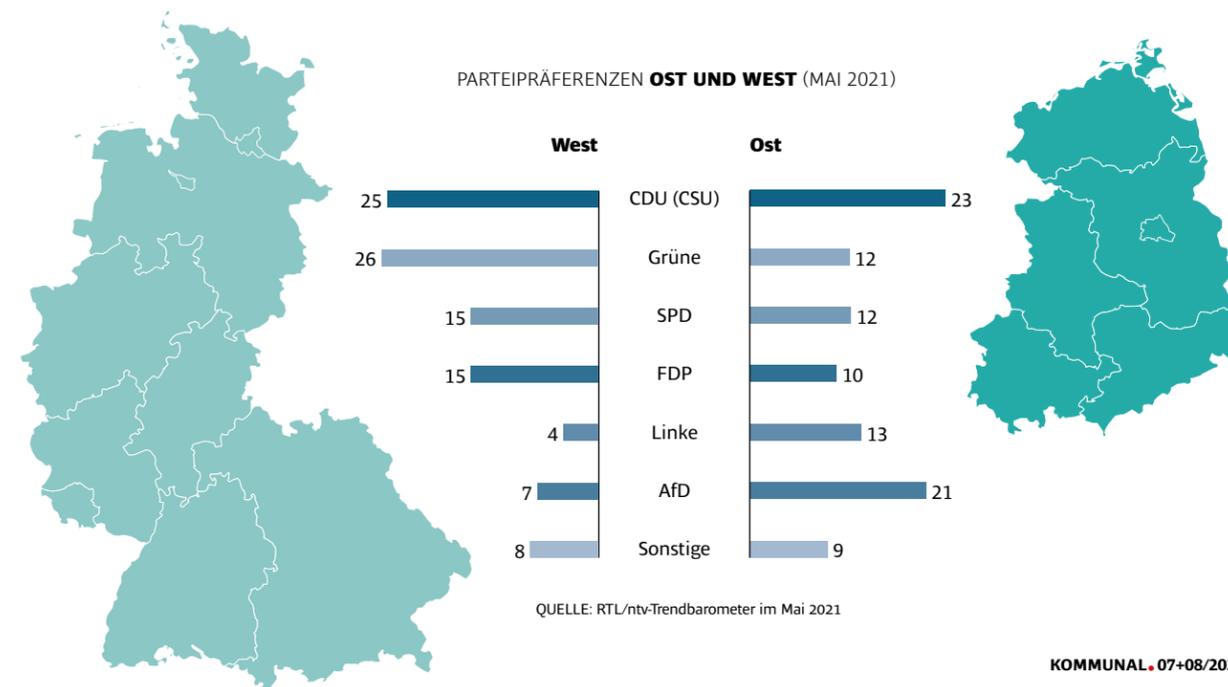


zunächst schleichende, dann immer stärker werdende Zersplitterung der Parteienlandschaft ihren bisherigen Höhepunkt. Wurden 1976 Union und SPD noch von 82 Prozent aller Wahlberechtigten gewählt, schrumpfte der Anteil beider Parteien bis 2009 – also schon bevor die AfD existierte – auf 40 Prozent. Ob der Niedergang von Union und SPD mit dem Ergebnis vom 26. September zum Stillstand kommt, ist fraglich; denn ein weiterer Schrumpfungsprozess ist nicht auszuschließen.

Auf kommunaler Ebene zeigt sich: Auch ein fast völliges Verschwinden der einstigen Volksparteien ist möglich. Beispiel: Monheim am Rhein. Hier wurde die lange Jahrzehnte in der Stadt dominierende politische Kraft, die SPD, bei der letzten Kommunalwahl 2020 nur noch von 5 von 100 Wahlberechtigten gewählt. Die CDU erhielt

in Monheim 2020 nur noch die Stimmen von 13 Prozent aller Wahlberechtigten. Damit hatte noch nicht einmal jeder fünfte der Monheimer Wahlberechtigten einer der beiden früheren Volksparteien seine Stimme gegeben. Dominierende politische Kraft in Monheim ist jetzt die 1999 zum ersten Mal für den Rat der Stadt kandidierende einstige Jugendpartei „PETO“, die 2020 von über 33 Prozent aller Wahlberechtigten gewählt wurde.

Ob es Union und SPD gelingt, in den verbleibenden Wochen und Monaten bis zur Wahl im September doch noch etwas mehr Wähler als Anfang Juni zur Stimmabgabe für sich zu bewegen, hängt im Wesentlichen davon ab, welchen Bewerber für das Kanzleramt die Wahlbürger am ehesten für kanzlerfähig halten und welcher Partei die größte politische Kompetenz zugebilligt wird.



Anfang Juni waren die Präferenzen für die beiden männlichen Bewerber und die weibliche Bewerberin eher verhalten. 43 Prozent haben, Stand Juni, Zweifel, ob Baerbock, Laschet oder Scholz ein geeigneter Kanzler oder eine geeignete Kanzlerin sind. Über die Hälfte aller Wahlberechtigten hält Anfang Juni auch keine der politischen Parteien für politisch kompetent und in der Lage, mit den Problemen im Land fertig werden zu können.

Mangelnde Kompetenz und ein eher schwacher Kanzlerkandidat dürften somit der SPD keinen nennenswerten Wählerzulauf bis zum September bringen. Auch das schlechte Abschneiden der SPD bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt macht der SPD wenig Hoffnung, bis zum Herbst noch viele neue Anhänger zu gewinnen. Die Union darf – vor allem auch nach dem guten Ergebnis in Sachsen-Anhalt – darauf hoffen, dass ihr politischer Kompetenzwert stabil bleibt und Laschet einige der Vorbehalte gegen seine Person abbaut. Die grüne Kanzlerkandidatin hat seit ihrer Nominierung in der Beliebtheit 8 Prozentpunkte eingebüßt. Durch ihre schwindende Attraktivität und die im Vergleich zur Union geringere politische Kompetenz liegen die Grünen Anfang Juni anders als unmittelbar nach der Nominierung von Baerbock und Laschet wieder hinter der Union. Und das Ergebnis in Sachsen-Anhalt hat erneut gezeigt, dass die Grünen im Osten des Landes ein großes Akzeptanzproblem haben.

Unabhängig davon, wie sich die Präferenzen für die einzelnen Parteien in den letzten Wochen bis zur Wahl im September noch ändern: Das Ende der Volksparteien dürfte nach dieser Bundestagswahl mit großer Wahrscheinlichkeit eingeläutet werden. Dafür spricht auch, dass auf den Vertrauens- und Bedeutungsverlust hinweisende Warnsignale in der Vergangenheit meist ignoriert wurden. Nach schlechten Wahl- oder Umfrageergebnissen waren immer Verdrängungshilfen gefragt als realistische Analysen über die Gründe des Vertrauensschwundes. So aber konnte und kann die Abwanderung der einstigen Wähler von SPD und Union nicht eingedämmt oder verhindert werden.



GRÖSSTE PROBLEME (MAI 2021)



FOTOS/ Adobe Stock

FOTO/ Stadt Pfaffenhofen a. d. Ilm.

INNOVATIVER ÖPNV

PER NEUSTART ZUM OPTIMALEN VERKEHRSANGEBOT

Rund 850 Kilometer trennen das bayerische Pfaffenhofen an der Ilm vom Kreis-Rendsburg-Eckernförde in Schleswig-Holstein. Was beide gemeinsam haben: Die Verantwortlichen für den ÖPNV haben den Reset-Knopf gedrückt. Mit einem völlig neuen Fahrplan und Liniennetz wollen sie den Mobilitätsbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger noch besser gerecht werden. DB Regio Bus unterstützt sie dabei.



In Pfaffenhofen hat der ÖPNV schon lange einen hohen Stellenwert. Kein Wunder: Die Kreisstadt ist mehrfach ausgezeichnete Vorreiterin in Sachen Klimaschutz und Nachhaltigkeit. 2018 beschlossen die Stadtoberen, den Stadtbus für mindestens drei Jahre kostenlos anzubieten. Entsprechend beliebt ist das von den Stadtwerken betriebene Angebot. Doch Gutes lässt sich auch noch besser machen. Deshalb beauftragte die Stadt den Bereich Innovative Verkehrskonzepte von DB Regio Bus mit einem Konzept zur Weiterentwicklung des Angebots. Die Stadtwerke stellten dafür die Nutzungszahlen zur Verfügung, die Experten von DB Regio Bus analysierten auf der Grundlage von Haushaltsbefragungen die Mobilitätsströme und ÖPNV-Potenziale. Das Ergebnis ist das „Stadtbuskonzept 2022“.

Die derzeit acht Stadtbuslinien gehen in gestärkten vier neuen Linien auf. Drei sollen halbstündlich bedient werden, eine sogar im 20-Minuten-Takt. Hinzu kommen zwei Rufbuslinien zur Anbindung der Ortsteile. Und: Der Fahrplan wird neu auf den SPNV im Bahnhof Pfaffenhofen abgestimmt.

Ludger Jürgens hat das neue Konzept federführend entwickelt. Er rät dazu, Verkehrsangebote regelmäßig und gesamthaft auf den Prüfstand zu stellen. „Punktuellen Anpassungen haben ihre Grenzen. Um die Chancen des ÖPNV optimal zu nutzen, braucht es Konzepte aus einem Guss.“ Zum ganz großen Wurf hat dabei der Kreis

Rendsburg-Eckernförde ausgeholt. Seit 1. Januar 2021 verwirklicht dort die zu DB Regio Bus gehörende Autokraft ein völlig neues Liniennetz mit bis zu 45 Prozent mehr Fahrten. Vorausgegangen waren die Neuplanung aller Verkehre durch den Kreis und die Nahverkehrsverbund Schleswig Holstein GmbH (NAH.SH) sowie die bislang größte Ausschreibung im deutschen Regionalbusverkehr. Die Autokraft erhielt den Zuschlag und bringt nun rund 9,1 Millionen Nutzfahrzeugkilometer auf die Straße, 3,4 Millionen mehr als zuvor. 120 Mitarbeiter wurden zusätzlich eingestellt und ebenso viele weitere Busse beschafft. Als Herausforderung erwies sich auch die Umsetzung des Konzepts, das sich in vielen Details in der

Praxis bewähren musste. Dennoch laufen bereits die Vorbereitungen für eine Erweiterung. Autokraft-Marktmanagerin Dana Schulz weiß, wie wertvoll dabei ein starker Partner ist: „Wenn es einer kann, dann die DB Regio Bus-Gruppe.“

Sie möchten ihr ÖPNV-Angebot neu aufsetzen? DB Regio Bus unterstützt Sie bei der Planung und Umsetzung.

Nehmen Sie Kontakt auf:

Ludger Jürgens, DB Regio Bus, Innovative Verkehrskonzepte: ludger.juergens@deutschebahn.com

Dana Schulz, Autokraft GmbH, Marktmanagerin DB Regio Bus, Region Nord: dana.schulz@deutschebahn.com

TIPPS

DER WALD WILL GERETTET WERDEN

Der Zustand der Wälder ist alarmierend. Noch nie seit Beginn der Erhebungen sind so viele Bäume in Deutschland abgestorben wie im Jahr 2020. Drei Dürrejahre, Borkenkäfer, Stürme und vermehrte Waldbrände haben langfristige Schäden angerichtet. Was können wir tun?

Von GUDRUN MALLWITZ

Der jüngste Waldzustandsbericht hat ergeben, dass vier von fünf Bäumen lichte Kronen haben. Bei diesen Bäumen sind mindestens 11 Prozent der Blätter und Nadeln vorzeitig abgefallen. Am meisten betroffen sind die Buchen, gefolgt von Kiefern, Eichen und Fichten.

Diese Ergebnisse kommen durch das jährliche forstliche Umweltmonitoring zustande, koordiniert vom Thünen-Institut in Eberswalde. „Beobachtungstrupps der Länder von Nord bis Süd und von Ost bis West sind dazu in einem Raster von 16 mal 16 Kilometer im Wald unterwegs und liefern dorthin ihre Ergebnisse“, erläutert Michael Welling, Sprecher des Bundesforschungsinstituts auf Anfrage von KOMMUNAL.

Bis Ende 2022 sind derzeit zudem 100 Trupps im Einsatz, um Inventur zu machen. Das passiert nur alle zehn Jahre. Eine spannende Sache: Um die 90 Milliarden Bäume in Deutschland soll die vergangene Inventur ergeben haben. Es ist aber nur ein Schätzwert. Denn gezählt wird nicht jeder Baum, stichprobenartig werden an 80.000 Punkten Bäume und Totholz vermessen, Baumarten und Waldstrukturen erfasst. 11,4 Millionen Hektar Wald gibt

es demnach in Deutschland, das sind 32 Prozent der gesamten Fläche.

Wie geht es weiter mit unserem Wald, der unübersehbar leidet? Die Bundesregierung hat nach den verheerenden Schäden das nach ihren Angaben größte Unterstützungsprogramm der Geschichte gestartet. 1,5 Milliarden Euro werden investiert, damit Waldbesitzer und Forstwirte Schäden räumen und neue widerstandsfähige und standortangepasste Bäume pflanzen können. Die Wälder sollen dem Klimawandel besser angepasst werden. „Die Ausbreitung des Corona-Virus hat die notwendige Schadholzbeseitigung und Wiederaufforstung deutlich erschwert“, stellte Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner fest. Bund und Länder vereinbarten daher im Corona-Konjunkturprogramm eine rund 700 Millionen-Euro-Hilfe. Damit sollen unter anderem die Digitalisierung der Forstwirtschaft und Investitionen in moderne Ausrüstung und Technik vorangetrieben werden.

Kommunen, die nur in geringem Maß selbst Eigentümer der Wälder sind, haben in den vergangenen Jahren verstärkt mit Waldbränden zu kämpfen. Wir fassen die Tipps der Experten zusammen

SO KANN WALDBRÄNDEN VORGEBEUGT WERDEN:

Bevölkerung auf Gefahren hinweisen

Die Bevölkerung immer wieder darauf hinweisen: Im Wald herrscht von März bis Oktober Rauchverbot. In Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen sogar ganzjährig. Egal, ob die Waldbesucher ein offenes Feuer, glühendes oder schwelendes Material entdecken oder nur Rauch, sofort die 112 anrufen, um Feuerwehr und Rettungsdienst zu alarmieren.

Achtung, entflammbar!

Keine Arbeitsmaschinen, LKW und PKW mit bodennahen heißen Abgasanlagen auf brennbaren Böden oder gar auf trockener Vegetation abstellen.

Gut informiert sein

Der Deutsche Wetterdienst (DWD) veröffentlicht auf seiner Webseite tagesaktuell den Waldbrandgefahrenindex. Die Karte gibt an, wie hoch die Waldbrandgefahr in den einzelnen Regionen Deutschlands ist. Der Index beschreibt das meteorologische Potenzial für die Waldbrandgefahr von der Stufe 1 (sehr geringe Gefahr) bis 5 (sehr hohe Gefahr).

Keine Monokulturen

An kritischen Stellen schwer brennbaren Wald aus Laubbäumen (besonders Buchen und Eichen) oder zumindest Mischwald planen. Beim Wald gilt wie bei Aktien: Ein Mix hilft, das Verlustrisiko zu streuen.

Den Wald pflegen

Mit regelmäßigen Durchforstungen der Bestände dafür sorgen, dass Licht und Niederschlag bis an den Waldboden kommt.

Wege herrichten

Wege und Straßen so bauen und gestalten, so dass Tanklöschfahrzeuge gut durchkommen.

Schutzstreifen anlegen

Bei größeren Flächen Schutzstreifen anlegen, um bei einem Feuer Totalverluste über viele Hektar zu vermeiden.

Übersichtliches Kartenmaterial erstellen

Karten helfen zur Orientierung: Darin Wege kennzeichnen, aber auch die Löschwasserentnahmestellen, damit sich die Feuerwehr im Einsatzfall so schnell wie möglich orientieren kann.

SO VERFAHREN KOMMUNEN IM ERNSTFALL:

- **Anwohner umgehend informieren.** Möglicherweise muss evakuiert werden. Einwohner mit Lautsprecherdurchsagen informieren. Dazu raten, die App NINA des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zu nutzen.
- **Transportmittel organisieren.** Bürger zuhause abholen, eventuell sind Rollstuhlfahrer dabei und bettlägerige Menschen.
- **Evakuierte unterbringen.** Hat eine Gemeinde nicht genügend Unterbringungsmöglichkeit zur Verfügung, mit Nachbarkommunen Notunterkünfte vereinbaren.
- **Öffentlichkeitsarbeit koordinieren.** Die Medien frühzeitig und umfassend informieren.
- **Feuerwehr gut ausrüsten.** Die Feuerwehr richtig ausrüsten. Mit spezieller Schutzkleidung. Für größere Bereiche geeignete Spezialfahrzeuge wie ein TLF beschaffen. Dazu können sich mehrere Gemeinden zusammenschließen. Die Kreise sollten Kooperationen anregen und unterstützen.

FOTOS / Adobe Stock

UMWELTSCHUTZ

KLIMA-KOMMUNEN STATT NOTSTAND

Wir brauchen keine „Revolution von oben“. Die Antwort auf den Klimawandel ist nicht der „Klimanotstand“, den viele Länder und Städte folgenlos ausgerufen haben, sondern die „Klimademokratie“, meint Zukunftsforscher Daniel Dettling.

Zwei Megatrends stellen die Kommunen in den nächsten Jahren vor eine neue Herausforderung: Klimawandel und Urbanisierung. Beide verstärken sich in Zukunft gegenseitig. Weltweit leben immer mehr Menschen in Städten und urbanen Ballungsgebieten, bald sind es 80 Prozent der Bevölkerung. Regionen, die besonders boomen, werden wärmer. Die Städte erhitzen sich stärker als der ländliche Raum. Mit weitreichenden Folgen für Infrastruktur und Immobilien. Die globale Klimakrise entscheidet sich daher vor allem in den Städten. Städte sind für beinahe die Hälfte der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich, die urbanen Infrastrukturen verbrauchen sogar mehr als zwei Drittel der weltweiten Energie. Auf die kommenden Hitzewellen sind Deutschlands Kommunen nicht vorbereitet, warnen Forscher und Ärzte.

Berlin wird zu Toulouse, München zu Mailand und Köln zu San Marino. Die Folgen des Klimawandels werden vor allem die Städte zu drastischen Anpassungsmaßnahmen zwingen. Und das nicht nur in der südlichen Hälfte der Welt, in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Eine Studie der ETH Zürich prognostiziert: Fast 80 Prozent der 520 größten Städte weltweit werden einen extremen Klimawandel erleben. In einem Fünftel der globalen Megastädte werden Temperaturen herrschen, die es bisher in keiner Großstadt gab. Berechnungen zufolge wird die Zahl der heißen Tage in Berlin von heute zehn auf bis zu 20 Tage, in Hannover von früher fünf auf 12, in Köln von heute 20 auf bis zu

»
Berlin wird zu Toulouse, München zu Mailand und Köln zu San Marino.

Daniel Dettling,
Zukunftsforscher



40 und in Stuttgart von rund 30 auf bis zu 70 Tage bis 2050 steigen. Ähnlich wird die Entwicklung in mittleren und kleinen Städten sein. Temperaturen um die 40 Grad werden in vielen größeren Städten normal. Unter der Hitze leiden besonders Kleinkinder und Ältere. Die Zahl der Hitzetoten ist allein in Berlin in den letzten Jahren drastisch gestiegen, von 300 auf fast 500. Dagegen kamen im Straßenverkehr in der Hauptstadt zuletzt 40 Menschen ums Leben. International rangiert Deutschland bei den Hitzetoten vor den USA an dritter Stelle nach China und Indien. 2018 gab es deutschlandweit rund 20.000 hitzebedingte Todesfälle. Ohne den Klimawandel wären es erheblich weniger gewesen. Forscher, die Daten aus über 730 Städten in 42 Ländern auswerten, schätzen den Klimaeffekt auf etwa 37 Prozent.

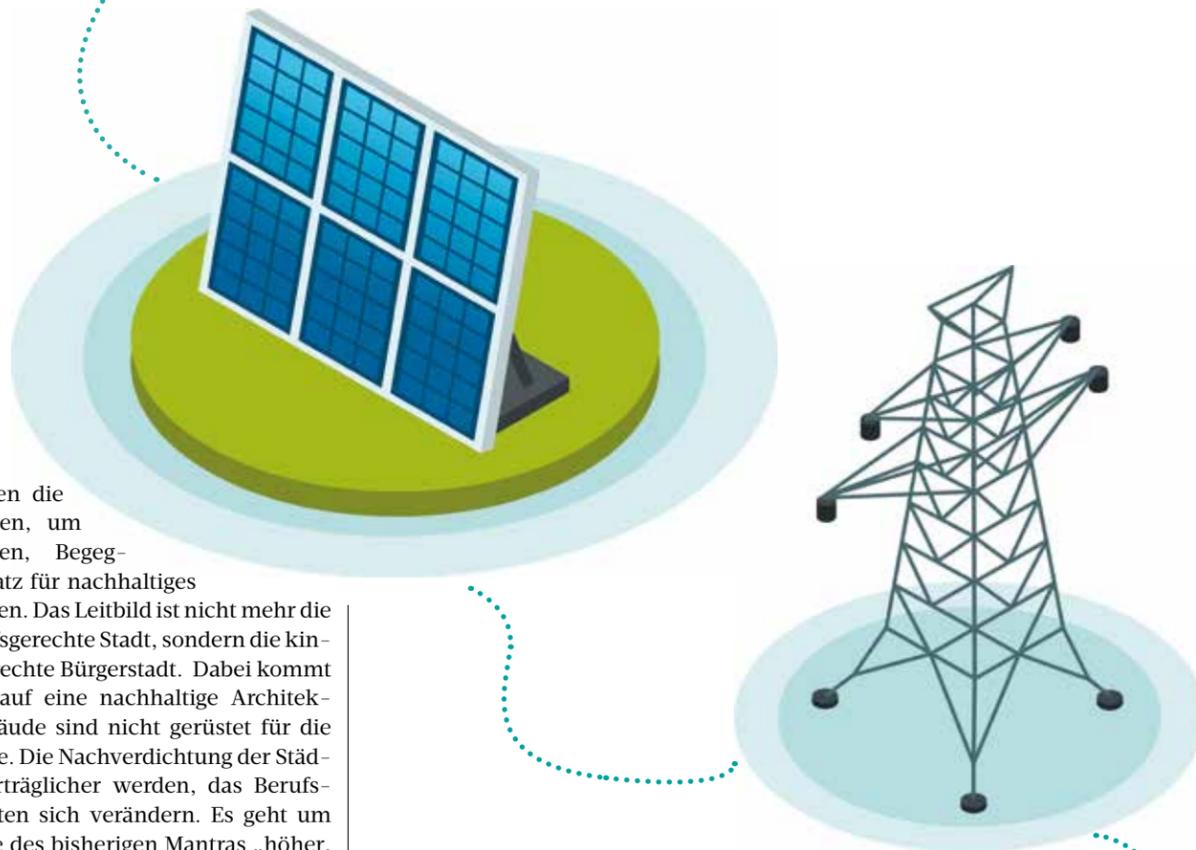
Immer mehr Städte vernetzen sich und betreiben ihre eigene Klimapolitik. So haben sich die Bürgermeister von London, Paris, Los Angeles, Kopenhagen, Barcelona, Mexico-Stadt und Mailand verpflichtet, ab 2025 nur noch Elektrobusse zu kaufen, bis 2030 wollen sie weitgehend emissionsfrei sein. Wie sich die Energiewende mit einer steigenden urbanen Lebensqualität koppeln lässt, zeigen vor allem die Städte des europäischen Nordens. So haben Kopenhagen und Amsterdam den Autoverkehr in den vergangenen Jahren massiv reduziert. Ihr Beispiel zeigt: Gibt es attraktive Radwege, steigen die Bürger aufs Fahrrad um. In Österreich wurde die Initiative „Zero Emission Cities“ gegründet. Wien ist seit Jahren beim Thema Lebensqualität global führend und gilt bei Wohnen und Mobilität als Vorbild für die

FOTOS/Edgar Riedtmann, Adobe-Stock



Stadt von morgen. So bekommen die Wiener Bürger auf einer App angezeigt, wie viel CO₂ sie durch die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs gespart haben. Mit einer anderen App werden die Wiener spielerisch zu klimaschonendem Verhalten animiert und sammeln Punkte, wenn sie zu Fuß gehen oder das Rad oder die Öffentlichen benutzen. In Paris oder Athen zeigt eine App kühle Orte wie Tiefgaragen, Kirchen, Einkaufszentren und Bibliotheken an. Und in Hessen engagieren sich mehr als 280 Kommunen für Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel.

Die Städte müssen grüner und kühler werden. Wenn die Winter milder werden, braucht es weniger Heizungsenergie, dafür mehr Energie für Kühlung im Sommer. Mehr Klimaanlagen gehen nur, wenn die Energie erneuerbar ist. Die Lösung: Solardächer werden zur Pflicht. Die Kommunen mit ihren Stadtwerken werden zu Energieerzeugern und Energiesparern. Bäume, Grünflächen, Friedhöfe und Dachgärten kühlen und schützen, wenn ausreichend Wasser zur Verfügung steht. Aus Schwarm- werden Schwammstädte. Neben Solaranlagen wird es riesige Wasserspeicher im Boden geben, die später für das Bewässern von Bäumen und Böden eingesetzt werden. Trends wie „Urban Farming“ machen aus der Landwirtschaft eine neue Stadtwirtschaft. Mehr Landwirtschaft in den Städten sorgt für besseres städtisches Klima, mehr Artenvielfalt und nachhaltigere Stadtentwicklung. Die Krise des Einzelhandels und der



Büroflächen sollten die Kommunen nutzen, um mehr Grünflächen, Begegnungsorte und Platz für nachhaltiges Wohnen zu schaffen. Das Leitbild ist nicht mehr die auto- und einkaufsgerechte Stadt, sondern die kinder- und altersgerechte Bürgerstadt. Dabei kommt es entscheidend auf eine nachhaltige Architektur an. Viele Gebäude sind nicht gerüstet für die zunehmende Hitze. Die Nachverdichtung der Städte muss klimaverträglicher werden, das Berufsbild der Architekten sich verändern. Es geht um eine neue Balance des bisherigen Mantras „höher, enger, dichter“ und dem Neuen „offener, kühler und grüner“.

Wie das gelingen kann, zeigen etliche Beispiele auch in deutschen Städten. Das Projekt „Otten- sen macht Platz“ startete bereits vor der Corona-Pandemie und steht für einen Trend vieler Kommunen: autofreie Innenstädte, weniger Parkplätze, mehr Platz im öffentlichen Raum und Vorfahrt für Fußgänger und Radfahrer. Mit und nach Corona wird sich der Wandel beschleunigen. Zehntausende Geschäfte werden Schätzungen zufolge aufgeben, stattdessen sollen Kitas, Schulen, Wohnungen und Handwerker in die Innenstädte kommen. Auf die bisherige Monotonie folgt ein bunter Mix aus alten Räumen und neuen Formen. Auch die Immobilienwirtschaft prognostiziert einen neuen Mix an Nutzungen und neuen Mobilitätsformen. Von weniger Autos vor der Tür erhoffen sie sich neuen Umsatz und lebendige Wohnquartiere. Neben einer guten und nachhaltigen Stadtplanung geht es um die Beteiligung der Bürger.

Eine „Revolution von oben“, wie sie der Club of Rome für die Transformation fordert, braucht es dafür nicht. Die Antwort auf den Klimawandel ist nicht der „Klimanotstand“,



den viele Länder und Städte folgenlos ausgerufen haben, sondern die „Klimademokratie“. Der Kampf gegen die Klimakrise wird zum Projekt der Städte, ihrer Bürgermeister und Bürger. Zürich steht für viele Städte: Statt den „Klimanotstand“ auszurufen, gibt die Schweizer Stadt bei der Abwägung von Interessen dem Klima Priorität und bindet die Bürgerinnen und Bürger aktiv ein. Die Klimawende braucht die lokale Demokratie und ihre Bürgermeister. Nachhaltiger und effizienter als Verzicht und Verbote von oben sind Anreize, Wettbewerbe und Innovationen. Wenn sehr wenige Menschen sehr viel entscheiden, sind beide bedroht: die Demokratie und das Klima. Der grüne und urbane Fortschritt braucht in Zukunft mehr (und nicht weniger) Selbstverwaltung und Beteiligung, Demokratie und Freiheit. Dass die Kommunen schneller und dennoch bürgernah in Krisenzeiten agieren, haben sie in der Flüchtlings- und der Coronakrise gezeigt. Auch in der Klimakrise wird es auf die Städte und Gemeinden ankommen.

FOTOS/ Adobe Stock

DIGITAL TOTAL

DASEINSVORSORGE WIRD DIGITAL

Corona hat uns neue Formen der Zusammenarbeit beschert. Das gilt auch für Kommunen. Die Digitalisierung sorgt somit auch für eine Digitalisierung der Daseinsvorsorge, meint Franz-Reinhard Habel.



Es tut sich was. Alle hoffen auf einen attraktiven Sommer und die Zeit danach mit weniger Belastungen und Einschränkungen durch Corona. Schon jetzt zeigt das Jahr 2021 einen tiefen Einschnitt in die Arbeitswelt und damit auch in die Entwicklung der Städte und Gemeinden. Neue Arbeitsorte und Arbeitsformen haben sich etabliert. Nun kommt es allerdings darauf an, selbst aktiv zu werden, Veränderungen weiter zuzulassen und das Neue, soweit es sinnvoll ist und Nutzen bringt, auf Dauer auch umzusetzen.

Post Corona ist Zeit der Erneuerung. Das fängt im Lokalen an. Wenn feste Arbeitsorte obsolet werden, hat dies massive Auswirkungen auf die Infrastruktur. Vieles ist noch im Umbruch und muss sich erst noch bewähren. Home-Office zeigt auf der einen Seite die neuen Möglichkeiten der Arbeitsplatzgestaltung und auf der anderen Seite die damit verbundenen Belastungen durch mangelnden Platz in Wohnungen und das Fehlen technischer Einrichtungen auf. Wohnungen sind keine Arbeitsorte per se. Das Wort Co-Working macht in vielen Städten und Gemeinden die Runde. Land auf Land ab entstehen solche Einrichtungen als dritte Arbeitsorte. Längst sind aber auch die Ansprüche daran gewachsen. Es geht

FOTOS/ privat, Adobe Stock



nicht nur um einen dritten Arbeitsort zwischen Firma oder Verwaltung und zu Hause, sondern um neue Formen kollaborativer Zusammenarbeit und weiterer Services wie Bildung, Gesundheitsdienstleistungen, Vereinsaktivitäten und Kurse jeglicher Art. Aus Co-Working wird Co-Living bis hin zu dem Bedürfnis nach einem entschleunigten Leben durch Zusammenführung von Arbeit und Wohnen. Immer mehr Work-Community-Center entstehen als Multifunktionsorte. Stadt und Land sind gleichermaßen in Bewegung. Ein Beispiel verdeutlicht dies: Nach einem erfolgreichen Start im Jahre 2019 in Wittenberge gibt es jetzt im Schloss Blumenfeld in der Stadt Tengen am Bodensee einen weiteren Summer of Pioneers. Es ist ein Projekt der Stadt auf Initiative von Frederik Fischer. 20 Personen aus der Digital- und Kreativbranche beziehen von Mitte Juni bis Jahresende das historische Schloss. Die Pioniere auf Zeit engagieren sich neben ihrer Kreativarbeit in Projekten vor Ort. Ziel ist es, die Aktivitäten in der Einrichtung mit Anliegen in der Stadt Tengen und Umgebung zu verbinden. Nicht zuletzt dient das der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Gemeinwohl 4.0 ist jenseits der Digitalisierung von Verwaltung ein zentraler Schlüssel zur Entwicklung von Kommunen. Die digitale Daseinsvorsorge wird somit zu einem wichtigen Baustein unseres Lebens.

ARBEITEN GESTALTEN

LANDEBEN

Wohnkonzepte für
junge Menschen
Seite 52

FÖRDERGELDER

Ein Kämmerer
packt aus
Seite 58

NEUE WOHNFORMEN

DORFLEBEN 2.0

Innovationen aufs Land bringen und Lebensqualität für gemeinwohlorientierte und Gemeinschaft suchende Städter schaffen: Das haben sich die Initiatoren der KoDörfer auf die Fahnen geschrieben. Zwei Modellprojekte sind bereits auf einem guten Weg.

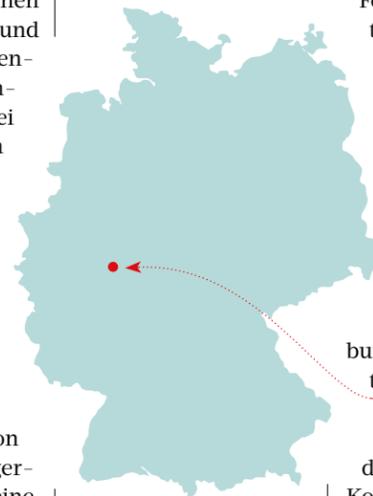
Von ANNETTE LÜBBERS

Weltweit betrachtet ziehen immer mehr Menschen vom Land in die Großstädte. In Deutschland ist das umgekehrt. Einzig bei einem Teil junger Menschen gibt es noch einen leichten Trend hin zur Großstadt, oftmals aber gar nicht, weil sie es sich wünschen, sondern weil die Arbeitssituation es verlangt. Im Jahr 2018 gaben in einer Umfrage 40 Prozent der Befragten an, dass sie – unabhängig von ihrem jetzigen Wohnort – gerne in einer Kleinstadt leben würden. Und noch einmal 38 Prozent bevorzugten schon vor der Corona-Pandemie das Dorf-Leben. Eine Sehnsucht, die zumindest einige der jungen Menschen auch mit Attributen wie: „gemeinwohlorientiert“, „gemeinschaftsbasiert“, „ökologisch oder „innovativ“ versieht. Kurzum: Allen gemein ist, dass es vor allem um Lebensqualität geht. Genau diese Attribute setzen die Initiatoren der sogenannten KoDörfer in den Mittelpunkt ihres Marketings. Denn am Ende geht es auch hier um das „Vermarkten“. Das beginnt beim Finden geeigneter Flächen und am Ende müssen die Dörfer auch mit Geld und Investoren gebaut werden. Immerhin 2 passende Flächen haben die Initiatoren schon gefunden. Und mit ihnen Mitstreiter in Form von zwei überzeugten Bürgermeistern samt jeweiligem Gemeinderat.

Doch der Reihe nach: Als KoDorf bezeichnen die Initiatoren eine Ansammlung von kleinen Häuschen, erweitert um Gemeinschaftsräume, eine Küche mit langer Tafel, Werkstätten, Gästeapartments und einem Co-Working-Space. Einer der Initiatoren war Frederik Fischer. Er hatte zunächst über KOMMUNAL nach einem Standort für seine Vision gesucht. So ergab sich der Kontakt zum Bürgermeister aus Wiesenburg in Brandenburg. Seine Vision vom obendrein ökologischen kleinen Haus fasst er so zusammen: „Inspiriert wurde ich auf einer Hochzeit, die in den Niederlanden in einem



Visualisierung des Co-Working Spaces im alten Sägewerk in Erndtebrück



Feriedorf stattfand. Der Clou: Die Gäste konnten jederzeit in kleinen Tiny-Houses für sich sein und doch, wann immer sie wollten, die Gemeinschaft von anderen genießen.“ Seit dem Jahr 2018 ist er mit Mitstreitern unterwegs und vernetzt sich mit anderen Interessierten, um die ersten beiden KoDörfer ins Leben zu rufen.

Nachdem KOMMUNAL mehrfach über das Zusammenfinden der Interessierten und den Verantwortlichen im kleinen Wiesenburg berichtet hatte, war auch der Bürgermeister von **Erndtebrück** in Südwestfalen, Henning Gronau, bald Feuer und Flamme. So bewarb er sich mit seiner Gemeinde, gelegen am Fuß des Naturparks Rothaargebirge, für das zweite KoDorf. „Diese neue Art des individuellen Wohnens und gemeinschaftlichen Lebens inmitten der Natur passt zu unserer 7.500 Personen starken Gemeinde. Das Projekt verbindet alle Aspekte

eines guten Lebens, die für uns Erndtebrücker wichtig sind: Zusammenhalt, Gemeinschaftssinn sowie die Liebe zur Natur. Parteiübergreifend war sich unser Gemeinderat sicher, dass ein KoDorf besonders geeignet wäre, neue Bürger anzuziehen und Einheimische im Ort zu halten. Zusätzlich verbinden wir mit diesem Projekt die Hoffnung auf einen innovativen Standort, mit dem wir Zukunftsprojekte – etwa in Sachen Digitalisierung – gemeinsam gestalten können“, so Gronau.

Ein passender Ort für die Ansiedlung war schnell gefunden: Ein erst vor wenigen Jahren aufgegebenes Sägewerk, das den Anforderungen der neuen Bauherren gerecht wird: mindestens zwei Hektar Land, die mitten in der Natur liegen und eine gute Verbindung in die nächstgelegene Stadt bieten. Das Land muss als Bauland ausgewiesen sein und kann von einer zu gründenden Genossenschaft sowohl gekauft als auch gepachtet werden. Die neuen Bewohner haben die Wahl zwischen 30 und 64

Quadratmeter großen, nach ökologischen Richtlinien gebauten Häuschen plus Terrasse. Größere Häuser sind nicht geplant, denn die Projektgründer wollen den privaten Lebensbereich eher klein halten und dafür die Gemeinschaftsräume großzügig gestalten. Herzkammer des Dorfes zwischen den 21 Wohnstätten soll das alte Sägewerk sein, dessen Bauwerke als Veranstaltungsort und gemeinsam genutzter Arbeitsraum zum Teil erhalten bleiben sollen. Über weitere Einrichtungen – wie Hofladen oder Café – entscheiden dann letztendlich die Bewohner. Zusammensetzen soll sich die Gemeinschaft aus Alten und Jungen, Familien mit Kindern und Alleinstehenden. Der zu leistende Eigenkapitalanteil ist mit 30 Prozent bewusst überschaubar gehalten. Der KoDorf-Initiator Fischer rechnet vor: „Für ein 30-Quadratmeter-Häuschen werden etwa 40.000 Euro fällig. Wer kein nennenswertes Eigenkapital hat, der kann sich die Summe von der KfW finanzieren lassen. Der restliche Anteil von 70 Pro-



„Diese neue Art des individuellen Wohnens passt zu unserer 7.500 Personen starken Gemeinde.“

Henning Gronau,
Bürgermeister von
Erndtebrück



Wir haben auf der kommunalen Ebene viele innovativ denkende und kreative Politiker kennengelernt.“

Frederik Fischer,
KoDorf-Gründer



Lageplan des KoDorfs in Erndtebrück

zent finanziert sich mit dem Wohngeld, das monatlich an die Genossenschaft zu zahlen ist.“

Frederik Fischer ist sicher: „Unsere KoDörfer schließen eine Lücke. Mit zunehmend digitalisierten Arbeitsplätzen ohne direkte oder permanente Unternehmensanbindung ist ein Landleben immer besser möglich. „KoDörfler ziehen gemeinsam um und leben in einer Gemeinschaft, in der sich niemand alleine in einer fremden Umgebung einrichten muss. Und die dazu notwendige Infrastruktur bauen wir gleich mit“, wirbt er um weitere Interessenten. In Südwestfalen haben sich schon 160 Interessierte in die Listen eingetragen und auch im Ort vermerkt der Bürgermeister eine große Akzeptanz für das KoDorf-Projekt.

Der Bürgermeister von Erndtebrück jedenfalls ist von dem Projekt in seinem Ort überzeugt: „Das KoDorf-Team ist mit großem Elan und viel Euphorie für das gemeinsame Ziel unterwegs. Die Abstimmung ist sehr eng und die Zusammenarbeit von Kompetenz und Verlässlichkeit geprägt“, unterstreicht er. Derzeit sind die kommunal Verantwortlichen dabei, das entsprechende Baurecht zu schaffen und die notwendigen Umweltuntersuchungen in Gang zu bringen. Ein langwieriger Kraftakt für alle Beteiligten. Frederik Fischer: „Die bürokratischen Hürden hierzulande sind hoch und münden zumeist in einen sehr zermürbenden Prozess. Aber wir haben mit Henning Gronau einen Mann an der Spitze, der tatsächlich Visionen für seinen Ort hat und das KoDorf ist Teil dieser Vision“, sagt er und bricht auch gleich eine Lanze für die politischen Entscheidungsträger: „Tatsächlich haben wir in den vergangenen Jahren auf der kommunalen Ebene viele innovativ denkende und kreative Politiker kennengelernt.“ Fischer selbst denkt ohnehin schon weiter und auch an weitere Orte. „Wir wollen Modelle entwickeln, wie wir die regionale Entwicklung im ländlichen Raum positiv mit gestalten können und gleichzeitig den Gemeinwohlaspekt, der ja schon in der Genossenschaftsform mit angelegt ist, befördern helfen.“ Probewohnen können Interessierte übrigens schon jetzt: Ein Prototyp des KoDorfs steht in Form des Feriendorfes Meerleben an der Ostsee dafür bereit. 

KGSt®-FORUM
DIGITAL

06.10. bis 08.10.2021 LIVE aus dem WCCB



KGSt®

Seien Sie dabei!

Ob digitaler Wandel, strategische Steuerung oder Führungskompetenz, ob Smart City, OZG, Stellenbewertung oder neue Arbeitswelten: Das KGSt®-FORUM 2021 bietet ein breites Spektrum an kommunalen Inhalten, wie Sie es auf keiner anderen Veranstaltung finden werden. Freuen Sie sich auf drei spannende Kongresstage mit zahlreichen Neuheiten:

Ganz bequem von Zuhause!

Keine Anreise und im eigenen Bett schlafen. Schalten Sie sich digital zum KGSt®-FORUM 2021 dazu.

Und dennoch live dabei!

Verfolgen Sie ausgewählte Veranstaltungen im Stream live aus Bonn und kommen Sie in den Genuss exklusiver Digitalformate.

Auch digital mittendrin!

Ob vor dem Bildschirm oder in Bonn: Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, sich aktiv an Ihren Veranstaltungen zu beteiligen.

Mittwoch, 6. Oktober
bis Freitag, 8. Oktober
LIVE aus dem WCCB
in Bonn

KGSt®-Mitglieder profitieren besonders!

Als KGSt®-Mitglied wird pro Verwaltung nur ein Beitrag fällig, unabhängig davon, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilnehmen.

Jetzt anmelden:
[www.kgst.de/
forumsanmeldung](http://www.kgst.de/forumsanmeldung)

KGSt
Kommunale Gemeinschaftsstelle
für Verwaltungsmanagement
Gereonstr. 18-32
50670 Köln
forum@kgst.de
+49 221 37689-60

LANDLEBEN

WOHNKONZEPTE FÜR JUNGE MENSCHEN

Urbanes Lebensgefühl auf dem Land – so lässt sich der Wunsch vieler junger Menschen an das Wohnen von heute beschreiben. Das stellt Stadtplaner vor Herausforderungen, zumal die Ansprüche andere sind als in früheren Generationen. Vier Kommunen haben sich sehr unterschiedliche Gedanken dazu gemacht – wir stellen sie vor!

Von PATRICK PEHL

Junge Menschen fühlen sich vor allem dort wohl, wo schon andere junge Menschen sind. Auf diese Weise entstehen sogenannte Schwarmstädte. Nicht nur in Studentenstädten ist das zu erleben. Auch kleine Gemeinden und Städte können von dem Effekt profitieren. So hat die bayerische Stadt Coburg ein ganz neues Viertel mit ihrer Wohnungsbaugesellschaft konzipiert. Um ein attraktives Angebot zu schaffen, hat sich die 41.000 Einwohner zählende Kommune besondere Hilfe bei der Zielgruppe gesucht. Der gesamte Stadtentwicklungsprozess ist durch mehrere Bachelorarbeiten des Studiengangs Architektur an der Hochschule Coburg begleitet worden. Doch nicht nur Studenten selbst sollten Teil der Forschung werden. „In einem zweitägigen Workshop mit den neunten Klassen eines örtlichen Gymnasiums haben wir den Prozess begleitet. Und an einem weiteren Gymnasium wurden die Planungen durch ein zwei Jahre währendes Praxisseminar zum Thema Stadtentwicklung flankiert“, erklärt Nina Thumerer von der Wohnbau Stadt Coburg. Junge Architektenverbände, Start-Ups sowie lokale Vereine wurden in die Ideenfindung eingebunden und flossen in die Ausschreibungskriterien ein. „Diese Form der Mitgestaltung durch eine ganze Generation von Stadtbewohnern ist wohl einzigartig“, so Thumerer.

»
Diese Form der Mitgestaltung durch eine Generation von Stadtbewohnern ist wohl einzigartig.“

Nina Thumerer,
Wohnbau Stadt Coburg

Ein Hemmschuh für derartige Projekte sind die unpassenden Fördergelder. Auszubildende, einfach nur junge Angestellte und Schüler, sind meist nicht in den Förderkriterien von Bund und Ländern enthalten. Nina Thumerer berichtet, dass es für die kommunale Wohnungsbaugesellschaft jedoch wichtig ist, Fördermittel in Anspruch zu nehmen. Die Lösung lag in einer Förderung durch die Bezirksregierung. Für die jungen Menschen geht das junge Leben weiter als das reine Wohnen. Nina Thumerer bemerkt dazu: „In unseren Beteiligungsformaten stellten sich besonders die Themen Nachhaltigkeit, Gemeinschaft und das Ankommen in einer – in unserer – Stadt als wichtig heraus.“ Um auch neue Menschen ankommen zu lassen, werden zwei Stadtviertel entwickelt und günstig vermietet, damit sich etwas Neues ansiedeln kann. In einem ersten Schritt wurden sanierungsbedürftige Gebäude identifiziert und erworben. Um die Gegend attraktiver zu gestalten, sollen gezielt junge Menschen angelockt werden. Gewerbeflächen, die günstig vermietet werden, neue urbane Wohnformen in historischen Gebäuden und neuen Bauten. Vor ähnlichen Herausforderungen steht die knapp 10.000 Einwohner zählende Stadt Herbolzheim im Landkreis Emmendingen. Sie ist eine von sechs Gemeinden in Baden-Württemberg, die am dortigen



„Sharing is fun! – Vom Rückzugsort zur Hausgemeinschaft“ konnte den ersten Platz gewinnen und das neue Stadtviertel mitprägen.

gen Projekt „Junges Wohnen“ teilnimmt. Die Idee hier: Wohngemeinschaften in einem Pfarrhof.

„In ganz Südbaden haben wir knappen Wohnraum. Wir waren deshalb auf der Suche nach neuen Lösungen“, sagt Leanna Muth, Mitarbeiterin der Wirtschafts- und Tourismusförderung der Stadt Herbolzheim. Die Gemeinde sieht großes Potential im Ort, liegt sie doch zwischen den Hochschulstandorten Offenburg und Freiburg. „Es handelt sich um einen Stadtteil mit typischem Dorfcharakter“, sagt Leanna Muth. Der Zusammenhalt und das Gemeinschaftsgefühl der Menschen sei hier wichtig, aber an der Infrastruktur fehle es. Gleichzeitig hätten die Kirchen immer größere Schwierigkeiten, ihre Objekte zu halten. „Das Projekt bietet den jungen Leuten also nicht nur günstigen Wohnraum, sondern könnte den Stadtteil wieder lebendiger und attraktiver machen“, so das Kalkül von Leanna Muth.

„Wer nicht gerade ein Einfamilienhaus bauen will, hat auf dem Land wenig Möglichkeiten“. Dieses Problem sieht Diana Kunz, Bürgermeisterin von Zaberfeld. „Viele junge Menschen haben mich im Wahlkampf darauf angesprochen, dass sie keinen geeigneten Wohnraum finden – und gleichzeitig gibt es viele Leerstände“, sagt Kunz. Das Projekt, das sie gerade plant, erlaube es, die beiden Missstände gleichzeitig anzugehen. In Zaberfeld wurden mehrere Objekte ins Auge gefasst, unter anderem

15%

des Kaufpreises einer Wohnung müssen Familien im neuen Stadtteil Jätkäsaari in Helsinki als Anzahlung aufbringen.

ein größeres Haus mit leerstehendem Schreibwarengeschäft im Erdgeschoss und eine alte Scheune, deren Eigentümer einen Abriss plant. Interessenten, die nach Wohnraum suchten, gebe es genügend, sagt Diana Kunz, von Grundschul-Referendarinnen bis zu Auszubildenden des Seniorenstifts. Ob es in Zaberfeld allerdings auch einen Markt für innovatives Wohnen gebe, wisse sie noch nicht. Das werde ein Workshop zeigen, den man zusammen mit Jugendlichen durchführe. „Am Bedarf vorbeiplanieren wollen wir natürlich auch nicht“, sagt sie. Und auch anderswo in Europa treiben die Stadtplaner ähnliche Gedanken um, etwa im finnischen Helsinki. Die Hauptstadt des Landes der tausend Seen lässt nämlich ein neues Viertel mit einem Konzept entstehen, welches sich vor allem an junge mittelständische Familien richtet. In der Metropole ziehen – wie auch anderswo – immer mehr Familien mit Kindern ins Umland. Doch die Stadt möchte Teile dieser gesellschaftlichen Gruppe weiter auch bei sich haben und macht ein Angebot. Im neuen Stadtteil Jätkäsaari können Familien Wohnungen kaufen, ohne einen Kredit aufnehmen zu müssen. Familien müssen lediglich 15 Prozent des Kaufpreises einer Wohnung aufbringen. Den Rest zahlen die Wohnungsbesitzer dann als Miete, ähnlich dem Prinzip des Mietkaufs. Und auch dabei bleiben die jungen Menschen flexibel, da sie die geleistete Anzahlung bei einem Auszug jederzeit zurückbekommen. ☺

GEDANKENSPIEL

WIE STADTERNEUERUNG FUNKTIONIEREN KANN

Unser Gastautor nimmt Sie mit in die fiktive Kommune „Ort am See“. Die Herausforderung: Menschen, die in den 80er Jahren die Stadt verlassen haben, zurückzugewinnen und neue Einwohner hinzu. Jürgen M. Boedecker skizziert vor allem, welche kommunikativen Chancen Kommunen dabei haben.

„Lasst uns doch aus Bahnhofsumfeld und Bahnhofstraße einen zeitgemäßen städtischen Dorfplatz machen.“ Als André diesen Vorschlag im Frühjahr 2021 in der Lenkungsgruppe präsentiert, stützen Bürgermeister Matthias und die übrigen Fraktionsvorsitzenden im „Ort am See“ zunächst. Seit einem guten halben Jahr treffen sie sich, um gemeinsam die integrierte Erneuerung ihrer Kleinstadt in peripherer Lage zu koordinieren. Insbesondere wollen sie mit dem Versprechen von Wohlstand und Lebensqualität die Zahl der Rück- und Zuzüge aus den nach 1980 geborenen Generationen steigern.

Schon früh plante die Runde, das historische Stadtzentrum mit einer gemischten Nutzung wieder zu Aushängeschild und Herz ihrer Kleinstadt zu machen. Quasi als Gegenentwurf zu der durch Komplexität und Anonymität geprägten Metropole sollen sich die Menschen dort treffen und kennenlernen, zwanglos miteinander kommunizieren und interagieren können. Der Begriff „städtischer Dorfplatz“ scheint auch wegen seiner Widersprüchlichkeit generationsübergreifend zu begeistern. Er lässt kommunikatives Potenzial erkennen, um Unterstützer und Mehrheiten für die erforderliche Stadterneuerung zu gewinnen und die Persönlichkeit der Kleinstadt erlebnisorientiert zu profilieren. „Das kann der große Wurf werden“, bemerkt dann auch Bürgermeister Matthias. „Also, packen wir es gemeinsam an.“

Rückblickend war der „Ort am See“ durch Bau von Bahnstrecke und Bahnhof zum Ende des 19. Jahrhunderts schnell wirtschaftlich aufgeblüht und gewachsen. Die Bahnhofstraße wurde damals zur

führenden Geschäftsstraße der Kleinstadt. Obwohl der allgemeine Strukturwandel diese Entwicklung gut 100 Jahre später umdrehte, ist der Bahnhof als Haltepunkt für Züge und Buslinien noch immer Verkehrsknoten in der Region. Gemeinsam mit den beiden am anderen Ende der Bahnhofstraße gelegenen Verbrauchermärkten und einem medizinischen Versorgungszentrum schafft er Fußgänger- und Radfahrerfrequenz. Jedoch fehlen Grün und Sitzgelegenheiten in der vor einigen Jahrzehnten autogerecht umgestalteten Straße. Nur selten halten Menschen an, um sich länger miteinander zu unterhalten.

Kann die Zukunft attraktiver sein? Für Andrés Idee von einem städtischen Dorfplatz spricht, dass die Bahnhofstraße keine offizielle Ortsdurchfahrt ist. Wahrscheinlich lässt sie sich daher für den Durchgangsverkehr sperren. Die zulässige Höchstgeschwindigkeit der verbleibenden Fahrzeuge kann deutlich reduziert werden. Der vorhandene Straßenraum ist anders aufzuteilen, um Platz für öffentliche Sitzmöglichkeiten, Grün und Gastronomie zu schaffen.

Jürgen M. Boedecker ist Senior von Boedecker. Colleagues Strategie und Kommunikation in Hamburg und darauf spezialisiert, im kommunalen Bereich Strategien zu entwickeln und zu implementieren.



Kurzfristig lädt Bürgermeister Matthias daher alle Grundeigentümer, Erbbauberechtigten, Gewerbetreibenden und Freiberufler im Umfeld von Bahnhof und Bahnhofstraße zur hybriden Informationsveranstaltung ein. Teilnehmen wollen auch die meisten anderen aus der Lenkungsgruppe, Wirtschaftsförderer und Tourismusverein. Geplant ist die Veranstaltung als „Kick-off“ für eine koordinierte Zusammenarbeit aller Innenstadttakteure im Umfeld des geplanten Dorfplatzes. Erste konkrete Aktivität soll ein befristeter Verkehrsversuch mit entsprechend abgestimmten Sondernutzungen öffentlicher Flächen sein. Darauf aufbauend ist eine private Initiative zur Stadtentwicklung vorgesehen.

In der gut besuchten Informationsveranstaltung stellt Bürgermeister Matthias zunächst Notwendigkeit und Ziele der Stadterneuerung sowie das Konzept des Verkehrsversuchs vor. Schnell zeigen sich in der folgenden Diskussion erste konkrete Umsetzungsideen. Natürlich wollen Bäcker und Schlachter durch Sondernutzungen ihr gastronomisches Angebot erweitern. Einzelhändler würden gern Verkaufsständer an die Straße stellen. Auch die Möblierung der Straße mit einheitlichen Pflanztrögen, privaten Bänken und Blumenkübeln wird zum Thema.

Noch Jahre später schmunzeln einige der Beteiligten, wenn sie sich an die Anfänge ihres städtischen Dorfplatzes erinnern: Letztlich war der Verkehrsversuch mit mehrmals optimierter Fahrbahnführung, Verteilung von Ausweichflächen und Halteraum erfolgreich. Er legte die Basis für den Umbau der Bahnhofstraße, der mit Mitteln aus der Städtebauförderung unterstützt wurde. Auch im Bahnhofsumfeld griff das Konzept, in kleinen Gruppen Ideen zu entwickeln, zu realisieren und bedarfsweise zu optimieren. Dazu ließen sich über soziale Medien und andere Kommunikationskanäle auch Anspruchsgruppen aus anderen Stadtteilen erfolgreich einbinden. Ergebnisse sind beispielsweise ein Kinderspielplatz mit funktionsfähiger Schwengelpumpe, ein Basketballfeld und ein Naschgarten. Auch Bewohner der Umlandgemeinden verbinden Einkauf oder Arzttermin im „Ort am See“ mit einem Besuch des städtischen Dorfplatzes. 



FOTOS/ privat, Adobe Stock



FÖRDERGELDER

EIN KÄMMERERER PACKT AUS

Deutschlands Kommunen hängen immer mehr am Tropf von Bund und Ländern. Fördergelder sorgen für Ungerechtigkeiten und helfen meist nicht denen, für die sie aufgelegt wurden. Das sagt ein Kämmerer im KOMMUNAL-Gastbeitrag. Aus Angst um seinen Job möchte er seinen Namen an dieser Stelle aber nicht lesen! Dafür wird er umso deutlicher! Der Redaktion ist der Autor natürlich bekannt.

Fördergeld ist kein wahrer Segen für die Kommunen. Vor allem die Kleinen können sich den Aufwand kaum leisten, um zu partizipieren. Die Vergabe von Fördermitteln ist unübersichtlich und hochgradig ungleich. In kleinen Städten gibt es vielleicht nur einen Mitarbeiter, der das überhaupt kann. Wenn dieser im Urlaub ist oder gar krank, gibt es niemanden, der diese Aufgabe richtig erfüllen kann. Wer Ressourcen hat, beschäftigt Personal einzig für die Akquise von Fördermitteln. Sogar Beratungsfirmen haben sich auf dem Markt positioniert, um am Kuchen zu verdienen. In einer großen Stadt ist das zwangsläufig so, in einer kleinen Gemeinde gibt es dafür keine Kapazitäten. In einer kleinen Kommune gibt es häufig keinen finanziellen Spielraum und keine Ressourcen, in großen Städten ist genügend Flexibilität da. Hier kann eine Maßnahme immer geschoben werden.

» **Es gibt ein unüberschaubares Wirrwarr an Fördermöglichkeiten.**«

Die Verteilung von Fördergeldern erfolgt häufig nach dem Windhundprinzip. Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Hier stellt sich die Frage: Wer hat am ehesten die Ressourcen, schnell Anträge zu erzeugen oder die Planunterlagen zu beschaffen? Größere oder schlicht reichere Kommunen haben oftmals bereits Projekte in der Schublade, die nur noch geringfügig angepasst werden müssen. Auch können große Kommunen eher Mitteleinsätze aufschieben. Ein anderes Problem gibt es beim Antragsverfahren mit einer Stichtagsregelung. Hier werden bis zu einem Stichtag alle Anträge gesammelt und im Nachhinein bewertet. Die Prüfbehörde muss irgendein Ranking vornehmen. Oftmals wird nach einem höheren Nutzen entschieden und auch hier haben große Städte wieder einen Vorteil, da schlicht mehr Menschen von den Fördermitteln profitieren, gewinnen sie häufiger. Aber auch wer bessere Machbarkeitsstudien vorweisen kann hat,



wird bevorzugt. Solche Studien sind jedoch aufwändig und teuer in der Erzeugung. Wie soll das gerecht verglichen werden?

Eine komplexe Baumaßnahme, wie eine Dreifeldsporthalle, könnte kleine Gemeinden überfordern – fachlich wie finanziell. Wer keinen Architekten im Bauamt hat, muss sich einen einkaufen. Doch genau diese Mehrkosten können das Aus für ein Projekt bedeuten. Eine Bewilligung von Fördermitteln bezieht sich in der Regel auf Kostenschätzungen im Antrag, spätere Mehrkosten werden aber nicht mehr gefördert. Auch ist der Zeitplan immer sehr wichtig, weil sonst Fördermittel verfallen. Bei einer kleinen Gemeinde ist das fatal. Ganz besonders dann, wenn sie nicht einmal etwas dafür kann. Bauverzögerungen – etwa durch schlechte Witterung – sind keine Seltenheit. Wir etwa haben eine größere und teurere Halle

FOTOS: Adobe Stock

gebaut, weil wir noch Fördermittel nutzen wollten, die vorschreiben, dass ein gewisser Anteil von Verwaltungsbüros im Bau enthalten sein muss. So haben wir unsere Mehrzweckhalle bekommen, die aber teurer war und Mittel gebunden hat, die nicht unbedingt nötig waren.

Hat man nun alles geschafft, beginnt die nächste Unsicherheit: Bei Formfehlern können Fördermittel verfallen. Dazu kommt, die Gemeinden müssen die Projekte gewissermaßen vorfinanzieren. Viele Geldmittel fließen erst am Ende, wenn alles abgerechnet ist. Bei einer kleinen Gemeinde ist es klar,

wenn eine Sporthalle in zwei Jahren saniert werden muss, aber wenn es keine Zuwendungen gibt, gibt es auch keine Sanierung. Eine große Stadt hingegen kann ihren Bürgern immer Ausweichmöglichkeiten bieten, da sie mehrere Hallen haben. Und meist liegen fertige Planungen bereits in der Schublade, wenn ein passendes Fördermittel veröffentlicht wird. So kann direkt ein Antrag gestellt werden und man ist beim Windhundverfahren

vorn mit dabei.

Es gibt ein unüberschaubares Wirrwarr an Fördermöglichkeiten. Niemand kennt alle Programme. In der Realität kann kein Wirtschaftsförderer alle Programme kennen. Zu viele Förderer spielen hier eine Rolle: Die Europäische Union, Bund und Länder, Regierungspräsidien, Landkreise und andere Staaten, Energieunternehmen, Stiftungen und viele mehr. Allein in der Förderdatenbank werden aktuell fast 2.600 Förderprogramme gelistet. Es gibt Programme, die beispielsweise Flutlichtanlagen auf Sportplätzen fördern, wenn der Antragsteller ein Sportverein ist und nicht die Kommune. Es ist also gegebenenfalls sinnvoll, die Flutlichtanlage an einen örtlichen Verein zu verpachten, um eine Förderung zu bekommen. Es ist also kompliziert! Ein Wirtschaftsförderer allein reicht nicht aus, denn wir benötigen ein interdisziplinäres Team, um die gut gemeinten Fördermittel zu bekommen. Doch das gibt es garantiert nicht in einer kleinen Gemeinde. Ein breiteres Umlageverfahren, etwa aus der Einkommens- oder der Umsatzsteuer, wäre also eine charmante Lösung, auch wenn diese neue Probleme mit sich brächte. Ⓢ

» **Beim Windhundverfahren sind die Großen die Schnellsten.**«

EXPERTENTIPPS

VERWALTUNG EFFIZIENT FÜHREN

Sicher, wirtschaftlich und transparent sollen sie sein – Entscheidungen in der öffentlichen Verwaltung. Doch welche Verfahren haben sich in der Praxis bewährt? Dazu hat der Verwaltungswirt Helge Holm ein Fachbuch geschrieben. Im KOMMUNAL-Gastbeitrag gibt er die sieben wichtigsten Tipps daraus weiter.

1 UNRENTABLE GESCHÄFTSZWEIGE ÜBERPRÜFEN UND OPTIMIEREN

Wirtschaftliche Entscheidungen zu treffen bedeutet auch, den Ressourcenverbrauch bei der Aufgabenwahrnehmung zu überprüfen, Kosten – Nutzen – Erwägungen anzustellen und Alternativvergleiche vorzunehmen.

2 KONZENTRATION AUF Kernaufgabenbereiche

Die öffentliche Verwaltung betätigt sich in einer Vielzahl freiwilliger Aufgabenbereiche. Die Konzentration auf Kernaufgabenbereiche ermöglicht wirtschaftlicheres Verwaltungshandeln, indem nicht jeder Bereich der privaten Lebensführung oder Freizeitgestaltung als eine mit Steuermitteln finanzierte Aufgabe wahrgenommen wird.

3 KOSTENDECKUNGSGRAD REGELMÄSSIG ÜBERPRÜFEN

Eine 100-prozentige Kostendeckung ist besonders bei sozialen und kulturellen öffentlichen Einrichtungen nicht zu erzielen. Gleichwohl sollte eine regelmäßige Überprüfung auf Einsparungspotenziale und Erhöhung der Nutzungsentgelte vorgenommen werden.

4 KOSTEN-NUTZEN-ANALYSE HILFT

Besonders im Spannungsfeld von Wirtschaftlichkeit und Gemeinwohlorientierung gilt es, sorgfältig abgewogene und transparente Entscheidungen zu treffen. Mit Hilfe von Nutzwertanalysen und Kosten-Nutzen-Analyse werden Entscheidungen abgesichert.

5 AUFGABENKRITIK IST EIN STÄNDIGER PROZESS

Die Überprüfung des Aufgabenbestands sollte als eine dauerhafte Tätigkeit verstanden werden. Um den Ressourceneinsatz so gering wie möglich zu halten, sollte regelmäßig hinterfragt werden, ob und wie eine Aufgabe wahrgenommen wird.

6 DEMOGRAFISCHER WANDEL IST REALITÄT

Die Bevölkerungsstruktur unterliegt ständigem Wandel. Eine wirtschaftliche Aufgabenerfüllung in der öffentlichen Verwaltung ist vor allem durch eine weit-sichtige Berücksichtigung der demografischen Faktoren geprägt.

7 TRANSPARENZGEWINN DURCH BÜRGERBETEILIGUNG

Bürgerbeteiligungen vermitteln dem Bürger das Gefühl, verstanden zu werden und sich in Form unmittelbarer Demokratie einbringen zu können, wenn Entscheidungen zu treffen sind. Das gilt nicht nur für die Frage nach neuen Aufgaben, sondern hat sich auch bei Einspar- oder Konsolidierungsmaßnahmen bewährt.

ENTSCHEIDUNGSMETHODEN IN DER ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG

Sicher, wirtschaftlich, transparent

Erschienen im Haufe Verlag

195 Seiten

ISBN: 978-3-648-14710-8



Helge Holm ist Diplom-Verwaltungswirt und analysiert in seinen Büchern Verwaltungswege. Jahrelang war er in der Kommunal- und Landesverwaltung tätig.

LAND
 & **LEUTE**

PRAXISTIPPS

So funktionieren
 Bürgerbudgets
Seite 66

LÄNDERNEWS

Initiative für Gründer-
 zentren in Bayern
Seite 70

BÜRGERMEISTERPORTRAIT

**ZWISCHEN
 KÖLN UND
 DÜSSELDORF**

Er ist 34 Jahre alt und seit fast sieben Jahren Bürgermeister von Dormagen. Überregional bekannt wurde er, weil er Morddrohungen gegen seine Person öffentlich machte. 86 Fälle von Drohungen und Beleidigungen gegen ihn zählt die Staatsanwaltschaft inzwischen. Unser Bürgermeister des Monats: Erik Lierenfeld aus Dormagen am Rhein.



Von BENJAMIN LASSIWE

Wer auf der Dachterrasse des Rathauses von Dormagen steht, sieht am Horizont zwei Fernsehtürme: Auf der einen Seite den von Düsseldorf, auf der anderen – neben den Türmen des Doms – den Fernsehturm von Köln. Und wer in der Stadt im Rhein-Kreis Neuss in eine Kneipe geht, hat oft die Wahl zwischen Kölsch und Alt. Bürgermeister Erik Lierenfeld, der die Geschicke der als Chemiestandort bekanntgewordenen Stadt nun in der zweiten Wahlperiode lenkt, entscheidet sich allerdings recht oft fürs Pils. „Dormagen ist der Mittelpunkt des Rheinlands“, sagt Lierenfeld. „Man kann Düsseldorf und Köln von hier aus in ähnlicher Zeit erreichen.“ Und ein bisschen sei die Stadt wie NRW in einem Brennglas: „Bei uns wird Karneval gefeiert und das Schützenfest“, sagt Lierenfeld. „Wir haben Kleingärten wie im Ruhrgebiet, wir haben einen Waldtierpark und sogar ein eigenes freies Theater.“

Stolz ist Lierenfeld auf sein Engagement in Sachen Gewerbesteuern: Seit er Bürgermeister von Dormagen ist, hat er weder die Gewerbesteuer noch andere Abgabensätze erhöhen müssen. „Wir haben es aber gleichzeitig geschafft, unseren Haushalt auszugleichen.“ Und auch eine Ausgleichsrücklage von immerhin 20 Millionen Euro konnte die Stadt Dormagen aufbauen. Wie das ging? „Wir haben mit den Unternehmen hier sehr eng zusammengearbeitet“, sagt Lierenfeld. „Wir haben ihnen gezeigt, welche Vorteile sich daraus ergeben, dass man seine Steuern hier vor Ort bezahlt – zum Beispiel, dass es in Dormagen eine gute Infrastruktur gibt, die so finanziert werden konnte.“ Gleichzeitig habe es die Stadt geschafft, neue Unternehmen anzusiedeln, die sehr erfolgreich wirtschafteten. „Mein Erfolg ist, dass wir eine sehr gute solide Basis für eine gut funktionierende Wirtschaft geschaffen haben.“ Während Dormagen früher von der Chemieindustrie abhängig gewesen sei – ein Bonmot lautete sogar: „Wenn Bayer hustet, bekommt Dormagen die Grippe“ – sei die Stadt mittlerweile vielfältig aufgestellt. Einer der Rohstoffe für die Herstellung des Personalausweises wird ebenso in Dormagen hergestellt, wie es Wachstücher oder einen eigenen Gin aus Dormagen gibt.

Und dennoch: Auch Lierenfeld stimmt in die Kritik vieler seiner Amtskollegen ein. „Ich glaube schon, dass die Kommunen in NRW unterfinanziert sind“, sagt der Bürgermeister. Zu den Heraus-



FOTOS / Benjamin Lassiwe

forderungen, vor denen die Stadt Dormagen derzeit steht, gehört daneben auch die Wohnraumpolitik. In den nächsten zehn bis 15 Jahren werde sich die Bevölkerung der Stadt um 10 bis 15 Prozent erhöhen, sagen Demographen. „Wir haben jetzt schon Wohnungspreise auf dem Niveau von Köln oder Düsseldorf“, sagt Lierenfeld. „Dagegen möchte ich vorgehen.“ Allerdings nicht mit Enteignungsphantasien, wie es manche Berliner Initiativen planen:

In Dormagen wird stattdessen die Gründung einer kommunalen Wohnungsbau-gesellschaft geplant. „Wir haben bisher nur private Genossenschaften vor Ort, aber noch keine städtische Gesellschaft“, sagt Lierenfeld. Die soll nun entstehen: Er hoffe, pro Jahr 100 städtische Wohnungen neu bauen zu können. Die Stadt gebe derzeit 500.000 Euro pro Jahr für Spielplätze aus, es gebe eine hervorragende Kinderbetreuung. „Das machen wir doch aber nicht, damit Familien am Ende sagen: Ich kann mir das Wohnen hier nicht mehr leisten“, sagt Lierenfeld. Deswegen die Wohnungsbaugesellschaft – die freilich nicht nur preiswerte Wohnungen errichten soll. „Wir planen auch das Penthouse, das dann teuer verkauft wird – um die übrigen Wohnungen zu finanzieren.“

Lierenfeld selbst ist gebürtiger Dormagener.

Nach dem Abitur wählte er ein Studium der Verwaltungswissenschaften, arbeitete im Job-center in Neuss. „Damals habe ich gemerkt, dass mir Verwaltung Spaß macht, weil man schnell entscheiden kann“, sagte Lierenfeld. Mit 22, 23 Jahren kam er in den Stadtrat, wurde stellvertretender Bürgermeister. Und 2014 wurde er dann im ersten Wahlgang Bürgermeister. „Das erscheint mir immer noch etwas unwirklich“, sagt Lierenfeld. Denn als Kind habe auch er den Dormagener Bürgermeister immer mit großen Augen angeschaut. „Das war damals für mich schon so ein „Boah, der Bürgemeister“.“ Heute erklärt Lierenfeld selbst Kindern, was ein Bürgermeister macht. „Zu Hause ist ja auch einer Chef“, sagt Lierenfeld. „Meistens antworten die Kinder dann: Mama – und ich sage dann: Ich bin so ein bisschen der Papa der Stadt.“ Er höre den Menschen zu, er schlichte Streit, er unterstütze Menschen. „So erkläre ich es den Kindern“, sagt Lierenfeld. Wobei ihm persönlich wichtig bleibe, dass das Amt des Bürgermeisters immer ein Amt auf Zeit sei. Es gehe nicht um die Person Erik Lierenfeld, es gehe um den Bürgermeister.



Freilich, nicht immer ist das Bürgermeisteramt ein einfaches Geschäft. Als Bürgermeister musste Lierenfeld erst die Flüchtlingswelle und dann die Corona-Krise bewältigen. Und das war nicht immer einfach: Lierenfeld bekam Morddrohungen – Drohanrufe, Briefe, e-Mails, teils mehrere am Tag. „Wenn man Morddrohungen bekommt dafür, dass man seinen Job macht, dann macht das etwas mit einem“, sagt Lierenfeld. „Das hat mich schon beeinflusst, ich habe mich dann anders verhalten – zumindest kurzfristig.“ Er sei zwar noch durch die Fußgängerzone gegangen – aber anders als früher, vorsichtiger. Auch die gewohnten Wege vermied der Bürgermeister manchmal, „und in gewisse Bereiche bin ich im Dunkeln nicht mehr gegangen.“ Mittel- und langfristig dürften solche Drohungen aber nicht dazu führen, dass ein Bürgermeister sein Verhalten insgesamt ändere, betont Lierenfeld. „Aber das ist schon ein sehr schwieriger Grat, weil das auch Auswirkungen aufs direkte Umfeld hat, auf Familie und Freunde und man nicht nur selbst davon betroffen ist.“ In **Dormagen** ging der Bürgermeister gegen die Morddrohungen vor. Wie erfolgreich das war, weiß er nicht: Die Ermittlungen laufen noch. Was er anderen Bürgermeistern



rät, die von Gewaltandrohungen betroffen sind? „Darüber sprechen“, sagt Lierenfeld. „Das ist ganz wichtig.“ Zudem sollten alle, die sich kommunalpolitisch engagierten, ihr Umfeld darauf vorbereiten, dass so etwas passieren könne. Die Polizei und die Sicherheitsbehörden, auch die Mitarbeiter im Rathaus, sollten so schnell wie möglich informiert werden. „Und dann muss man es aushalten“, sagt Lierenfeld. „Das ist wie ein Heuschreckenschwarm, der kommt, sich niederlässt und dann irgendwann wieder weiterzieht.“

Kraft schöpft Lierenfeld auch in solchen Situationen aus seiner Verwurzelung in der katholischen Kirche. „Der Glaube ist für mich etwas Essentielles“, sagt Lierenfeld. Als Jugendlicher engagierte er sich auf Freizeiten der evangelischen Kirche, als Erwachsener ließ er sich firmen. „Ich finde es auch gut und wichtig, dass man das als Bürgermeister auch zeigt“, sagt Lierenfeld. Auf der Fronleichnamsprozession lief er deswegen mit seiner Amtskette mit. „Ich glaube schon, dass die Gemeinschaft und die Grundwerte da Dinge sind, die stimmen“, sagt Lierenfeld. „Ein Bürgermeister darf und kann auch gläubig sein – ich darf den Glauben nur bei meinen Entscheidungen nicht in den Vordergrund stellen.“

KOMMUNALSTELLENMARKT

TOP-JOBS DES MONATS

- DIS AG
➤ **BUCHHALTER IM ÖFFENTLICHEN DIENST (M/W/D)**
BERLIN

BFS BUNDESAMT FÜR STRAHLENSCHUTZ
➤ **INFORMATIKER IM REFERAT "INFORMATIONSTECHNIK" DER ZENTRALABTEILUNG (M/W/D)**
OBERSCHLEISSHEIM

STATISTISCHES BUNDESAMT
➤ **FACHADMINISTRATOREN/-INNEN FÜR DEN ANWENDUNGSBETRIEB (M/W/D)**
WIESBADEN

WOHLFAHRTSWERK FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG
➤ **HAUSLEITUNG ALTENHILFE (M/W/D)**
STUTT GART

STADT NÜRTINGEN
➤ **STRASSEN- UND VERKEHRSPLANER (M/W/D)**
NÜRTINGEN

LANDESHAUPTSTADT STUTT GART
➤ **PROJEKTLEITER*IN IN ELEKTROTECHNIK (M/W/D)**
STUTT GART

LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN
➤ **UMWELTINGENIEUR*IN (M/W/D)**
MÜNCHEN

STADT FÜRSTENFELD BRUCK
➤ **LEITER DER FINANZVERWALTUNG (M/W/D)**
FÜRSTENFELD BRUCK

Die vollständigen Stellenausschreibungen der Top-Jobs des Monats finden Sie unter stellenmarkt.kommunal.de

FOTOS/ Benjamin Lassiwe

MITWIRKUNG

SO FUNKTIONIERT EIN BÜRGERBUDGET

Cooler Möbel fürs Jugendzentrum, neue Spielplatzgeräte oder intelligente Mülleimer – Bürger können mit eigenen Ideen Projekte in ihrer Kommune ankurbeln. Peter Patze von der Akademie für Lokale Demokratie erläutert für KOMMUNAL das Konzept des Bürgerbudgets.



Peter Patze-Diordiyhuk ist Vorsitzender der Akademie für Lokale Demokratie e.V. in Leipzig.

DER BEGRIFF BÜRGERBUDGET

Unter einem Bürgerbudget versteht man ein fest im Haushaltsplan der Gemeinde eingeplantes Budget, das für lokale Projekte von Bürgerinnen und Bürgern verwendet wird. Beim Bürgerbudget geht es also darum, individuelle Projekte zu fördern. Es geht um die Umsetzung konkreter Projektideen und nicht um die Beteiligung an abstrakten Haushaltszahlen wie beim Bürgerhaushalt. Dort ist das primäre Ziel, die Arbeitsweise der Gemeinde transparent zu machen und die Mitbestimmung bei städtischen Ausgaben zu fördern.

DER ABLAUF

Vorschläge können bei der Gemeinde eingereicht werden. Es sollte sich um Projekte handeln, die der Allgemeinheit nutzen. Nach Ende der Einreichungsfrist stimmen die Bürgerinnen und Bürger über die Vorschläge ab. Aus der Rangliste werden so viele Projektideen ausgewählt, bis das Bürgerbudget aufgebraucht ist. Der Gemeinderat hat die Budget-Höhe zuvor festgelegt. Die Ideengeber setzen die Vorschläge zeitnah in Eigenregie oder in Zusammenarbeit mit Vereinen und der Gemeinde um.



DER NUTZEN

- ▶ Nachhaltige Wirksamkeit von basisdemokratischer Beteiligung.
- ▶ Erhöhung der Identifikation mit der Gemeinde und den Projekten.
- ▶ Hinweise und Vorschläge für Verwaltung und Politik sammeln
- ▶ Kooperative Prozesse zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft fördern
- ▶ Mitbestimmung durch direkte Entscheidungsmöglichkeit der Bürger.
- ▶ Möglichkeit der Reduzierung negativer Folgen des demografischen Wandels.

Bürgerbudgets unterstützen die Bürger dabei, mehr **Verantwortung** für ihr Lebensumfeld zu übernehmen.

Bürgerbudgets ermöglichen **gesellschaftliche Mehrwerte**, die Verwaltung, Gemeinderat und Bürgerschaft allein nicht realisieren könnten.

Bürgerbudgets lassen sich individuell auf die **Rahmenbedingungen** in den Gemeinden zuschneiden, im Mittelpunkt stehen immer die Bürger.



FOTOS/ Peter Patze-Diordiyhuk, Adobe Stock

FOTOS/ Adobe Stock, KGSt

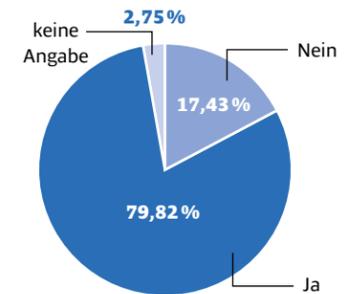
KGSt-DENKANSTÖSSE

BEWEGUNG FÖRDERN – SPORTÄMTER IM WANDEL



KGSt®-Betriebsdatenabfrage zum kommunalen Sport- und Bewegungsmanagement

Aussage: „Die für den Bereich Sport und Bewegung zuständige Organisation sieht sich nicht nur als Verwalter kommunaler Sportstätten, sondern auch als Förderer von Bewegung und Individualsport im Stadtgebiet.“



Gerade das vergangene Jahr machte nochmal sehr deutlich, wie wichtig Bewegung und sportliche Betätigung für Bürgerinnen und Bürger sind. Da private und kommunale Sportstätten schließen mussten, waren gerade die frei zugänglichen Bewegungsangebote an der frischen Luft eine willkommene Ausgleichsmöglichkeit in der Pandemie. Dabei wurden alte Bewegungsräume reaktiviert und auch ganz neue Möglichkeiten für Sport und Bewegung in den Städten und Gemeinden entdeckt, die eine lebenswerte Kommune ausmachen.

Sportämter fokussierten sich in der Vergangenheit eher auf die reine Sportstättenverwaltung. Arbeitsschwerpunkte richteten sich überwiegend an den Bedürfnissen des Vereins- und Schulsports aus, die vorrangig kommunale Sportstätten nutzen. Doch wer richtet den Blick auf den Individualsport? Wer hat den Überblick über private Bewegungsangebote? Wer

weiß eigentlich genau, welche Sport- und Bewegungsangebote die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Kommune erwarten? Kurzum, wer koordiniert in den Kommunen die allgemeine Bewegungsförderung, die doch so viele positive Aspekte für die kommunale Gesellschaft beinhaltet?

In immer mehr Kommunen ist ein Wandel zu erkennen: Die reine Sportstättenverwaltung wird um die kommunale Bewegungsförderung als ganzheitlichen Ansatz ergänzt. Im Rahmen einer Betriebsdatenabfrage der KGSt haben sich 2021 insgesamt 109 Städte ab 50.000 Einwohnerinnen und Einwohner zu Fragestellungen des Sport- und Bewegungsmanagements geäußert.

Rund 80 Prozent der befragten Städte sehen sich mittlerweile auch als Förderer von Bewegung und Individualsport. Insgesamt 56 Prozent haben die allgemeine Entwicklung des Sports bzw. von Bewegungsangeboten als einen auf die Zukunft gerichteten, ganzheit-

lichen Ansatz schriftlich festgelegt und vereinbart. 28 Prozent der befragten Städte haben dafür im Vorfeld die Bedarfe des nicht organisierten Sports im Stadtgebiet anhand eines strukturierten Fragebogens abgefragt.

In 17 Prozent der Städte können Informationen über kommunale und private Sport- und Bewegungsangebote im Stadtgebiet online, über eine Portallösung, aufgerufen werden. Das ist nur ein kleiner Auszug aus den Befragungsergebnissen, die den Wandel in den Sportämtern belegen und erste Steuerungspotenziale und Entwicklungschancen aufzeigen. Ende 2021 veröffentlicht die KGSt einen Benchmarking-Bericht „Sport- und Bewegungsmanagement“ mit allen Ergebnissen der Betriebsdatenabfrage.

Gregor Zajac ist Referent im Geschäftsbereich Beratung & Vergleiche der KGSt.



MEHR INFORMATIONEN

Gregor.Zajac@KGSt.de

- www.kgst.de
- www.kgst.de/kgst-forum
- www.facebook.com/KGSt.de
- www.twitter.com/KGSt_de
- www.xing.com/companies/kgst



BADEN-WÜRTTEMBERG



Mobilitäts.Manager gestartet

Ein Pilotlehrgang zur Ausbildung von Mitarbeitern der Straßenbauverwaltung zu Mobilitäts.Managern ist gestartet. Die Teilnehmer werden mit Blick auf die Verkehrswende weitergebildet, um den Klimaschutz voranzubringen.

Klimaschutz und Verkehrswende gehören nach den Worten von Verkehrsminister Hermann untrennbar zusammen. Die Kombination aus Theorie und praktischen Erfahrungen der Mitarbeiter soll besondere Frucht bringen.

Ausbildung zur sozialpädagogischen Assistenz

Das Land fördert die neue bezahlte, praxisintegrierte Ausbildung zur sozialpädagogischen Assistenz. Mit der finanziellen Förderung sorgt das Land nach eigener Werbung für mehr attraktive Ausbildungsplätze und letztendlich für mehr pädagogische Fachkräfte in Baden-Württemberg, denn nach wie vor ist der Bedarf an gut ausgebildetem pädagogischen Personal groß. Die Ausbildung wurde mit kirchlichen sowie kommunalen Verbänden und Jugendverbänden entwickelt.

gogische Fachkräfte in Baden-Württemberg, denn nach wie vor ist der Bedarf an gut ausgebildetem pädagogischen Personal groß. Die Ausbildung wurde mit kirchlichen sowie kommunalen Verbänden und Jugendverbänden entwickelt.

Umsichtige Öffnungen auch im Sport

Die geänderte Corona-Verordnung des Landes sieht auch für den Bereich des Sports verschiedene Öffnungsschritte vor. Die niedrigen Inzidenz-

zahlen ermöglichen es, mehr Sport zuzulassen. Mehr als 100 Personen dürfen nun wieder als Zuschauer in Hallen und Stadien mitfeiern.



BAYERN

Initiative für Gründerzentren

Für den Green Deal stellt die EU Milliardenbeträge zur Verfügung, ergänzt durch Bundes- und Landesmittel. Auch Bayern sollte gezielt von diesem Angebot profitieren, erklären Wirtschaftsminister Aiwanger und Umweltminister Glauber. Mit verschiedenen Maßnahmen soll sichergestellt

werden, dass Unternehmen und Bürger die klimapolitische Neuausrichtung erfolgreich bewältigen und vor Ort profitieren können. Dazu gehören neue Wasserstofftankstellen oder Förderungen zum Umstieg von herkömmlichem Flugbenzin auf grüne Kraftstoffe.

Polizei und Geflüchtete im Dialog

Teams aus Beamten der Münchner Polizei und zu Kulturmoderatoren ausgebildete Menschen bieten verschiedene Aktivitäten und Veranstaltungen in den Münchner Gemeinschaftsunterkünften an, unter anderem zur Prä-

vention von Kriminalität, Drogen und Gewalt. „Ziel des Projekts ist es, durch den persönlichen Austausch zwischen Polizeibeamten und Flüchtlingen gegenseitiges Vertrauen und Verständnis aufzubauen“, so Innenminister Herrmann.



BRANDENBURG



Schreibwettbewerb für Kinder

Unter dem Motto: „Du kannst Geschichte(n) schreiben!“ startet das Innenministerium eine Aktion für Kinder. Es geht um Gedanken aus dem Pandemie-Alltag. Der Kreativität sind dabei keine Grenzen gesetzt - ob als Fotocolla-

ge, Liedtext, Gedicht oder als Video im Stil von Snapchat, TikTok oder Instagram. Einsendeschluss ist am 30. September 2021. Eine Jury wird die neun besten Beiträge prämiieren. Als Gewinn winken Tablets, Waveboards und Streetscooter.

Abschied nach 20 Jahren

Ronald Seeger wird im kommenden Mai von seinem Amt als Bürgermeister der Stadt Rathenow zurücktreten. Nach 20 Jahren will er sich aus gesundheitlichen Gründen zurückziehen. Er holte die Landesgarten-

schau im Jahr 2006 sowie die Bundesgartenschau im Jahr 2015 in die Stadt und ermöglichte Fortschritte im Stadtumbau, wie bei der Sanierung des Stadtzentrums. Weiter initiierte er das Kinder- und Jugendparlament.

Dachmarke für Flughafenregion

Mit der neuen Dachmarke wollen die Städte des „Schönefelder Kreuz“ Unternehmensansiedlungen weiter stärken. Es sollen Technologiezentren

mit Hightech-Unternehmen und Wissenschaft entstehen. Das Land Brandenburg fördert Entwicklungsstrategie und Dachmarke mit knapp 400.000 Euro.

FOTOS/ Adobe Stock



HESSEN

62 neue Engagement-Lotsen

Teilnehmer aus 17 hessischen Städten und Gemeinden werden in den kommenden sechs Monaten ausgebildet, um die ehrenamtlichen Aktivitäten in ihrer Kom-

mune zu koordinieren. Diese Engagement-Lotsen sollen helfen, Bürger zu beteiligen und Projekte umzusetzen. Das Land fördert die Ausbildungen mit 500 Euro je Teilnehmer.

Hilfen für Gaststätten- Digitalisierung

„Digitales Fingerfood“, so heißt eine Sommerseminarreihe für Gastwirte. Für Hessens Gaststätten stehen 2,5 Millionen Euro zur Verfügung. Das Geld soll in die Beratung und

Förderung digitaler Funktionen, wie etwa elektronische Speisekarten oder Warenwirtschaftssysteme, fließen. Die Umsetzung der Seminare erfolgt durch die Hessen Agentur.

Unterstützung für Wohnungslosenhilfe ausgebaut

Das Hessische Sozialministerium stellt zur finanziellen Unterstützung von Kommunen und Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe zusätzliche 500.000 Euro bereit. Dieses Geld soll

die Mehrausgaben durch die Corona-Krise abdecken. „Wohnungslose sind Menschen, die der Pandemie besonders schutzlos ausgeliefert sind“, sagt der hessische Sozialminister Kai Klose.





NRW



Intelligente Lkw-Navigation

Das Projekt „Effiziente und stadtverträgliche Lkw-Navigation für NRW“ wird fortgesetzt. Verkehrsminister Wüst erklärt: „Mit SEVAS führen wir den Schwerverkehr intelligent und effizient durchs

Land. Ortschaften werden vom Durchgangsverkehr entlastet. Gleichzeitig bekommen Lkw-Fahrer die bestmögliche Route angezeigt.“ Deutschland ist Europas größtes Transitland für Waren und Güter.

Umweltministerium fördert 25 Bildungszentren

Mit 2,4 Millionen Euro unterstützt das NRW-Umweltministerium das landesweite Netz der 25 Regionalzentren „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Besonders werden digitale Techniken genutzt,

so ermöglichen etwa Sensoren in einem „digitalen Bienenstock“ die Messung von Innentemperatur und Gewicht. Aber es werden auch Rallyes per App oder die Produktion von Podcasts und Filmen gefördert.

Fördergelder für kommunale Infrastruktur

Das Land fördert in diesem Jahr 121 kommunale Straßenausbauvorhaben mit 126 Millionen Euro. Das Land übernimmt mindestens 70 Prozent der

zuwendungsfähigen Kosten der Maßnahmen. Die Prüfung der Förderanträge und die Bewilligung erfolgen durch die fünf Bezirksregierungen im Land.



SAARLAND

Waldbilanz: Vergleichsweise günstige Lage im Saarland

Die Waldbilanz der Länder anlässlich des Nationalen Waldgipfels hat noch einmal verdeutlicht, dass das Saarland mit Blick auf die letzten drei Trockenjahre vergleichsweise wenig betroffen ist. Der

saarländische Staatsforst hat eine Laubwaldquote von rund 75 Prozent, Fichten hingegen machen nur rund 14 Prozent aus. Damit ist der Wald für Trockenheiten besser gewappnet. Das teilte das Land mit.

Schweinepest – Hunde sollen bei Bekämpfung helfen

Elf sogenannte Kadaver-suchhunde stehen für den Fall der Fälle im Saarland bereit. Diese Hunde spüren verendete Wildschweine auf. Hintergrund: Unbeseitigte tote Tiere stellen eine erhebliche

Infektionsgefahr dar. Fünf weitere Hunde werden derzeit für ihren Einsatz ausgebildet. Das Saarland war Vorreiter beim Einsatz von Hunden gegen die afrikanische Schweinepest.

Bauernhauswettbewerb findet wieder statt

Dieses Jahr können sich Eigentümer von gut erhaltenen oder stilgerecht restaurierten Bauernhäusern im Saarland wieder für den Bauernhauswettbewerb anmelden. Bis zum 30. Sep-

tember besteht die Möglichkeit, Bewerbungen einzureichen. Es ist der nunmehr 19. Wettbewerb dieser Art. Insgesamt stellt das Umweltministerium 10.000 Euro für Auszeichnungen bereit.



SCHLESWIG-HOLSTEIN



Forschungsmodellregion Schlei

Umweltminister Jan Philipp Albrecht hat ein neues praxisnahes Forschungsprojekt von landwirtschaftlichen Betrieben der Universität in Kiel vorgestellt. Es sollen Lösungsvorschläge zur Frage erarbeitet werden, wie sich die bestehenden Anforderungen des Wasser-, Klima- und Bio-

diversitätsschutzes zukünftig besser mit der Wirtschaftlichkeit landwirtschaftlicher Betriebe in der Schlei-Region vereinbaren lassen. Beginnen wollen die Forscher mit der Entwicklung eines Anreizsystems zur Förderung eines verbesserten Nährstoffmanagements für landwirtschaftliche Betriebe.

Hilfen für Familientreff

Das Landesprogramm Wirtschaft unterstützt den Bau des Familientreffs in St. Peter-Ording. „Die vergangenen Monate waren für alle vom Tourismus geprägten

Orte schwer. Ich bin sehr froh, dass es uns die Pandemie-Entwicklung nun wieder erlaubt, Gäste bei uns zu empfangen“, so Ministerpräsident Günther.

Digitalminister Albrecht stellt Konzept für freies WLAN vor

Das frei zugängliche WLAN in Schleswig-Holstein soll noch leichter zugänglich werden – gleichzeitig aber auch siche-

rer und verfügbarer. Dazu wird das Land 5 Millionen Euro investieren und auf Kooperationen mit Kommunen setzen.

FOTOS/ Adobe Stock



THÜRINGEN

Land kauft Kunstsammlung

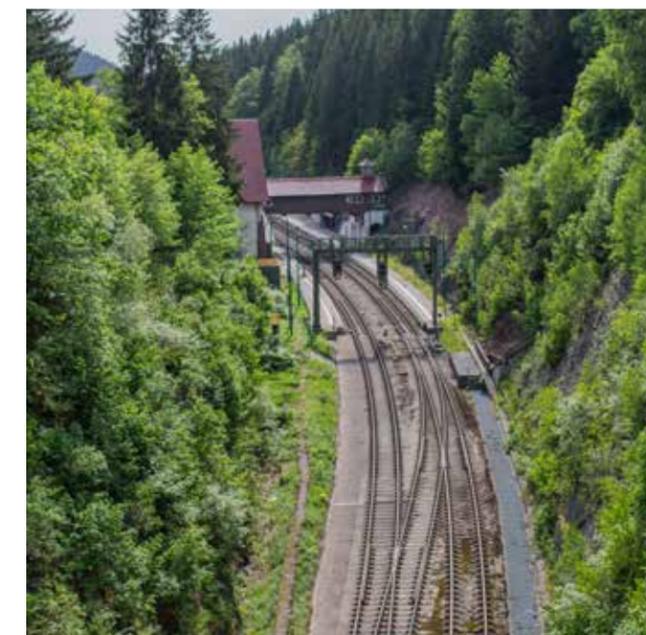
Das Land hat Werke von 20 zeitgenössischen Künstlern aus Thüringen gekauft. Die Stücke, darunter Malereien, Fotografien und Skulpturen, finden nun ihren Platz in der Kunstsammlung des Freistaates,

teilte die Staatskanzlei mit. Die Ankäufe seien auch als Unterstützung während der Corona-Pandemie zu sehen. Immerhin seien die Galerien lange Zeit geschlossen gewesen, so das Ministerium.

Länderübergreifende S-Bahnstrecken

Die Landesregierungen von Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt haben gemeinsam mit dem Bundesverkehrsministerium die S-Bahnstrecken als prioritäre Maßnahmen für das Mitteldeutsche Revier angemeldet. Damit ist die Finanzierung der S-Bahnstrecken gesichert und mit dem Ausbau kann zeitnah begonnen werden.

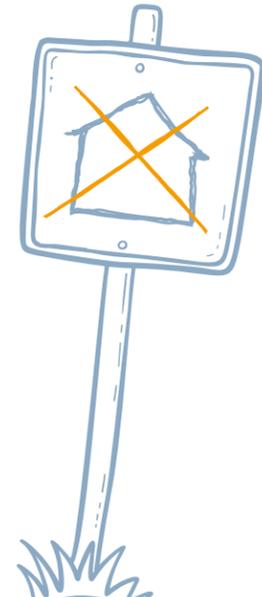
472 Millionen Euro sind bereits veranschlagt. Die Anbindung an die Räume Leipzig und Gera soll deutlich besser werden. Das soll die Attraktivität des Wohnens attraktiver machen und die Regionen stärken, aber auch den gesamten Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort im Länderdreieck Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt.



BRIEFE AN DIE REDAKTION

EINFAMILIENHAUS VERBIETEN? DIE DISKUSSION LÄUFT ...

Der Leitartikel der letzten Printausgabe hat viele Leserbriefe provoziert. Christian Erhardt meinte darin, dass immer neue Bauvorschriften das Einfamilienhaus praktisch unbezahlbar machen und das Landleben auf diese Weise künstlich unattraktiv gemacht wird. Hier einige Reaktionen:



Danke für den zutreffenden Kommentar über Regulierungswut und Ideologie. Ein wenig mehr Vertrauen in unsere Kommunen und Unterstützung von Wohneigentum wäre wünschenswert.

Klaus-Peter Hesse

Sie wollen die Einfamilienhäuser nicht verbieten weil das unpopulär wäre, aber sie werden es genau mit den Mitteln der Verknappung unmöglich machen. Alle hinein in die DDR-Legebatterie.

Hans Kuhn

Heute lässt sich gesamtgesellschaftlich ein Trend hin zu nachhaltigeren Verhaltensweisen ablesen. Es wird zunehmend auf etwas verzichtet oder dort investiert, wo sich der persönliche Fußabdruck minimieren lässt. Es wird Zeit, dass wir damit auch beim Bauen und Wohnen anfangen.

Rainer Nagel, Vorsitzender Bundesstiftung Baukultur

Verstädterung sorgt für Wohlstand bei weniger Ressourcenverbrauch und geringeren Betriebskosten. Höhere Dichte reduziert den Material- und Brennstoffbedarf im Betrieb.

Sebastian Bange

Niemand hat die Absicht...ist ein richtiger guter Beitrag. Was noch gar nicht beleuchtet wird ist die Bedeutung für das lokale Handwerk. Gerade Häuslebauer greifen auf Zimmermann, Flaschner und Fliesenleger vor Ort zurück.

Patrick Dürholdt

FOTOS/ Adobe Stock, privat

Liebe Leserinnen und Leser,

mit diesem Magazin halten Sie bereits unsere Sommerausgabe in Händen. Die nächste Printausgabe erscheint erst Ende August. Aber schon jetzt sind wir mittendrin in der Themenplanung. So hat uns der Oberbürgermeister von Braunschweig bereits einen spannenden Gastbeitrag zum Thema "Autonomes Fahren" zugesagt. In seiner Stadt fahren bereits Autos ohne Fahrer. Ein weiterer Schwerpunkt wird die nahe Bundesratswahl im September sein. Wir wollen in der Ausgabe herausfinden, was Deutschlands Bürgermeister von der neuen Regierung erwarten. Wundern Sie sich also bitte nicht, sollten wir Sie in der Sache in den kommenden Wochen anrufen. Gerne können Sie sich natürlich auch aktiv bei uns melden und uns mitteilen, welche Erwartungen Sie an die nächste Bundesregierung für Ihre Kommune haben. Schreiben Sie mir jederzeit gerne persönlich eine E-Mail unter christian.erhardt@kommunal.de

Bis zum Erscheinungstag der nächsten Ausgabe im August hält Sie meine Redaktion aber natürlich trotzdem immer tagesaktuell auf dem Laufenden. Sei es über unseren Newsletter KOMMUNE.HEUTE, der pünktlich jeden Donnerstag früh um 07 Uhr erscheint oder täglich aktuell auf unserer Internetseite www.kommunal.de. Dort können Sie sich für KOMMUNE.HEUTE natürlich kostenfrei registrieren und anmelden. Kurzum: Bleiben Sie uns gewogen, wir freuen uns auf Ihre Reaktionen. Einen schönen Sommer wünscht Ihnen

Ihr Christian Erhardt



MODERNE LÖSUNGEN FÜR KOMPLEXE AUFGABEN



Anspruchsvolle Projekte verlangen einen Partner mit modernen Kommunikationslösungen, die von der konzeptionell gestalterischen Idee, über die komplette Herstellung bis zum termingerechten und sicheren Versand Ihrer Printprodukte reichen. Das integrierte Zusammenspiel aller Unternehmen der Möller Mediengruppe garantiert kommunalen und öffentlichen Auftraggebern einen umfassenden Full Service. Wir verfügen über langjährige Erfahrung bei der Gesamtherstellung von kommunalen Infomaterialien, Abfallkalendern und Kundenzeitschriften. Der Vorteil für Sie liegt auf der Hand: Wir übernehmen die gesamte Verantwortung für Ihr Produkt. Integriert, qualitativ hervorragend und termingerecht.

WWW.MOELLER-MEDIENGRUPPE.DE



STARK. STÄRKER. RANGER.



DEUTSCHLANDS ERSTE WAHL BEI PICK-UPS.*

AB € 299,- NETTO** (€ 355,81 BRUTTO)
MONATLICHE FORD LEASE FULL-SERVICE-RATE.

Ford

BEREIT FÜR
MORGEN

* Quelle: IHS (Kraftfahrt-Bundesamt).

Beispielfoto eines Fahrzeugs der Baureihe. Die Ausstattungsmerkmale der abgebildeten Fahrzeuge sind nicht Bestandteil des Angebotes. ** Ford Lease ist ein Angebot der ALD AutoLeasing D GmbH, Nedderfeld 95, 22529 Hamburg, für Gewerbekunden (ausgeschlossen sind Großkunden mit Ford Rahmenabkommen sowie gewerbliche Sonderabnehmer wie z. B. Taxi, Fahrschulen, Behörden). Das Ford Lease Full-Service-Paket ist optional für € 11,79 netto (€ 14,03 brutto) monatlich erhältlich und in der Ford Lease Full-Service-Rate berücksichtigt. Eingeschlossen sind Wartungs- und Inspektionsarbeiten sowie anfallende Verschleißreparaturen in vereinbartem Umfang. Bei weiteren Fragen zu Details und Ausschlüssen zu allen Services wenden Sie sich bitte an Ihren Ford Partner. Nur erhältlich im Rahmen eines Ford Lease-Vertrages. Ist der Leasingnehmer Verbraucher, besteht nach Vertragsschluss ein Widerrufsrecht. Z. B. der Ford Ranger XLT Doppelkabine LKW, 2,0-l-EcoBlue-Dieselmotor mit 125 kW (170 PS), 6-Gang-Schaltgetriebe, zuschaltbarer Vierradantrieb, Lackierung „Frost-Weiß“, ohne Leasing-Sonderzahlung, bei 48 Monaten Laufzeit und 40.000 km Gesamtlauflistung. Leasingrate auf Basis einer UPE der Ford-Werke GmbH von € 34.490,- netto (€ 41.043,10 brutto), zzgl. Überführungskosten. Details bei allen teilnehmenden Ford Partnern.